



Plenarprotokoll

51. Sitzung

Freitag, 26. Januar 2007

Gemeinsame Beratung

a) Geduldete Familien in Schleswig-Holstein.....

3647

Große Anfrage der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/758

Antwort der Landesregierung
Drucksache 16/1150

b) Geduldete Familien in Schleswig-Holstein

3647

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1167

Dr. Ralf Stegner, Innenminister..... 3647, 3661

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....

3650, 3663,
3666

Peter Lehnert [CDU].....

3652, 3663,
3665

Klaus-Peter Puls [SPD].....

3654

Wolfgang Kubicki [FDP].....

3656, 3664

Anke Spoorendonk [SSW].....

3658, 3665

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....

3660

Beschluss: Überweisung der Antwort der Landesregierung, Drucksache 16/1150, und des Berichts der Landesregierung, Drucksache 16/1167, an den Innen- und Rechtsausschuss und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung.....

3666

Gemeinsame Beratung**a) Langzeitarbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein.....**

3666

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1158

Beschluss: Überweisung der Berichte der Landesregierung an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung..... 3690

b) Aktuelle Situation des Wirtschafts- und Arbeitsmarktes in Schleswig-Holstein.....

3667

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1188**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften.....** 3690Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1154

Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss..... 3690

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa..... 3667

Dr. Heiner Garg [FDP]..... 3670

Torsten Geerds [CDU]..... 3673

Wolfgang Baasch [SPD]..... 3676

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 3678

Lars Harms [SSW]..... 3680

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes..... 3690Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1156

Beschluss: Überweisung an den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss..... 3690

Beschluss: Überweisung des mündlichen Berichts der Landesregierung an den Sozialausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung..... 3683

Programm des Landes zur vorschulischen Sprachförderung..... 3690Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1149**Gemeinsame Beratung****a) Potenzial für den Technologietransfer in Schleswig-Holstein ausschöpfen.....**

3683

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1151

Beschluss: Annahme..... 3690

Umsetzung der EU-Chemikalienverordnung (REACH) in Schleswig-Holstein..... 3690**b) Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein 2005.....**

3683

Drucksache 16/1166

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1157

Beschluss: Annahme..... 3691

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr..... 3683

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 3684

Johannes Callsen [CDU]..... 3686

Birgit Herdejürgen [SPD]..... 3687

Dr. Heiner Garg [FDP]..... 3688

Lars Harms [SSW]..... 3689

10 Jahre Krebsregister Schleswig-Holstein..... 3691Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1159 (neu)

Beschluss: Annahme..... 3691

Umsetzung der EU-Umgebungs-lärmrichtlinie..... 3691

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/1184	
Beschluss: Annahme.....	3691
7. Forschungsrahmenprogramm 2007 bis 2013 der EU.....	3691
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/1185 (neu)	
Beschluss: Annahme.....	3691
Hochschulpakt.....	3691
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1191 (neu)	
Beschluss: Annahme.....	3691

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

Dr. Ralf Stegner, Innenminister

Rainer Wiegard, Finanzminister

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie alle sehr herzlich. Ein Blick aus dem Fenster wird unsere Beiträge sicher beschleunigen.

Wegen auswärtiger Verpflichtungen ist Herr Minister Dr. Christian von Boetticher beurlaubt.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich sehr herzlich Schülerinnen und Schüler und ihre begleitenden Lehrkräfte des Marion-Dönhoff-Gymnasiums aus Mölln. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe die Tagesordnungspunkte 8 und 35 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Geduldete Familien in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/758

Antwort der Landesregierung
Drucksache 16/1150

b) Geduldete Familien in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1167

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich dem Herrn Innenminister Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Der nordrhein-westfälische Integrationsminister, der Kollege Laschet, hat mich neulich mit der Forderung überrascht, auch den Zuzug von Niedrigqualifizierten aus arbeitsmarkttechnischen Gründen zuzulassen. Diese Forderung zeigt dreierlei: Erstens, die Regelungen des Ausländergesetzes sind zu eng. Zweitens hat sich beim ausländerpolitischen Themenfeld etwas bewegt, viele sind aus ihren ideologischen Gräben herausgekommen. Ein Grund dafür ist sicher auch die Nachfrage nach entsprechenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Es zeigt drittens auch die nach wie vor gefährlich enge Ausrichtung politischen Handelns an ökonomischen Be-

(Minister Dr. Ralf Stegner)

dürfnissen, wofür gerade in diesem Feld kein Anlass besteht, so sehr ich auch das begrüße, was der niedersächsische Kollege bezogen auf Hochqualifizierte gesagt hat.

Im Bericht zur **Situation** sogenannter **geduldeter Familien** in Schleswig-Holstein wird dieser Zwiespalt deutlich. Er zeigt, dass wir jede Chance nutzen sollten, die Situation von Menschen, von hier integrierten Familien mit Kindern, die keinen gesicherten Aufenthaltsstatus haben, zu verbessern.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Er zeigt aber auch die mit den dafür notwendigen Kompromissen verbundenen Schwierigkeiten. Er bietet eine gute Datengrundlage für die Diskussion um eine humane und praktikable Bleiberechtsregelung und gibt deutliche Hinweise für eine Weiterentwicklung des Aufenthaltsgesetzes.

Lassen Sie mich gleich am Anfang den Ausländerbehörden der Kreise und kreisfreien Städte für ihre Mitarbeit herzlich danken, denn sie mussten das notwendige Datenmaterial zusammenstellen und in Teilen von Hand auswerten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dadurch konnten wir Ihnen eine sehr aktuelle **Zahlenbilanz** vorlegen, die allerdings schlaglichtartig die Situation im Oktober 2006 wiedergibt.

Lassen Sie mich zudem darauf hinweisen, dass hier nur die Situation geduldeter Familien betrachtet wird, 70 % der rund 3.000 geduldeten Ausländerinnen und Ausländer in Schleswig-Holstein.

Im Oktober haben sich 457 geduldete Familien mit insgesamt 1.880 betroffenen Menschen in Schleswig-Holstein aufgehalten. Davon waren 1.125 Kinder im Sinn der Formulierung der Großen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ein Drittel davon sind im Bundesgebiet geboren worden, 10 % waren junge Erwachsene im Alter zwischen 18 und 21 Jahren, die noch im Elternhaus leben und die überwiegend hier geboren wurden oder als Minderjährige ins Bundesgebiet eingereist sind. Etwa die Hälfte der Kinder geht hier zur Schule, macht eine Ausbildung, studiert oder befindet sich in ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen.

Die **Hauptursachen** für **Duldungen** sind in der Regel tatsächlich Abschiebungshindernisse wie unterbrochene Reisewege, fehlende Pässe oder Passersatzpapiere. Daneben ist die Zusammenarbeit mit den Vertretungen anderer Staaten im Bundesgebiet

bei Pass- oder Passersatzbeschaffung oftmals nur eingeschränkt möglich.

Mit einer Duldung wird aufenthaltsrechtlich dokumentiert, dass - ich zitiere, wie es im Vokabular der Rechtsvorschrift heißt - „vollziehbar ausreisepflichtige Ausländerinnen und Ausländer gegenwärtig wegen tatsächlicher oder rechtlicher Vollstreckungshindernisse nicht abgeschoben werden können“. Die **Duldung** vermittelt anders als ein Aufenthaltsrecht keinerlei aufenthaltsrechtliche Sicherheit und wird in der Vielzahl der Fälle nur für Zeiträume bis zu drei Monaten, selten darüber hinaus erteilt. Diese vergleichsweise kurzen Erteilungszeiträume sowie deutliche Einschränkungen beim Arbeitsmarktzugang bieten geduldeten Menschen nur sehr begrenzte Möglichkeiten einer gesellschaftlichen, insbesondere wirtschaftlichen **Integration**.

Dies wäre dann sinnvoll, wenn die Betroffenen wieder ausreisen und sich der geduldete Aufenthalt nicht faktisch verfestigt. Er wird aber unhaltbar, wenn diese Abschiebehindernisse langfristig bestehen und es zu einer sogenannten **Kettenduldung** kommt. Gerade die wollten wir mit dem neuen Zuwanderungsgesetz doch beseitigen.

Von den 457 durch die vorliegende Antwort berücksichtigten Familien sind die meisten mehr als ein Jahr, 47 Familien sogar seit mehr als zehn Jahren hier geduldet. Nur 8 % halten sich kürzer als ein Jahr hier auf. Wieso so wenig von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde, eine **Aufenthaltslaubnis aus humanitären Gründen** zu erhalten, bleibt Spekulation. Ich will allerdings darauf hinweisen, dass wir in Schleswig-Holstein Aufenthaltserlaubnisse aus humanitären Gründen vergleichsweise häufig erteilen, weil wir seit Jahren die Praxis verfolgen, Spielräume zugunsten humanitärer Entscheidungen auch so weit es geht auszuüben. Dabei soll es auch bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Der eingangs geschilderte Wandel im Denken und ein nicht unwesentlicher politischer Druck - Sie wissen, gerade meine Amtsvorgänger und ich selbst haben für Schleswig-Holstein daran mitgewirkt - haben dazu geführt, dass die Innenminister im November endlich eine **Bleiberechtsregelung** verabschiedet haben. Sie haben auch beschlossen, die Menschen, die eigentlich von der Bleiberechtsregelung begünstigt sind, aber die die Voraussetzungen der Sicherung des Lebensunterhaltes durch eigene legale Erwerbstätigkeit noch nicht erfüllen können, bis zum 30. September 2007 nicht abzuschieben. Sie erhalten eine Duldung und damit die Möglich-

(Minister Dr. Ralf Stegner)

keit, eine Arbeitsstelle zu suchen und den eigenen beziehungsweise den Lebensunterhalt der Familien durch eigenes Erwerbseinkommen zu sichern.

Wir haben über eine sofortige Bleiberechtsanordnung und eine Informationsveranstaltung im Dezember 2006 versucht, dafür Sorge zu tragen, dass möglichst viele Betroffene über das informiert werden, was jetzt für sie möglich ist.

Die Anforderung, den eigenen Lebensunterhalt zu sichern, ist keine leichte. Allerdings waren im Oktober 2006 immerhin 82 Personen im Besitz einer solchen **Arbeitserlaubnis**. Manchmal stimmt die Bundesagentur für Arbeit dem nicht zu. Grund dafür ist, dass sogenannte bevorrechtigte Arbeitnehmer zur Verfügung stehen. Zur Wahrheit gehört aber auch - auch wenn uns das nicht gefällt -, dass es Jobs gibt, die ausländische Arbeitnehmer annehmen, die deutsche Arbeitnehmer gar nicht annehmen würden, und dass sie teilweise im grauen und schwarzen Bereich tätig sind. Wir müssen das mit der Vorrangprüfung natürlich ändern. Die Chance auf einen Arbeitsplatz steigt also, wenn das konsequent genutzt wird. Wichtig ist mir vor allen Dingen, dass Ausländer nicht zu schlechteren Bedingungen beschäftigt werden als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum ging es Franz Müntefering bei seiner Einigung mit dem Kollegen Wolfgang Schäuble und in dieser Frage sind der Arbeitsminister, Kollege Uwe Döring, und ich vollständig einig. Wir wollen einen fairen Zugang zum Arbeitsmarkt, wir wollen nicht Hungerlöhne haben, mit denen sozusagen versucht wird, auf anderen Wegen etwas zu erreichen. Das ist nicht in Ordnung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich lese manche Artikel, zum Beispiel wie jüngst in der „Hamburger Morgenpost“ erschienen, die Unternehmen nennen, die die Situation von Geduldeten oder Aufenthaltsberechtigten ausnutzen und sie mit Hungerlöhnen von zwei bis drei Euro abspesen. Meine Damen und Herren, ich finde es prima, dass eine Zeitung so etwas schreibt, weil das ein gesellschaftlicher Skandal ist.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ob letztlich ein Mindestlohn in bestimmten Bereichen das Problem lösen kann, ist eine Frage, die in arbeitsmarktpolitischen Zusammenhängen gelöst werden muss. Darüber wird ja unter dem Stichwort „Fordern und Fördern“ an anderer Stelle auch gesprochen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich auch kurz etwas zum **Einsparpotenzial** sagen, auch wenn das hier nicht im Vordergrund stehen darf. Viel wichtiger sind meines Erachtens die Fragen menschenwürdiger Lebensbedingungen und die Chancen auf Integration. Lassen Sie es mich einmal so sagen: Ein Mindestmaß an Humanität sollten wir uns einfach auch so leisten.

(Beifall bei SPD)

Ein Land, aus dem vor kaum mehr als sechs Jahrzehnten - wir haben morgen einen Gedenktag hier in Schleswig-Holstein, Herr Landtagspräsident - Menschen fliehen mussten, die anderswo Aufnahme gefunden haben, und ein Land, das bei allem Wehklagen über die öffentlichen Haushalte zu den reichsten Ländern der Welt gehört, hat sich in solchen Fragestellungen auch seinen **humanitären Verpflichtungen** zu stellen, finde ich, und nicht dauernd darauf zu gucken, was an Einsparmöglichkeiten besteht.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben 2005 ungefähr 7,3 Millionen € für geduldete Personen ausgegeben. Das ist ein Betrag von 3.860 € pro Person, ungefähr 70 % der Gesamtkosten. Den Rest tragen die Kreise und kreisfreien Städte. Das sind Durchschnittsbeträge. Dies wird sich verändern.

Wenn wir eine geringere Problemlage haben als andere Bundesländer, dann liegt das auch daran, dass wir in der Vergangenheit zum Beispiel durch Härtefallkommissionen und andere Dinge mehr humanitäre Spielräume ausgenutzt haben als andere. Deshalb sind die Zahlen so relativ gering.

(Beifall bei der SPD)

Eine Vielzahl von Anträgen wird noch geprüft.

Lassen Sie mich noch ein paar Sätze zu der **Bewertung des Bleiberechtskompromisses** sagen, den wir jetzt haben. Eine solche Bleiberechtsregelung ist ja sei langem von Vereinen, von Verbänden, von SPD und Grünen, von FDP und SSW und vielen anderen gefordert worden. Wir wollen, dass diejenigen, die sich hier integriert haben, dass Kinder, die hier groß geworden sind, die hier ihre Heimat haben, die zum Teil nur die deutsche Sprache sprechen, nicht in sogenannte Heimatländer zurückgeschickt werden, egal was die Eltern vielleicht durch ausländerrechtliche Vergehen dazu beigetragen haben mögen. Ich meine, da gilt der Satz von Joseph Jaubert, der gesagt hat: Der Verstand kann uns sagen, was wir unterlassen sollen, aber das Herz kann uns sagen, was wir tun müssen. Ich finde, in diesem Fall ist das auf jeden Fall die richtige Richtschnur.

(Minister Dr. Ralf Stegner)

Der Bleiberechtskompromiss vom November war die weitestgehende Regelung seit Jahrzehnten. Das will ich auch einmal sagen, bei allem, was man beklagen kann, weil wir bisher nicht weitergekommen sind. Er ist aber nur ein erster, fraglos richtiger Schritt in die richtige Richtung. Ich finde es bedauerlich, wenn es jetzt schon wieder Rückzüge von den Vereinbarungen gibt, die Herr Müntefering und Herr Schäuble getroffen haben und die übrigens die Frau Bundeskanzlerin begrüßt hat; darauf will ich nur noch einmal hinweisen. Dann zu sagen, das wollen wir nun doch nicht mehr machen, finde ich nicht gut. Schade, dass der Kollege Wadephul nicht da ist. Ich finde es immer prima, wenn wir sagen, wir halten uns an alle Vereinbarungen, die wir miteinander geschlossen haben. Das sollte in jedem Politikbereich gelten, aber hier eben auch. Und wir sollten vor dem, was wir haben, nicht weglaufen.

(Beifall bei der SPD)

Denn tut man das nicht, wenn man das, was man verabredet, schon zwei Tage später wieder einkassiert und sagt: „Wer weiß, ob mein Wort nächste Woche noch gilt“, ist es mit der Verlässlichkeit und der Glaubwürdigkeit der Politik schlecht bestellt, und die latente Parteien- und Politikverdrossenheit nimmt zu.

Was ernster noch hinzuzufügen ist: Es geht hier um die Zukunft von Menschen. Die eignen sich nicht für parteipolitische Profilierungen, sondern wir müssen die Probleme lösen.

(Beifall bei der SPD)

Wir dürfen die berechtigten **Erwartungen** von Klarheit und Wahrheit, von Verlässlichkeit **in der Politik** nicht enttäuschen. Das fiele sonst auf uns selbst zurück.

Beim Neujahrsempfang der Landesregierung auf Schloss Gottorf haben Frau Bischöfin Wartenberg-Potter und Herr Weihbischof Jaschke diese Erwartung auch noch einmal ausdrücklich an uns formuliert und gesagt, wir seien da im Wort. Ich sage Ihnen: Es ist hilfreich, dass sich die Kirchen einmischen und sagen, dass sie das unterstützen, was wir tun.

Ich bin zuversichtlich, dass wir in Schleswig-Holstein bis zum Ablauf der Fristen einer Vielzahl von faktisch integrierten Menschen helfen werden. Wir werden übrigens die Zuwanderung in die Sozialsysteme vermeiden. Das ist ein Kampfbegriff. Die sind alle in den Sozialsystemen. Wir wollen, dass sie arbeiten dürfen. Die haben übrigens auch Talente, die wollen auch arbeiten und wollen nicht von Sozial-

transfers leben. Wir müssen Ihnen aber die Möglichkeit dazu geben. Darum geht es.

(Beifall bei SPD und SSW)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, **Integration** ist das Megathema der kommenden Jahre. Ich bekenne mich zu einer Integrationspolitik, die ohne illusionäre Verklärung und Verniedlichung der Probleme einerseits, aber auch ohne Stammtischparolen andererseits eine auf den Grundlagen unserer Verfassung fußende Integration als Zweibahnstraße von Geben und Nehmen in die Praxis umsetzt. Schleswig-Holstein kann und wird hierzu auch in der Zukunft einen wichtigen Beitrag leisten und auch in dieser Frage den guten Ruf unseres Landes weiter ausbauen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Innenminister. Der Bericht war ein bisschen länger als angesagt. Es gilt jetzt auch für die Fraktionen, dass sie eine Minute und 42 Sekunden mehr Zeit haben.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort für die Antragsteller der Großen Anfrage, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich danke zunächst für die Antwort auf die Große Anfrage und den ergänzenden Bericht. Wir reden von 3.000 geduldeten Menschen in Schleswig-Holstein. Die Mehrheit dieser Menschen ist vor politischer Verfolgung, Krieg, erlittener Gewalt oder Bürgerkrieg - das erleben wir tagtäglich im Fernsehen - aus ihrer Heimat zu uns geflohen. Eine **Duldung** ist keine **Aufenthaltsgenehmigung**. Sie bedeutet nur eine zeitweise Aussetzung der Abschiebung. Die Betroffenen müssen jeden Tag damit rechnen, abgeschoben zu werden. Oft geschieht dies am frühen Morgen. Nur wenige Stunden liegen zwischen dem Klingeln an der Wohnungstür und dem Betreten des Flugzeugs. Lebensplanung kann nur von Tag zu Tag vorgenommen werden, und das häufig über viele, viele Jahre.

Es ist für uns alle schwer vorstellbar - ich sage das auch bewusst an die Adresse der Union, die diese Debatte mit Missachtung nicht verfolgt und eben auch nicht geklatscht hat, als der Innenminister geredet hat -

(Widerspruch bei der CDU)

(Karl-Martin Hentschel)

- ich habe es beobachtet -

(Zurufe von der CDU)

- umso besser, Kollege Kalinka! - wie viel Kraft erforderlich ist, um in einer solchen Lage den Alltag zu bewältigen. Da bleibt wenig Energie für aktives Bemühen um Integration. Sprachkurse werden in der Regel nicht bezahlt, Eigenmittel dafür sind nicht vorhanden. Die Arbeitsaufnahme war bisher verboten. Und doch schaffen es viele **Kinder und Jugendliche**, sich im Rahmen von Schule, Berufsausbildung und Freizeitgestaltung zu integrieren. Sie kennen häufig das Ursprungsland ihrer Eltern kaum und sind faktisch zu Inländern geworden.

Das **Bleiberecht** für diese Menschen, für die viele Organisationen, Kirchen und auch wir und andere Parteien kämpfen, ist mitnichten ein Rundum-Sorglospaket aus dem Schlaraffenland, wie es oft populistisch dargestellt wird. Es geht schlicht um das, was für uns alle selbstverständlich ist, um die Möglichkeit, eine Lebensplanung vorzunehmen und das eigene Leben in die Hand zu nehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Trotz Zuwanderungsgesetz ist es über viele Jahre nicht gelungen, eine verbindliche Aufenthaltsregelung für diese Menschen zu finden. Das ist ein Armutszeugnis für Deutschland. Der im November gefundene sogenannte Kompromiss der Innenminister hat eigentlich nur ein Gutes: Durch ihn wird endlich offiziell anerkannt, dass es **Handlungsbedarf** gibt. Für die Mehrzahl der Betroffenen ist er, so befürchte ich, ein Bleiberechtsverhinderungsbeschluss, denn er setzt voraus, was bisher verhindert wurde: Integration und wirtschaftliche Selbstständigkeit dieser Menschen.

Ich zitiere aus der Antwort auf die Große Anfrage:

„Personen, die nicht über einen Aufenthaltstitel verfügen, weil sie vollziehbar ausreisepflichtig sind, ist die Ausübung einer Erwerbstätigkeit grundsätzlich nicht erlaubt. Eine Duldung hat nur vorübergehende Natur. Eine Abschiebung ist noch immer das Ziel. Eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt stünde einer späteren Aufenthaltsbeendigung entgegen.“

Das gilt für Menschen, die, wie wir aus der Antwort auf die Große Anfrage erfahren, häufig schon viele, viele Jahre in Deutschland leben. Hieraus wird klar: Die **Integration** war in unserem Rechtssystem erklärtermaßen unerwünscht. Wenn jetzt die Innenminister beschlossen haben, dass diese Menschen genau neun Monate Zeit haben, das nachzuholen,

was bisher verhindert wurde, und parallel dazu in den Kreisen immer noch Abschiebungen laufen, dann ist das keine Lösung.

Experten befürchten, dass höchstens 10 % bis 20 % die Hürde überwinden werden und der Rest scheitern wird. Das ist für die Betroffenen oftmals Zynismus. Jetzt hängt es an der Landesregierung und an den Ausländerbehörden, wie sie diese Regelung umsetzen oder wie engmaschig sie das Sieb gestalten.

Ich fordere Sie auf: Geben Sie den Menschen die nötige Unterstützung. Ordnen Sie für diese Menschen einen Abschiebestopp an. Geben Sie den Menschen eine Chance.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn wir heute über die geduldeten Menschen ohne Aufenthaltstitel reden, dürfen wir nicht vergessen, dass diese nur die Spitze des Eisberges sind. Dahinter steht eine weitere Kategorie von Menschen, über die fast nicht geredet wird. Das sind jene, die es offiziell gar nicht gibt: die **Illegalen**.

Im Bundestag wurde gerade berichtet, dass die Anzahl dieser Menschen in Deutschland zwischen 100.000 und einer Million geschätzt wird. Sie führen eine Schattenexistenz, leben eingepfercht in illegalen Unterkünften, arbeiten für marginale Löhne unter den schlechtesten Bedingungen und ihre Kinder gehen illegal in die Schule - wenn die Lehrer ein Auge zudrücken.

Geduldete Menschen und illegale Menschen verhalten sich zueinander wie kommunizierende Röhren. Je mehr der Verfolgungsdruck auf die geduldeten Menschen wächst, desto mehr Menschen leben in der Illegalität. Diese Menschen werden vom Staat überhaupt nur unter dem Aspekt der Bekämpfung ihrer Existenz zur Kenntnis genommen. Aber hinter jedem illegal Beschäftigten steht ein illegaler Arbeitgeber. Menschen in der Illegalität leisten - so wurde jetzt im Bundestag berichtet - einen enormen Anteil am Umsatz bestimmter Branchen, insbesondere im Baugewerbe, in der Gastronomie und in privaten Haushalten. Sie bekommen keinerlei staatliche Leistungen - deswegen sind Sie auch nicht sonderlich interessant -, sie haben keine Krankenkasse und sie riskieren ständig, dass sie um ihren marginalen Lohn betrogen werden.

Es gibt auch eine juristische Tatsache, die oft vergessen wird. Alle **Menschen**, die sich in Deutschland aufhalten, haben **Anspruch auf Schutz** durch den Staat im Sinne des Artikels 1 des Grundgesetzes. Rita Süßmuth stellt in ihrem jüngst er-

(Karl-Martin Hentschel)

schiene Buch zur Migration fest, dass es zwar illegale „gegen das Gesetz verstoßende Grenzübertritte, aber keine illegalen Menschen“ gibt. Es handelt sich immer noch um Menschen.

Nach wie vor ist die **Migrationspolitik** geprägt von Ignoranz der Realitäten und von Konzeptlosigkeit. Es liegt aber im Eigeninteresse unserer Gesellschaft, Menschen, die viele Jahre in Deutschland leben, auch eine Lebensperspektive zu geben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Unser Umgang mit Flüchtlingen muss von der Achtung der Menschenrechte und von der Erkenntnis geprägt sein, dass wir eine Situation schaffen können und müssen, von der beide Seiten profitieren, damit ein wirtschaftlicher und kultureller Gewinn für die aufnehmende Gesellschaft erzielt wird.

Schließen möchte ich mit der Benennung von zwei konkreten Zielen, die wir dringend erreichen müssen.

Erstens. Herr Minister, geben Sie den Menschen, die seit Jahren hier als Geduldete leben, eine echte Chance, ein **Bleiberecht** zu bekommen. Ich hoffe, dass das, was Sie gesagt haben, in den Kreisen auch gelingt, sodass sich Menschen, die Unterstützung brauchen, die geforderten Voraussetzungen erarbeiten können.

Zweitens. Wir brauchen eine menschenwürdige **Mindestversorgung** auch von Illegalen: Kindergarten- und Schulbesuch, anonyme Anlaufstellen für eine minimale Gesundheitsversorgung und, um Lohnforderungen einklagen zu können.

Gelänge es, diese beiden Forderungen umzusetzen, lebten wir noch lange nicht in einer wunderbaren Welt, aber es gäbe etwas mehr Humanität, und unserer Gesellschaft wie auch unserer Wirtschaft täte es gut.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Hentschel. - Für die CDU-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Peter Lehnert das Wort.

Peter Lehnert [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Bericht des Innenministeriums zum Thema der geduldeten Familien in Schleswig-Holstein gibt uns wichtige Hinweise auf die weitere Vorgehensweise im Hinblick auf das **Bleiberecht**

für langjährig Geduldete. An dieser Stelle danke ich dem Innenministerium auch seitens der CDU-Fraktion für die Berichterstattung und für die umfangreiche Auskunft auf unsere Nachfragen.

Die maßgebliche Grundlage für das weitere Verfahren bildet dabei der Beschluss der Innenministerkonferenz vom 17. November 2006. Mit den vereinbarten Regelungen kann den ausreisepflichtigen ausländischen Staatsangehörigen, die faktisch, wirtschaftlich und sozial im Bundesgebiet integriert sind, ein weiterer **Aufenthalt** gewährt werden. Dieses wird allerdings an eine ganze Reihe nachvollziehbarer **Voraussetzungen** gekoppelt.

Die Betroffenen müssen sich in Familien mit minderjährigen Kindern, die einen Kindergarten oder eine Schule besuchen, seit mindestens sechs Jahren, in allen anderen Fällen seit mindestens acht Jahren ununterbrochen im Bundesgebiet aufhalten. Der tatsächliche **Schulbesuch** aller Kinder im schulpflichtigen Alter wird dabei durch Zeugnisvorlage nachgewiesen.

Sie sollen in einem dauerhaften **Beschäftigungsverhältnis** stehen, das den Lebensunterhalt der Familie durch eigene legale Erwerbstätigkeit ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen sichert, und es soll zu erwarten sein, dass dieser Lebensunterhalt auch in Zukunft gesichert sein wird.

Die betroffene Familie soll über ausreichenden **Wohnraum** verfügen. Alle einbezogenen Personen sollen bis zum 30. September 2007 über ausreichende **Deutschkenntnisse** verfügen.

Von dieser Regelung ausdrücklich ausgenommen sind Personen, die die Ausländerbehörde vorsätzlich über aufenthaltsrechtlich relevante Umstände getäuscht haben, die behördliche Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung vorsätzlich hinausgezögert oder behindert haben, die wegen einer im Bundesgebiet begangenen vorsätzlichen Straftat verurteilt wurden, die Bezüge zum Extremismus oder Terrorismus haben und jene, bei denen weitere Ausweisungsgründe vorliegen, die sie selbst zu verantworten haben.

Ein Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach dieser Regelung kann bis zum 18. Mai 2007 gestellt werden. Die möglichen Begünstigten dieser Regelung erhalten zunächst eine Duldung bis zum 30. September 2007, um ihnen die Arbeitsplatzsuche zu ermöglichen. Wenn sie ein verbindliches Arbeitsangebot nachweisen, das den Lebensunterhalt der Familie ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen sichert, und zu erwarten ist, dass dies auch in Zukunft gesichert ist, erhalten sie eine auf maximal zwei Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis. Die

(Peter Lehnert)

Verlängerung erfolgt, sofern die für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Durch die Einführung klarer **Voraussetzungen** einer **Bleiberechtsregelung** für begründete Ausnahmefälle wird sichergestellt, dass es zu keiner unkontrollierten Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme kommt. Für humanitär begründete Ausnahmen bleibt weiterhin die Härtefallkommission zuständig.

Der Aufenthalt von Ausländern, die nach dieser Regelung keine Aufenthaltserlaubnis erhalten können, muss konsequent beendet werden. Die Rückführung von ausreisepflichtigen Ausländern soll durch geeignete Maßnahmen verbessert werden, und praktische Hindernisse der Abschiebung, insbesondere von Straftätern, sollen, soweit möglich, beseitigt werden. Die Innenminister und Senatoren sind sich auch darüber einig geworden, dass den nicht unter die Bleiberechtsregelung fallenden, nicht integrierten Ausreisepflichtigen, keinerlei Anreize für den weiteren Verbleib in Deutschland aus der Nutzung der Leistungssysteme gegeben werden dürfen. Daher wird der Bundesgesetzgeber gebeten, entsprechende Veränderungen im Leistungsrecht zu prüfen.

Der Beschluss der **Innenministerkonferenz** in Nürnberg stellt eine konsequente Weiterentwicklung des im Januar 2005 in Kraft getretenen neuen Zuwanderungsgesetzes dar. Der dazu erzielte **Kompromiss** beinhaltet ausdrücklich die Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung unter Berücksichtigung der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit sowie die wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen Deutschlands. Daneben regelt das Gesetz die Erfüllung unserer humanitären Verpflichtungen und, erstmals unmittelbar im ausländerrechtlichen Kontext, integrationsfördernde Maßnahmen. Neuzuwanderer haben dadurch Anspruch auf Integrationskurse, sind aber, wenn sie sich nicht auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen können, auch zum Besuch dieser Kurse verpflichtet. Verletzen sie diese Pflicht, so ist dies bei der Entscheidung über die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis zu berücksichtigen.

Im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes wurde außerdem vereinbart, dass es **Verbesserungen im Rechtsstatus** vor allem der geduldeten Ausländer geben sollte, die im besonderen Maße schutzwürdig sind, und vermutlich auf längere Zeit oder auf Dauer nicht in ihre Heimat zurückkehren können, die diesen Zustand aber nicht selbst zu vertreten haben. Personen, die die Behörden über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit täuschen oder gegen Mitwir-

kungspflichten verstoßen, um einen im Gesetz nicht vorgesehenen Daueraufenthalt zu erzwingen, sollten dagegen grundsätzlich nicht in den Genuss weiterer Vergünstigungen kommen. Diese Anforderungen werden durch den vorliegenden Beschluss der IMK umfassend erfüllt.

Durch das neue **Zuwanderungsgesetz** hat es zahlreiche Verbesserungen für die Betroffenen gegeben, andererseits führt das Gesetz bewusst zu keiner unkontrollierten Statusverbesserung. Dies gilt insbesondere für Geduldete, die aufgrund erfolgloser Asylverfahren nicht selten bereits seit Jahren zur Ausreise verpflichtet sind, aber bisher nicht abgeschoben werden konnten.

Das Zuwanderungsgesetz legt hier für eine Legalisierung des Aufenthalts einen sehr strengen Maßstab an. Die Neuregelung stellt darauf ab, ob jemand aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unverschuldet an der freiwilligen Ausreise gehindert ist. Die lange **Aufenthaltsdauer** ist in vielen Fällen die Folge von Verfahrensverschleppungen, missbräuchlichen Antragstellungen und fehlender Mitwirkungsbereitschaft. Auf die inhaltlichen Einzelheiten dieser Feststellung wird im Bericht des Innenministers wiederholt hingewiesen.

Gerade in diesen Fällen war und ist eine Statusverbesserung nach den Intentionen des Gesetzgebers nicht gewollt.

Wir können es uns auch nicht mehr leisten, arbeitsfähige und arbeitswillige Menschen, die gut in unserer Gesellschaft integriert sind, dauerhaft in die Sozialhilfe zu zwingen.

Lassen Sie mich zum Abschluss feststellen, dass das neue Zuwanderungsgesetz in den ersten beiden Jahren seiner Anwendung die Bewährungsprobe weitgehend bestanden hat. Allerdings werden uns die weiteren Umsetzungsvorgaben diverser europäischer Rechtsakte zu weiterem Handeln zwingen. Dabei sollten wir die im Koalitionsvertrag vereinbarte Evaluation des Zuwanderungsgesetzes abwarten, um seriös beurteilen zu können, ob alle Sicherheitsfragen und humanitären Probleme - wie beabsichtigt - gelöst sind und ob durch geeignete Maßnahmen die Rückführung von ausreisepflichtigen Ausländern verbessert werden kann und praktische Hindernisse der Abschiebung insbesondere von Straftätern - soweit möglich - beseitigt werden können.

Hervorzuheben sind allerdings an dieser Stelle auch die deutlichen **Verbesserungen im humanitären Bereich**, die mit dem neuen Zuwanderungsrecht geschaffen wurden. Wir sollten den vorgelegten

(Peter Lehnert)

Bericht zur abschließenden Beratung an den zuständigen Innen- und Rechtssausschuss überweisen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Lehnert. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Klaus-Peter Puls das Wort.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt mit der Innenministerkonferenz des Bundes und der Länder vom 17. November 2006, dass - ich zitiere -

„der Bundesinnenminister und die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und der SPD im Deutschen Bundestag im Rahmen der Novellierung des Aufenthaltsgesetzes sich auch des Themas **Bleiberecht** für ausländische Staatsangehörige, die faktisch und wirtschaftlich im Bundesgebiet integriert sind, angenommen haben.“

Die SPD-Landtagsfraktion teilt allerdings nicht die Zuversicht der Innenministerkonferenz - ich zitiere noch einmal -, dass

„im Rahmen des angestrebten Gesetzgebungsverfahrens Lösungen gefunden werden, die es erlauben, dem betroffenen Personenkreis oder zumindest einem Großteil davon ein **gesichertes Aufenthaltsrecht** auch tatsächlich gewährleisten zu können, die Zuwanderung in die Sozialsysteme zu vermeiden und nachhaltige Bemühungen der Betroffenen um ihre Integration in die deutsche Gesellschaft zu fördern.“

Die parteipolitische Ausgangslage in Großen Koalitionen ist zu unterschiedlich für eine begründete Hoffnung auf eine substanziell verbesserte Situation geduldeter ausländischer Menschen in Deutschland. Dabei zeigen Antwort und Bericht der Landesregierung auf die Anfragen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass auch in Schleswig-Holstein die vorhandene Furcht mancher CDU-Kollegen und -Kolleginnen vor übermäßiger Zuwanderung und unzumutbarer **Belastung unserer Sozialsysteme** abwegig ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]:
Da ist was dran!)

Als SPD-Landtagsfraktion werden wir deshalb weiterhin inner- und außerparlamentarisch unsere eige-

nen Positionen deutlich machen. Wir unterstützen uneingeschränkt die Forderung nach einer unbürokratischen und großzügigen **Bleiberechtsregelung** und einer gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe für **langjährig geduldete Flüchtlinge** und wir hoffen, dass das Aufenthaltsgesetz des Bundes in absehbarer Zeit zumindest einige Verbesserungen bringt. Es ist nicht einzusehen, warum Menschen ausländischer Herkunft, die seit Jahren bei uns leben und längst integriert sind, kein gesichertes Aufenthaltsrecht erhalten sollten.

(Beifall bei SPD, FDP und SSW)

Die im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung Schleswig-Holsteins verschwindend geringe Zahl von rund 3.000 geduldeten Personen lässt sicherlich soziale Verwerfungen auch nicht ansatzweise befürchten. Wir appellieren deshalb an den Bundesgesetzgeber, insbesondere im Bereich des **Arbeitsmarktes Zugangserleichterungen** zu schaffen. Angesichts allgemein anhaltender Arbeitslosigkeit und des Vorrangs deutscher und europäischer Arbeitssuchender bei der Arbeitsvermittlung grenzt es an Verhöhnung - ich habe es an anderer Stelle auch schon gesagt -, von Nichteuropäern, die faktisch einem Arbeitsverbot unterliegen, als Voraussetzung für ein Bleiberecht den Nachweis gesicherter Erwerbstätigkeit zu verlangen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Zu diesem Punkt begnügen wir uns auch nicht mit der im Bericht des Innenministers ausgedrückten Hoffnung der Landesregierung auf die bundesgesetzliche Regelung und auf die Zusage - ich zitiere erneut -, dass „die weitere ... Diskussion auf Bundesebene über die Implementierung einer Bleiberechtsregelung im Aufenthaltsgesetz durch Schleswig-Holstein weiterhin beobachtet werden“ soll.

„Beobachten“ genügt uns nicht. Wir erwarten und bitten die Landesregierung nachdrücklich um aktive Beförderung und Verankerung verbesserter **Beschäftigungsmöglichkeiten** der bereits langjährig bei uns lebenden ausländischen Menschen, die arbeiten wollen, es aber nicht dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Wie kompliziert die Rechtslage ist und wie schwer verständlich es für die Adressaten des Aufenthaltsgesetzes ist, die das eigentlich verstehen sollen, weil es um ihre Rechte geht, zeigt die Antwort der Landesregierung zu den Arbeitsmöglichkeiten geduldeter Personen. Ich zitiere:

„Mit dem Zuwanderungsgesetz wurden Aufenthaltserlaubnis und Arbeitserlaubnis zusammengefasst. Anstelle der separat durch

(Klaus-Peter Puls)

die Bundesagentur für Arbeit zu erteilende Arbeitsgenehmigung wird nun ein Zusatz im Aufenthaltstitel aufgenommen. Nach § 4 Abs. 2 Satz 2 Aufenthaltsgesetz ... muss jeder Aufenthaltstitel erkennen lassen, ob die Ausübung einer Erwerbstätigkeit erlaubt ist.

Personen, die nicht über einen Aufenthaltstitel verfügen, weil sie vollziehbar ausreisepflichtig sind, ist die Ausübung einer Erwerbstätigkeit grundsätzlich nicht erlaubt. Eine Duldung hat nur vorübergehende Natur. Eine Abschiebung ist noch immer das Ziel. Eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt stünde einer späteren Aufenthaltsbeendigung entgegen.

Wenn sich jedoch geduldete Ausländer bereits seit einem Jahr erlaubt oder geduldet im Bundesgebiet aufhalten, kann ihnen nach § 10 der Beschäftigungsverfahrensverordnung mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit die Ausübung einer Beschäftigung erlaubt werden.

Für geduldete Ausländer, die eingereist sind, um Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu erlangen, oder wenn bei diesen Ausländern aus von ihnen zu vertretenden Gründen aufenthaltsbeendende Maßnahmen nicht vollzogen werden können, gilt dies nicht. Ihnen darf die Ausübung einer Beschäftigung nicht erlaubt werden.

Damit Personen, die zwar vollziehbar ausreisepflichtig sind, deren Abschiebung jedoch derzeit ausgesetzt wurde, die Ausübung einer Beschäftigung von der Ausländerbehörde erlaubt werden kann, muss die zuständige Agentur für Arbeit der Ausübung der Beschäftigung zugestimmt haben. Die Arbeitsagentur hat bei ihrer Zustimmungsentscheidung die §§ 39 und 40 des Aufenthaltsgesetzes ... zu berücksichtigen. Dies bedeutet, sie kann eine Zustimmung unter anderem nur erteilen, wenn keine deutschen Arbeitnehmer sowie Ausländer, die diesen hinsichtlich der Arbeitsaufnahme rechtlich gleichgestellt sind oder die nach dem Recht der Europäischen Union einen Anspruch auf vorrangigen Arbeitsmarktzugang haben (bevorrechtigte Arbeitnehmer), zur Verfügung stehen.“

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unzumutbarer Satz!)

Meine Damen und Herren, wir verlangen von unseren ausländischen Mitmenschen die **Beherrschung der deutschen Sprache**. Ich als der deutschen

Sprache durchaus mächtiger Mensch, der sogar ein Jurastudium absolviert hat, bin beim ersten Lesen nicht in der Lage gewesen, den Inhalt solcher Gesetzesvorschriften zu verstehen. Das kann man dann von Adressaten solcher Rechtsvorschriften auch nicht verlangen.

(Beifall)

Inhaltlich ist die darin enthaltene Aussage aber viel wesentlicher, dass nämlich der Vorrang der deutschen Menschen beim **Arbeitsmarktzugang** sowie dann der zweite Rang von Bürgern der Europäischen Union beim Zugang zum Arbeitsmarkt es im Grunde genommen letztlich verhindern, dass geduldete ausländische Menschen von außerhalb Europas in den Arbeitsmarkt hinein können.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Genauso ist es!)

Hier ist eine Änderung notwendig, wenn wir nicht die Flucht in die Sozialhilfe und die Flucht in die Schwarzarbeit fördern wollen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, da nicht abzusehen ist, wann die angekündigten Änderungen im Aufenthaltsgesetz des Bundes erfolgen und in Kraft treten werden, gehen wir davon aus, dass landesseitig wenigstens die im Gesetz vorhandenen begrenzten Möglichkeiten zur **Erteilung befristeter Aufenthaltserlaubnisse** aus humanitären Gründen weiterhin nicht restriktiv, sondern ausländerfreundlich angewendet werden. Der Bericht der Landesregierung bestätigt, dass dies geschieht.

Wir gehen außerdem davon aus, dass der schleswig-holsteinische Innenminister weiterhin in möglichst vielen humanitären Einzelfällen von der sogenannten Härtefallregelung in § 23 a Aufenthaltsgesetz Gebrauch machen wird, zumal diese Möglichkeit der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für bestimmte Personen auf jahrelanges Betreiben früherer SPD-Innenminister selbst, begleitet von der SPD-Landtagsfraktion, am 1. Januar 2005 endlich Niederschlag im Bundesgesetz gefunden hat.

Wir erwarten schließlich, dass auch durch untergesetzliche Verfahren wirksame Schritte unternommen werden, um die Situation der bei uns lediglich geduldeten Flüchtlinge zu verbessern. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass der Innenminister durch konkrete Erlasse immer wieder darauf hinwirkt, die **Praxis** der schleswig-holsteinischen **Ausländerbehörden** zu vereinheitlichen und die Entscheidungsbereitschaft der dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu stärken.

(Klaus-Peter Puls)

(Beifall bei der SPD)

Im Hinblick auf die gravierende Änderung der quantitativen Rahmenbedingungen, insbesondere die seit Jahren deutlich zurückgehenden Asylbewerberzahlen, wünschen wir uns, dass die Entscheidungen aller schleswig-holsteinischen Ausländerbehörden - soweit Ermessensspielraum vorhanden ist - nicht durch auch dort hin und wieder vorhandene latente Abwehrmechanismen, sondern durch Zuwendung und Aufnahmebereitschaft geprägt sind. Als SPD-Landtagsfraktion werden wir weiter darauf hinwirken, dass sich auch in der öffentlichen Meinung und im Bewusstsein der Bevölkerung die Überzeugung verfestigt: Ausländer sind keine Sicherheitsrisiken, sondern Schutz, Wohnung, und Arbeit suchende Mitmenschen, denen wir Respekt und Hilfe zollen sollten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Klaus-Peter Puls. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss ehrlich sagen, als ich die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Bericht der Landesregierung zu den jeweiligen Initiativen gelesen habe, habe ich mich gefragt, worüber wir heute eigentlich zehn Minuten reden wollen.

Denn das, was der Innenminister als Antwort und Bericht vorgelegt hat, ist aus meiner Sicht mehr als dürftig.

(Werner Kalinka [CDU]: Nein!)

- Herr Kollege Kalinka, die Berichte haben den Informationsgehalt einer knapp beantworteten Kleinen Anfrage und sind eine wirkliche inhaltlich ernsthafte Debatte über geduldete Familien in Schleswig-Holstein nicht wert.

(Werner Kalinka [CDU]: Das stimmt nicht, Wolfgang!)

Aber vielleicht ist das auch gar nicht gewollt, denn wie die Debatte um den Bericht zur Migrationssozialberatung Ende letzten Jahres gezeigt hat, kann mehr Inhalt eines Berichts auch mehr Anlass zur Kritik geben. So ist das Beste an den Berichten, dass sie einen Anlass für eine Debatte im Landtag

um die Situation von Geduldeten - und um die geht es - in Schleswig-Holstein gegeben haben.

Um wen handelt es sich bei **geduldeten Personen**? Es geht um Menschen, die größtenteils in unser Land gekommen sind, um Schutz zu suchen, die aber keinen Aufenthaltsstatus haben, die geduldet werden und deren Abschiebung nur deswegen nicht vorgenommen werden kann, weil ein Abschiebungshindernis - beispielsweise aus humanitären Gründen, zum Beispiel, weil in ihren Heimatländern kriegerische Aktionen vor sich gehen - besteht, die aber täglich damit rechnen müssen, dass sie doch abgeschoben werden.

Es handelt sich um Menschen, die sich oftmals bereits seit mehreren Jahren in Schleswig-Holstein aufhalten und die dieses „Sitzen auf gepackten Koffern“ bereits seit Jahren durchmachen. Wenn wir alle einmal ein bisschen nachdenken, dann können wir uns vorstellen, was mental in Menschen in dieser Situation vorgehen muss.

Laut der Halbjahresstatistik vom 30. Juni 2006, die die Landesregierung in ihrem Bericht zitiert, leben in Schleswig-Holstein zurzeit etwas mehr als 3.100 Menschen, die sich in der Situation befinden, dass sie jederzeit mit Abschiebung rechnen müssen. Davon sind 1.880 Personen in insgesamt 455 Familien organisiert. Von diesen 455 Familien sind 225 - also fast die Hälfte - bereits mehr als fünf Jahre in unserem Land geduldet. Davon sind wiederum 1.005 Kinder unter 18 Jahren, von denen gut 400, also knapp 40 %, bereits mehr als fünf Jahre in unserem Land sind.

Das zeigt, dass es sich bei einem Großteil der in Schleswig-Holstein Geduldeten um Personen handelt, die eben nicht nur vorübergehend in unserem Land sind, sondern die bereits heute längerfristig bei uns sind und das möglicherweise noch länger sein werden, auch wenn sie nicht unter die **Bleiberechtsregelung** fallen, die die **Innenministerkonferenz** beschlossen hat.

Ich selbst habe mir ja erlaubt, das Innenministerium im Rahmen einer Kleinen Anfrage um Auskunft zu bitten, wie viele Personen von den zurzeit in Schleswig-Holstein Geduldeten künftig unter die neue Bleiberechtsregelung fallen werden. Denn es ist interessant, wie viele dieser Menschen in Schleswig-Holstein die **neue Bleiberechtsregelung** überhaupt in Anspruch nehmen können. Die Antwort aus dem Innenministerium war mehr als mau. Herr Minister, das Ministerium antwortete, es lägen noch keine **Zahlen** vor. Die Antragsfristen liefen schließlich noch bis Mitte Mai 2007.

(Wolfgang Kubicki)

Herr Kollege Lehnert, diese Antwort hat mich schon sehr erstaunt. Meine Fraktion hat - genau wie die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - nicht wissen wollen, wie viele der zurzeit in Schleswig-Holstein geduldeten Personen einen Antrag stellen werden, sondern wir haben wissen wollen, wie viele überhaupt die Möglichkeit haben, von der aktuellen Bleiberechtsregelung Gebrauch machen zu können. Wir wollten nicht wissen, wie viele Personen diese Chance nutzen. Dann wird aus unserer Sicht nämlich deutlich, dass dieser Bleiberechtskompromiss den wenigsten zugutekommen wird. Das ist der eigentliche politische Skandal.

Lieber Kollege Puls, es wird in den Sonntagsreden immer so getan, als habe man mit der Bleiberechtsregelung denjenigen geholfen, die seit Jahren unter dem Druck leben, dass sie trotz ihrer **Sozialisation** in unserem Land zum Verlassen dieses Landes gezwungen werden. Dabei ist mit Sozialisation nicht unbedingt das Arbeitsleben gemeint, da vielen der hier Geduldeten verboten ist, einen Arbeitsplatz anzunehmen. Es geht vielmehr um Freunde aus der Nachbarschaft, um Tätigkeiten in Sportvereinen und Verbänden, um die Kommune, in der man sich befindet.

Es geht vor allen Dingen auch um die Kinder, die hier in der Schule ihre Freunde gefunden haben. Da bietet auch die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zumindest ein wenig Zahlenmaterial. So sind allein 375, also auch gut 40 % der circa 1.000 Kinder in Familien von geduldeten Personen in Deutschland geboren. Die kennen als ihre Heimat gar kein anderes Land mehr als das Land, in dem sie sich gegenwärtig aufhalten. Von diesen 375 in Deutschland geborenen Kindern sind 136 - also auch mehr als ein Drittel - bereits sechs bis 17 Jahre alt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, können Sie sich vorstellen, wie es sein muss, als 14- oder 17-Jährige, die hier ihr ganzes Leben verbracht hat, damit rechnen zu müssen, abgeschoben zu werden in ein Land, das Sie gar nicht kennen und das nicht Ihre Heimat ist?

Ich frage einmal in diesen Raum, was eigentlich wäre, wenn wir das amerikanische Staatsbürgerrecht bereits hätten, das *ius loci*. Dann hätten diese Kinder, weil sie hier geboren wurden, automatisch die deutsche **Staatsangehörigkeit**, sie könnten nicht mehr abgeschoben werden und ihre Eltern könnten auch nicht mehr abgeschoben werden.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle haben uns doch dafür eingesetzt, dass das deutsche Staatsbürgerrecht vom Blut weg auf Boden hin reformiert wird, lieber Kollege Lehnert.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Das war ein großer Fortschritt bei der Diskussion, ob russische Schäferhunde mit deutschem Stammesbaum ein Einbürgerungsrecht in Deutschland hätten oder nicht.

Deshalb wollten wir Auskunft darüber haben, wer in den Genuss der neuen Bleiberechtsregelung kommen kann. Deshalb sind wir unzufrieden, dass die Landesregierung sich in ihrer Antwort auf die Antragsfrist zurückgezogen hat und hier eher mit Informationen zu mauern scheint.

Die geduldeten Familien, die nicht unter den Bleiberechtskompromiss fallen werden, scheint die Landesregierung abgeschrieben zu haben. So liegt meiner Fraktion ein **Controllingkonzept** der Landesregierung zur **Migrationssozialberatung** im Entwurf vom 9. November 2006 vor. Dieses Konzept bestärkt mich in der Kritik, die mein Fraktionskollege Dr. Garg bereits im November an die Regierung gerichtet hat. Auch geduldete Personen und Familien müssen aus Sicht meiner Fraktion an Integrationsmaßnahmen teilhaben dürfen. Sie müssen an Integrationsmaßnahmen teilhaben können.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Kommen wir aber zu den Zielen der Landesregierung aus dem Controllingkonzept.

Erstens. Oberziel O 1: Migrantinnen und Migranten mit Daueraufenthalt sollen in die Lage versetzt werden, Unabhängigkeit von staatlichen Transferleistungen zu erlangen. - Lieber Kollege Lehnert, das klingt soweit ganz ordentlich.

Zweitens. Oberziel O 2: Die sozialgesellschaftlichen Kompetenzen sollen bei den Migrantinnen und Migranten mit Daueraufenthalt gestärkt werden, um eine aktive gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. - Lieber Kollege Lehnert, das klingt auch nicht schlecht.

Aber nun kommt es: Drittens. Oberziel O 3: Migrantinnen und Migranten mit vorübergehendem Aufenthalt sollen in migrationsspezifischen Krisensituationen aus humanitären Gesichtspunkten und zur Sicherstellung des sozialen Friedens Unterstützung erhalten.

Sollte an diesen Zielen festgehalten werden, dann werden geduldete Personen und Familien, die nach dem Gesetz Personen mit vorübergehendem Auf-

(Wolfgang Kubicki)

enthalt sind, von **Integrationsmaßnahmen** quasi abgeschnitten.

Man muss zwar anerkennen, dass die Landesregierung plant, dass diesen Personen Beratungsangebote - beispielsweise in Schul- und Gesundheitsfragen, in Fragen der Wohnsituation oder auch der Sicherung des Lebensunterhalts - gemacht werden sollen, doch Ziel der Landesregierung ist es letztlich nicht, dass sie eine Arbeitsstelle erhalten, damit sie von staatlichen Transferleistungen unabhängig werden. Ziel der Landesregierung ist es darüber hinaus auch nicht, dass diese Menschen an unserer Gesellschaft teilhaben, obwohl sie - wie bereits erwähnt - doch schon heute seit vielen Jahren unter uns leben und bereits ältere Kinder haben, die hier geboren sind.

Herr Innenminister, nach Auffassung meiner Fraktion ist es notwendig, dass wir im Parlament diese Fragen noch eingehender beraten. Der Innenminister sollte uns im Ausschuss über den neuesten Stand seines Controllingkonzepts zur Migrationssozialberatung informieren.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sollten auch ruhig im Diskurs mit den entsprechenden Verbänden diskutieren, was hier verbesserungswürdig erscheint.

Es muss unser Ziel bleiben, Menschen, die bereits seit Jahren in Schleswig-Holstein leben, am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen, auch wenn diese Menschen jederzeit mit ihrer Abschiebung rechnen müssen.

Lieber Herr Kollege Hentschel, ich habe heute Morgen Ihrer Rede sehr aufmerksam zugehört, wie übrigens viele Kolleginnen und Kollegen der Union auch, auch wenn Sie nicht den Eindruck hatten. Ich habe bei einer Ihrer Ausführungen mehr als gestutzt. Ich bin heute Morgen sehr friedfertig, deshalb werde ich versuchen, das mit gebremstem Schaum vorzutragen. Ihre Erklärung zu den **illegal in Deutschland lebenden Personen** in der Größenordnung von 100.000 bis zu 1 Million, man müsse die faktische Situation dieser illegal in Deutschland lebenden Menschen dadurch verbessern, dass sie Zugang zu staatlichen Einrichtungen erhalten, hat mich fassungslos gemacht. Unser Ziel kann doch nur darin bestehen, einen rechtswidrigen Zustand in einen rechtmäßigen zu verwandeln und ihn nicht dadurch zu perpetuieren, dass wir die faktische Situation verbessern.

Ihr Ansatz müsste doch sein, aus den **Illegalen Legale** zu machen und nicht die Illegalität dadurch

zu verfestigen, dass sie beispielsweise Zugänge zu Kindergärten, Schulen - auch illegal - zu schaffen versuchen und zu perpetuieren. Dadurch verbessern Sie die Situation dieser Menschen nicht, denn Sie bringen sie nicht heraus aus Ihrer Situation, die dadurch geprägt ist, dass sie sich illegal in Deutschland aufhalten.

Man muss tatsächlich darüber nachdenken, ob man nicht ähnlich, wie die Amerikaner es gelegentlich machen, wie die Spanier es gemacht haben, wie die Portugiesen es gemacht haben, für die, die hier leben, jedenfalls in einem wesentlichen Kontext, die Illegalität dadurch zu beenden, dass man für einen vorübergehenden Zeitraum Möglichkeiten schafft, aus dieser Situation herauszukommen durch die Möglichkeit, Deutscher zu werden oder sich jedenfalls legal in Deutschland aufzuhalten.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Kubicki. - Das Wort für den SSW im Landtag hat die Vorsitzende Frau Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Menschen mit einem **geduldeten Aufenthaltsstatus** befinden sich in einer Zwischenwelt: sie sollen nicht bleiben, aber sie können auch nicht gehen. Das neue Bleiberecht soll diese entwürdigende Situation ändern. Darum hat der SSW den Innenminister bei seinen Bemühungen für eine **neue Bleiberechtsregelung** immer unterstützt. Das Ziel muss sein, die Zahl der Geduldeten so gering wie möglich zu halten, ohne übrigens auf das Mittel der sogenannten freiwilligen Ausreise zu greifen, die die Uni Frankfurt meines Erachtens völlig zu Recht zum Unwort des Jahres kürte. Man kann es ja auch fast nicht aussprechen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern mit anderen Worten klare Verhältnisse. Das ist besser als ein soziales Leben auf Abruf. Es geht eben nicht darum, dass sich Ausländer über Umwege einen Platz in unserer Mitte erschleichen, sondern darum, dass Menschenrechte für alle gelten, das Menschenrecht auf soziale Sicherheit, Gesundheitsversorgung und Arbeit.

(Beifall bei SSW und FDP)

Es gehört geradezu zum Charakter einer Familie, dass sie sich auf eine sichere Perspektive verlassen

(Anke Spoorendonk)

muss. Kinder, vor allem wenn sie klein sind, brauchen eine stabile Umgebung. Eine geduldete Familie befindet sich also sozusagen in einer Ausnahme-situation. Sie kann nicht davon ausgehen, dass sie noch im nächsten Jahr am gleichen Wohnort ist. Sie hat keine stabile Basis. Dabei ist es unerheblich, ob dieser Zustand selbst verschuldet ist oder nicht: Keine **geduldete Familie** kann mittel- oder langfristige in die Zukunft planen. Ein **unsicherer Status** sabotiert nicht nur eine erfolgreiche schulische Karriere der Kinder, sondern belastet auch das familiäre Zusammenleben.

Ich möchte die Situation keineswegs dramatisieren. Dazu besteht auch kein Anlass. Dank der vorliegenden Dokumentation der Landesregierung wissen wir besser als vorher, wie es um die Familien bestellt ist. Wir sind nicht länger auf Vermutungen angewiesen. Die Antwort des Innenministers erlaubt es dem Landtag, den Bereich des Spekulativen zu verlassen. Daher unser Dank an die Fragesteller, aber auch an die Landesregierung. Ich finde, dass die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage doch mehr ist als einfach nur eine Auflistung von Daten.

Ich war nicht so unzufrieden mit der Antwort, muss ich sagen. Das sage ich deshalb, weil es auch andere Beispiele gibt. Vergleicht man nämlich die Antwort auf eine vergleichbare Anfrage grüner Abgeordneter in Hamburg aus dem Frühling letzten Jahres, zeigt sich, dass es bei uns doch etwas genauer zugeht. Die statistischen Daten lassen hierzulande im Bereich des Schulbesuches ein weitgehend exaktes Bild der Situation zu. Das begrüßt der SSW ausdrücklich.

Wir müssen die **Zahlen** und die **Hintergründe** kennen, damit wir die entsprechenden **Maßnahmen** einleiten können. Ohne die Zahlen stochern wir weiterhin im Nebel. Aber wir wollen auch die Wirklichkeit hinter den Zahlen wissen.

So hat der Flüchtlingsrat im letzten Jahr auf die katastrophale Situation der **Kinder und Jugendlichen** in geduldeten Familien hingewiesen. Nach Kenntnis des Flüchtlingsrates dauert die Bearbeitung der Anträge von jungen Flüchtlingen mit aufenthaltsrechtlicher Duldung auf eine betriebliche Ausbildung, ein Praktikum, geförderte Schulungen, Ferienjobs und auch ehrenamtliche Beschäftigung wochen- und zum Teil monatelang. Die Nachrangigkeit wird sehr gründlich geprüft, also die Frage, ob sich nicht jemand anderes für diesen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz findet. Der Flüchtlingsrat weiß sogar von Fällen zu berichten, dass die Zustimmung pauschal verweigert wird, unabhängig davon, worauf der Antrag letztlich abzielt. Damit

wird denjenigen jungen Menschen, die sich für ihre berufliche Zukunft stark machen, jeder Enthusiasmus genommen.

Innenminister Stegner hat immer wieder gefordert, dass Menschen mit Duldung in einem dauerhaften Beschäftigungs- oder Berufsausbildungsverhältnis stehen und ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit bestreiten müssen, um in einer Bleiberechtsregelung berücksichtigt zu werden. So wurde es dann auch verabschiedet. Die Praxis der zuständigen Behörden allerdings scheint dieses Verfahren zu torpedieren.

Der Flüchtlingsrat zieht ein ernüchterndes Fazit:

„Geduldeten Mädchen und Jungen müssen sich mehr anstrengen, bessere Leistungen bringen, mehr Motivation zeigen und ernten oft nur Verbot und Ausschluss.“

Der vorliegende Bericht verzeichnet 120 junge, geduldete Erwachsene im Alter zwischen 18 und 21 Jahren. Eine andere Tabelle verzeichnet insgesamt nur 33 Geduldete, die ein ausbildungsvorbereitendes Jahr absolvieren, eine Berufsfachschule besuchen oder sich in einer beruflichen Ausbildung befinden. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist katastrophal und viel zu wenig.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Umkehrschluss lässt also nur die Vermutung zu, dass die anderen **geduldeten Jugendlichen** zur Beschäftigungslosigkeit verdammt sind. Während wir für Jugendliche mit gesichertem Bleibestatus alle Hebel in Bewegung setzen, damit sie schnell in Beschäftigung kommen, sieht das bei den Geduldeten völlig anders aus. Ich behaupte, dass sie durch die **Ausgrenzung vom Ausbildungs- und Arbeitsmarkt** dauerhaft desintegriert bleiben, außen vor einer Gesellschaft, die ihnen jeden Tag zeigt, dass sie sie nicht haben will. Da braucht es keine große Fantasie, um sich auszumalen, was diese Haltung bei den jungen Leuten anrichten wird.

Die Deutsche Bischofskonferenz hat bereits 2001 darauf hingewiesen, dass „für die Verantwortlichen die Verpflichtung besteht, allen hier lebenden Menschen ihre grundlegenden Menschenrechte zu gewährleisten“, unabhängig von Duldung, Aufenthaltsgenehmigung und Nationalität. Die Kirche verweist aber auch auf das Recht der Kinder auf Schule. Ich finde, die Ausbildung gehört auch dazu. Dieses Recht ist meines Erachtens nicht eingelöst.

(Beifall beim SSW)

(Anke Spoorendonk)

Ohne Arbeit keine Chance auf ein dauerhaftes Bleiberecht, ohne Bleiberecht keine Arbeit: Dieser Teufelskreis, der den armen Hauptmann von Köpenick dereinst in die Kriminalität drängte, ist heutzutage für Geduldete tägliche Realität. Vor diesem Hintergrund vermute ich eine eher zurückhaltende Inanspruchnahme der hoch gelobten neuen Bleiberechtsregelung.

Ich unterstütze die Aussagen des Kollegen Kubicki, dass hier auch im Ausschuss noch nachgebohrt werden müsste. Ich hätte mir also eine bessere Einbindung der Betroffenen bezüglich des neuen Bleiberechts gewünscht. Der Bericht des Innenministers zur Inanspruchnahme der neuen Bleiberechtsregelung ist an dieser Stelle unbefriedigend.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der SSW fordert, dass die **Betroffenen** über eine **Informationsveranstaltung** für Behörden und Nichtregierungsorganisationen hinaus gezielt informiert werden. Es ist nicht davon auszugehen, dass dieser Personenkreis die Diskussion in den Medien zum neuen Bleiberecht verfolgt beziehungsweise die Konsequenzen für das eigene Leben verstanden hat.

Herr Kollege Puls hat noch auf ein weiteres Problem aufmerksam gemacht, dass die Texte nicht verständlich sind für Menschen, die kein Jurastudium absolviert haben. Wenn wir also an einer dauerhaften Reduzierung der Zahl der Geduldeten interessiert sind - ich denke, das sollten wir, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, alle sein -, müssen wir die Betroffenen einbinden. Es soll niemand überredet werden, in Deutschland zu leben. Neues Recht kann aber nur im Dialog mit den Betroffenen erfolgreich implementiert werden.

Dank der Anfrage verfügen wir über genaue regionale Daten der geduldeten Familien. Ich denke, dass die Daten zu den **Geduldeten ohne Familien** in gleicher Weise statistisch aufbereitet werden sollten, schließlich bilden sie unter den Geduldeten die Mehrheit.

Ich finde die Zahlen übrigens in anderer Hinsicht auch interessant. Zu einzelnen Fällen daher noch ein paar Anmerkungen zum Schluss. Überrascht hat mich, dass im Zuge des neuen Zuwanderungsgesetzes die **Zahl der Arbeitgenehmigungen** zurückgegangen ist. Ich hätte mir an dieser Stelle eine Erläuterung der Hintergründe gewünscht.

Die Antwort auf die Große Anfrage hat **regionale Ungleichheiten** offenbart. Dazu gehört der Landkreis Pinneberg. Auffällig viele geduldete Familien

leben im Kreis Pinneberg, nämlich 72, und diese haben eine überdurchschnittlich lange Duldung.

Über die Hälfte dieser Familien sind nämlich länger als vier Jahre geduldet, 17 Familien schon zehn Jahre oder mehr. Ich hätte gern mehr über die Duldungspraxis in Pinneberg gewusst.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aufgefallen ist mir auch die hohe Zahl von Sonderschülern im Kreis Herzogtum Lauenburg: Zehn von 65 Kindern besuchen dort eine Sonderschule. Ein ungewöhnlicher Rekord. Ich hätte gern gewusst, wie sich das erklärt.

Noch einmal: Der SSW hätte sich von der neuen Bleiberechtsregelung eine deutliche und nachhaltige Senkung der Zahl der geduldeten Ausländer versprochen. Damit sollten wir uns im Ausschuss weiter befassen. In einem halben Jahr werden wir sehen, wie es weitergehen wird. Vor dem Hintergrund der Probleme gibt es vieles, was schon jetzt geklärt werden muss.

(Vereinzelter Beifall)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Spoorendonk. - Ich habe Wortmeldungen für Kurzbeiträge. Zunächst hat Frau Abgeordnete Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den sehr detaillierten und kenntnisreichen Vorreden möchte ich einen kleinen Aspekt anfügen, der die Schnittstelle zwischen Innenministerium und Jugendministerium, manchmal auch Bildungsministerium, betrifft. Es handelt sich um eine relativ kleine Anzahl, deren Schicksal uns aber nach wie vor aufhorchen lässt, nämlich die sogenannten **unbegleiteten Flüchtlinge**. Die Rechtsprechung hat sich insofern verändert, als nun auch die über 16-Jährigen wie Jugendliche ein Anrecht haben, nach der Kinderrechtskonvention behandelt zu werden. Auch wenn es relativ selten vorkommt, dass diese unbegleiteten Flüchtlinge den Dauerduldungsstatus haben - denn sie werden ja älter und werden Erwachsene -, möchte ich, wenn wir jetzt sowieso mit den Ausländerbehörden vor Ort sprechen müssen, wenn wir mit den Arbeitsagenturen sprechen müssen, wenn wir uns in den Schulen umschauen müssen, den Blick auch auf diese Gruppe lenken.

Denn nach wie vor gehen die Jugendämter mit der neuen Rechtsprechung sehr unterschiedlich um. Im

(Angelika Birk)

Landesjugendhilfeausschuss wurde uns neulich mitgeteilt, dass viele Jugendämter sie schlicht ignorieren. Nach wie vor werden diese jungen Flüchtlinge nicht altersgemäß behandelt, sie haben nicht die notwendige Begleitung und es ist nur dem großen Engagement ehrenamtlicher Vereine zu verdanken, dass sie „Vormünder“ haben - ich weiß, dass das nicht mehr der richtige Ausdruck dafür ist -, dass sie Leute haben, die sie an die Hand nehmen, über ihre Rechte aufklären und ihnen vor allem ein Stück Heimatgefühl vermitteln, weil sie es nicht bei der rechtlichen Belehrung belassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist aber eigentlich die Aufgabe der **Jugendämter**, sich darum zu kümmern und die Vereine zu unterstützen, anstatt sie wie Aussätzige zu behandeln.

An dieser Stelle unterstreiche ich das, was Herr Hentschel und auch Frau Spoorendonk gesagt haben: Wir müssen die Praxis in den einzelnen Kreisen untersuchen. Wir müssen die Leute, die vor Ort in der ARGE und der Ausländerabteilung kommunal zuständig sind, ansprechen und müssen sie auch als Abgeordnete darauf aufmerksam machen, welche hohe Verantwortung sie haben und dass nicht bis September ungenutzte Zeit verstreicht, weil von den Behördenleuten irgendjemand in Urlaub, krank oder was immer ist.

Es geht vor allen Dingen um die Jugendlichen. Das wurde hier deutlich gemacht. Dazu gehören auch die unbegleiteten Flüchtlinge.

Eines kann ich mir an dieser Stelle nicht verkneifen: Hätten wir noch die Migrationssozialberatungsstellen, die leider gewissen Kürzungen zum Opfer gefallen sind, hätten wir jetzt die Ansprechpartner, die wir vor Ort brauchen und die sich wirklich kümmern. Die haben wir leider nicht mehr. Die neuen Stellen sind noch nicht aufgebaut, die das **Netz** nun angeblich an anderen Orten füllen sollen. Wir haben nach wie vor die Situation, dass minderjährige Kinder in dieser schwierigen Situation für ihre eigenen Eltern bei Behörden dolmetschen müssen. Das sollte eigentlich der Vergangenheit angehören. Dafür bräuchten wir Fachleute und nicht Kinder, die über ihr eigenes Schicksal mitentscheiden.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Die Zeit, Frau Kollegin!

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich habe in der Vergangenheit wieder ein herzerreißendes Mail in so einer Angelegenheit bekom-

men, in der mich eine 13-Jährige angeschrieben hat: Ich möchte meinen Eltern helfen, dass sie hierbleiben können. Was kann ich tun?

Deutlicher kann man nicht sagen, dass hier Unterstützungs- und Beratungsbedarf vorhanden ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Der Innenminister hat erneut um das Wort gebeten. - Bitte schön, Herr Dr. Stegner!

Dr. Ralf Stegner, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gab doch einige Punkte, auf die eingegangen werden muss, damit manches in der Debatte nicht falsch stehen bleibt.

Kein Mensch bejubelt den **Bleiberechtskompromiss** und Schleswig-Holstein wollte weiß Gott etwas anderes. Es bleibt trotzdem - gerade durch unser Eintreten - ein Bleiberechtskompromiss, der deutlich über das hinausgeht, was wir seit Jahren hatten. Schleswig-Holstein hätte auch mehr mitgemacht, aber andere Länder wollten das nicht. Darauf möchte ich deutlich hinweisen.

Lieber Herr Kollege Hentschel - das hat auch Herr Kubicki angedeutet -, es ist auch nicht richtig, dass parallel Menschen abgeschoben würden. Diejenigen, die in den Kreis kommen, werden nicht abgeschoben. Schleswig-Holstein hat auch ein Vierteljahr vorher schon gesagt: Das tun wir nicht, weil wir auf einen Bleiberechtskompromiss hinwirken. Auch das ist ein Erfolg, dass das möglich ist.

Wir können wirklich nur beantworten, was gefragt worden ist. Was Frau Birk angesprochen hat, das tun wir ohnehin längst.

Ich möchte gern auf das Thema eingehen, das Herr Lehnert und der Kollege Puls angesprochen haben. Er hat sich darauf bezogen, dass wir beobachten, wie sich das entwickelt. Unter Beobachtung verstehe ich, dass wir darauf einwirken, dass der Kompromiss, der zwischen Herrn Müntefering und Herrn Schäuble geschlossen worden ist, auch umgesetzt wird. Das ist der Punkt, darauf wollen wir hinwirken.

Lieber Herr Kollege Kubicki, ich wäre Ihnen ausgesprochen dankbar, wenn Sie uns nicht für das kritisieren, was wir hier machen - wir nutzen nämlich die humanitären Spielräume -, sondern sich daran beteiligen würden, dass die, die die Umsetzung von Müntefering und Schäuble nicht wollen - dazu gehören Baden-Württemberg und Niedersachsen, wo

(Minister Dr. Ralf Stegner)

die FDP mitregiert -, Ihre Haltung in dieser Frage ändern.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Daran arbeite ich!)

Das würde den Menschen mehr helfen, als das Land zu kritisieren, das humanitäre Spielräume am weitestgehend ausnutzt. Dazu bekenne ich mich hier ausdrücklich und daran wird sich auch nichts ändern.

(Beifall bei SPD und SSW)

Was den Einfluss Schleswig-Holsteins angeht, möchte ich daran erinnern, was der Bundesrat zur Integration beschlossen hat. Was dem Integrationsgipfel der Frau Bundeskanzlerin vorausgegangen ist, stammt zu 90 % aus der Feder des schleswig-holsteinischen Innenministers. Darauf möchte ich einfach einmal hingewiesen haben. Das heißt, das Thema Integration auf die Tagesordnung zu setzen, sich darum zu kümmern, ist Teil schleswig-holsteinischen Einflusses auf die Bundespolitik.

Herr Kollege Kubicki, Sie haben über das *ius loci* und die Frage, was man sich da wünschen könnte, gesprochen. Auch das würde nicht an uns scheitern. Ich sage nur: Die unselige Debatte um die doppelte Staatsbürgerschaft führt jetzt dazu, dass die, die jetzt 18 werden, sich entscheiden müssen, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft abgeben. Ich glaube übrigens, dass es mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist, jemanden auszubürgern, der Deutscher ist. Das heißt, wir werden das Problem noch kriegen.

(Vereinzelter Beifall)

Was mich wirklich ein bisschen geärgert hat, ist Ihr Hinweis, wir hätten nicht vernünftig auf die Frage geantwortet, wer möglicherweise in den Genuss solcher Regelungen kommt. Ich will Ihnen genau erklären, warum. Wir haben das deswegen so beantwortet, weil ich nicht weiß, was in Berlin herauskommt. Ich bin immer noch so optimistisch zu glauben, dass man sich an das hält, was wir zwischen den großen Parteien vereinbart haben. In der Zwischenzeit wollen wir für diejenigen, die hier sind, die **Spielräume** so extensiv auslegen, dass möglichst viele davon Gebrauch machen, unter wirklich harter Dehnung dessen, was rechtlich möglich ist.

Da bin ich mir, was das **Arbeitsrecht** angeht, mit dem Kollegen Döring völlig einig. Wenn sich die Innen- und Arbeitsminister in allen Ländern einig wären, hätten wir in der Bundesrepublik bei diesem Thema kein Problem. Wir wollen, dass sie arbeiten

können, wir wollen sie aber nicht ausbeuten, wie das in manchen Ländern gefordert wird.

Deswegen will ich das nicht anders beantworten, weil ich nämlich nicht in die Situation kommen möchte, rechtlich gerüffelt zu werden, sondern ich möchte versuchen, humanitäre Spielräume auszunutzen, wo immer ich das kann, und Ihnen nicht nur statistisch etwas geben, mit dem dann andere Leute möglicherweise etwas machen, was damit nicht gemacht werden sollte.

Ein weiterer Punkt, den ich gern ansprechen möchte, ist das Thema **Migrationssozialberatung**. Natürlich ist es richtig, dass wir da Veränderungen vorgenommen haben. Wir haben übrigens immer noch mehr, als wir im Jahr davor hatten. Wir hatten da eine Spitze. Wir haben eine flächendeckende Versorgung. Ich habe der Kollegin Spoorendonk zugesagt, dass wir, wo wir regionale Verwerfungen haben, damit umgehen.

Wie sollen wir mit denen umgehen, die nicht hierbleiben können? Haben wir bei dem Thema hier im Hause Konsens darüber, dass jeder, der nach Deutschland kommt, hierbleiben darf? Ist das Konsens? Das habe ich so nicht wahrgenommen.

Wenn das nicht so ist, muss man darüber reden, wie man dafür sorgt, dass die, die hier sind und sich integriert haben, hierbleiben können und die, die nicht hierbleiben können, möglichst nicht in die Illegalität kommen und freiwillig ausreisen. Ich gehöre nicht zu den Menschen, die sich darüber freuen, wenn sie von Organisationen dafür ausgezeichnet werden, dass sie möglichst viele Abschiebungen durchführen. Ich hoffe, dass auch der Kollege Beckstein in seinem neuen Amt als Landesvater das noch ändern wird.

Ich will Ihnen ehrlich sagen: Abschiebung ist mit Abstand das Schlechteste. Wenn Menschen mitten in der Nacht abgeschoben werden müssen, ist das mit das Schwierigste, was überhaupt getan werden muss. Ich hoffe, dass das in möglichst wenigen Fällen vorkommt und wir uns an der Stelle um freiwillige Ausreisen kümmern können. Ich teile übrigens nicht die Bewertung dieses Wortes, sondern es ist immer besser als Abschiebung.

Umgekehrt gilt aber: Wir müssen uns um die, die hierbleiben können, bemühen. Das Thema, um das wir uns kümmern müssen, ist das Thema **Integration**. Die meisten Ausländerbehörden in Schleswig-Holstein wirken auf positive Weise mit. Das gilt solange, wie wir nicht sagen können, dass wir bei dem, was wir durch **Härtefallkommissionen** oder über andere Dinge leisten können, in die Lage kommen, humanitäre Spielräume immer zugunsten der

(Minister Dr. Ralf Stegner)

Menschen zu nutzen. Das gilt übrigens auch für Illegale, denn die Würde des Menschen ist unantastbar. Das steht im Grundgesetz. Dort steht nicht, die Würde des deutschen Menschen ist unantastbar.

(Beifall bei SPD und FDP)

Solange man sich mit seinen Positionen nicht durchsetzen kann, solange geht es darum, im Interesse der Menschen um Kompromisse zu ringen. Ich glaube, die Praxis in Schleswig-Holstein kann sich im Vergleich zu dem, was in anderen Ländern der Bundesrepublik geschieht, weiß Gott sehen lassen. Dafür trage ich ausdrücklich die Verantwortung und dabei wird es bleiben.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Innenminister. Damit sind neue Redezeiten eröffnet. Zum Teil gibt es auch noch Restredezeiten. Wir werden das großzügig handhaben. Zunächst hat sich Herr Abgeordneter Peter Lehnert zu Wort gemeldet.

Peter Lehnert [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die hier angezeigte Redezeit von acht Minuten will ich nicht ausnutzen. Herr Kubicki, ich muss nur noch zu zwei Punkten etwas sagen. Die erste Anmerkung ist zu der Frage der **Illegalen**, die sich in Deutschland aufhalten, und der Regelung, die die Spanier getroffen haben. Herr Hentschel hat diese Frage ebenfalls angeführt. Ich kann hier deutlich sagen: Mit der Union wird so eine Regelung ohne Prüfung und ohne Differenzierung für 400.000 bis 500.000 Menschen in Deutschland nicht machbar sein.

Zum Zweiten haben Sie, Herr Kubicki, die Frage nach der Glaubwürdigkeit und nach den Reden, die hier gehalten werden, gestellt. Ich habe für unsere Fraktion bereits eine Woche vor der **Innenministerkonferenz** klargemacht, welche Position wir zum Thema **Bleiberechtsregelung** haben. Ich habe für unsere Fraktion zehn Forderungen aufgestellt. Sie sehen neben diesen zehn Punkten überall Haken. Wir haben also vor der Innenministerkonferenz genau das Gleiche gesagt wie nach der Innenministerkonferenz. Wir als Union haben hier überhaupt keine Probleme. Wir haben eine ganz klare und nachvollziehbare Linie, die - so glaube ich - für die Menschen auch deshalb wichtig ist, weil sie für die Betroffenen und auch für die Menschen, die dieses Thema interessiert, Verlässlichkeit darstellt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Lehnert. - Zu einem Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kubicki, es wäre natürlich wünschenswert, wenn wir die Illegalen legalisieren könnten. Damit bin ich völlig einverstanden. So lange wir keine offenen Grenzen haben, so lange wird es auch Menschen geben, die hierherkommen, jedoch keine **Aufenthaltsberechtigung** haben. Ich glaube, über das Thema offener Grenzen brauchen wir nicht zu diskutieren. Natürlich werden sich diese Menschen nicht freiwillig melden. Vielmehr wird es illegale Situationen geben. Das ist so. Das ist übrigens in allen Industriestaaten der Welt so. Die Frage ist, ob man das zur Kenntnis nimmt und versucht, damit umzugehen, oder nicht. Wir haben die gleiche Diskussion beim Thema Schulgesetz gehabt. Insbesondere in Hamburg werden von ganz vielen Schulen die Fragen gestellt: Was machen wir mit Kindern, die hier praktisch gar nicht existieren, die wir aber beschulen? Wie gehen wir damit um? Diese Dinge werden in der Realität einfach ignoriert. Wir tun so, als gäbe es das nicht. Das ist etwas, von dem ich glaube, dass sich Politik das nicht leisten sollte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte jetzt mit dem Innenminister nicht in einen Streit um die Taktik zur **Bleiberechtsregelung** eintreten. Darüber könnte man viel sagen. Man könnte fragen, ob es klug war, schon mit einem Kompromiss in die Verhandlungen zu gehen. Ich glaube, wir sollten uns jetzt auf die konkreten Punkte konzentrieren, die die Frage behandeln, was wir in der aktuellen Situation tatsächlich tun können, damit möglichst viele Menschen eine Chance haben. Das ist auch mein Interesse in der Debatte. Hierzu möchte ich zwei Punkte ansprechen. Der eine Punkt, der sich auch an Ihre Adresse richtet, Herr Minister, betrifft die **Migrations- und Sozialberatung**. Es wäre gut, wenn es eine klare Aussage dahin gehend gäbe, dass die Migrationsberatung, die jetzt gefordert wird, obwohl sie nicht in Ihrer originären Zuständigkeit liegt, an dieser Stelle Hilfe leisten würde. Es würde sehr helfen, wenn die Menschen eine Anlaufstelle hätten. Ich glaube, es wäre ganz wichtig, hier eine Klarstellung zu leisten.

Ich glaube, dass wir als Abgeordnete aller Parteien gefordert sind, in den jeweiligen Kreisen, in denen wir als Abgeordnete gewählt sind, zu gucken, was

(Karl-Martin Hentschel)

die **Kreisbehörden** machen, denn die Umsetzung geschieht nicht durch den Innenminister. Die Umsetzung geschieht vielmehr durch die Kreisbehörden. Wir alle wissen, dass die Praxis in den Kreisen sehr unterschiedlich gehandhabt wird. Die Spanne reicht von Menschen, die sich kümmern und die engagiert versuchen, den Leuten zu helfen, bis zu Ausländerbehörden, zu denen sich keiner mehr hintraut, weil die Menschen Angst haben, dorthin zu gehen. Diese Situation sollte beobachtet werden. Wir können sie im Ausschuss beobachten. Ich glaube, es ist eine Aufgabe von uns allen, in den Kreisen nachzugucken, was da passiert, denn es wird sich in den nächsten Monaten entscheiden, ob dieser Bleiberechtskompromiss überhaupt etwas nützt oder ob er im Wesentlichen dazu führt, dass ein Großteil der Menschen daran scheitert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Hentschel. - Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Innenminister, ich akzeptiere Ihre Motivationslage. Trotzdem werden wir uns im Ausschuss noch etwas intensiver unterhalten müssen. Es muss Sie aber ebenso wie mich schmerzen, dass der Kollege Lehnert sich hier hinstellt und sagt, er sei stolz darauf, dass Sie bei dem Kompromiss sämtliche Positionen der CDU mit durchgesetzt haben. Das hat er gerade gesagt! Mir würde das innere Schmerzen verursachen. Möglicherweise sind Sie aber anderes gewöhnt und so schmerzfreier.

Herr Kollege Hentschel, ich möchte mich zur Frage der Illegalen noch einmal äußern. Sie scheinen bestimmte Dinge anders zu sehen oder nicht nachvollziehen zu wollen. Wenn Sie die tatsächliche **Situation von illegalen Menschen** in Deutschland verbessern, verstetigen Sie damit einen rechtswidrigen Zustand. Ich frage Sie, wie wir von jedermann in Deutschland die Achtung vor der Rechtsordnung verlangen wollen, wenn Sie sagen, wir akzeptieren es aus humanitären Gründen, dass sich Leute in Deutschland illegal aufhalten und wir verbessern deren faktische Situation. Das genaue Gegenteil muss der Fall sein! Wir müssen versuchen, aus einem rechtswidrigen einen rechtmäßigen Zustand herzustellen. Jedenfalls müssen wir versuchen, die **Rechtsordnung** gegenüber jedem Mann und ge-

genüber jeder Frau durchzusetzen. Das sind wir nicht nur uns selbst, sondern auch unserer Rechtsordnung schuldig. Sonst verlieren wir jede Form von Akzeptanz. Der Kollege Lehnert erklärt schon heute, was die Union nie machen wird. Das erinnert mich an Wahlaussagen der CDU vor Landtagswahlen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Lehnert, ich bin hier völlig ruhig und relaxt, denn ich glaube immer noch, dass die Union das C in ihrem Namen einigermaßen ernst nimmt und so ihre Position in der Diskussion mit den Kirchen mit Sicherheit gegenüber der humanitären Haltung, die Sie gerade einnehmen, noch ein bisschen verändern könnte. Weiterhin sage ich Ihnen mit Sicherheit voraus, dass die demografische Entwicklung Sie, uns oder Deutschland geradezu dazu zwingen wird, in Deutschland illegal lebende Menschen jungen und kräftigen Alters zu legalisieren, weil wir ansonsten mit den Problemen der **demografischen Entwicklung** nicht fertig werden.

Ich empfehle in diesem Zusammenhang, einige wirtschaftswissenschaftliche Studien zu lesen. Das werden Sie dann feststellen! Ich gucke mir das in aller Ruhe an. Das wird im Jahr 2010 beginnen. Ich bin sicher, dass gerade aus Ihren Reihen, nämlich aus den Reihen derjenigen, die im Wirtschaftsrat der Union und in Wirtschaftsverbänden sitzen, die dringende Forderung kommen wird, für diejenigen, die sich in Deutschland momentan in einem Status befinden, der sich im rechtsfreien Raum bewegt, eine rechtmäßige Grundlage für ihr Hiersein zu schaffen, damit deren Kräfte für die Produktivität unserer Gesellschaft genutzt werden können. Herr Kollege Lehnert, seien Sie insofern mit solchen Aussagen wie „mit der Union niemals!“ vorsichtig. Ich bin sicher, das kommt schneller, als Sie es momentan noch ahnen.

Herr Kollege Hentschel, ein letzter Punkt, den ich mir nicht verkneifen kann: Ich würde mir irgendwann einmal von Ihnen in der Frage, wie man in Deutschland mit Menschen umgeht, eine Aussage dazu wünschen, wie denn Bundesaußenminister Fischer mit Herrn Kurnaz umgegangen ist. Das muss nicht heute sein, obwohl heute dazu Gelegenheit gewesen wäre.

(Zurufe von der SPD)

- Moment, Moment! Das hat mit der Frage zu tun: Welche Politik wird erklärt und welche Politik wird faktisch umgesetzt? Irgendwann erwarte ich eine Stellungnahme zu der Frage, wie wir mit einer Person umgehen, die einen berechtigten Aufenthalts-

(Wolfgang Kubicki)

status hatte, deren Aufenthaltsstatus mit fraglichen Argumenten aber verhindert werden sollte, um sie aus Deutschland zu entfernen. Das gehört zur Glaubwürdigkeit in dieser Frage.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ansonsten haben Erklärungen über **Menschenrechte**, für die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und andere eintreten, relativ wenig ehrliche Substanz.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Zu einem weiteren Beitrag hat Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nur noch eine kleine Anmerkung, denn Sinn dieser Debatte ist es natürlich nicht, die weitere Ausschussberatung vorweg zu nehmen. Ich denke aber, die Debatte macht deutlich, dass es wirklich an der Zeit ist, dass wir uns etwas ausführlicher mit diesem ganzen Komplex beschäftigen. Wir haben jetzt die neue **Bleiberechtsregelung**. Wir haben schon längere Zeit das Zuwanderungsgesetz.

Das heißt, wir sollten eine Bestandsaufnahme machen. Zu einer **Bestandsaufnahme** gehört aus unserer Sicht aber auch das, was hier schon anklang, nämlich: die Umsetzung. Wir sind uns nicht nur in Sonntagsreden, sondern wenn es um Grundsätze geht, weitgehend einig. Wie aber sieht die Umsetzung dieser Gesetze im Verwaltungshandeln aus? Dies möchte ich geklärt haben.

Ich möchte auch geklärt haben, wie die Betroffenen einbezogen werden. Es geht dabei nicht nur darum, was vorhin schon gesagt wurde, dass die Leute die Verordnungen lesen und verstehen können. Es geht auch um Probleme bei den Behörden. Uns ist von betroffenen Menschen schon mehrfach gesagt worden, dass sie zu wenig Informationen über ihren konkreten Fall erhalten. Die eine Behörde sagt: Das ist in Ordnung, du bekommst einen bestimmten Status, du wirst nicht ausgewiesen. Die andere Behörde sagt: Du wirst ausgewiesen. Die Menschen sagen: Wieso? Ich kann es nicht verstehen.

Hier gibt es noch viel zu tun. Wir können nicht alles auf den Flüchtlingsbeauftragten abschieben, aber auch ich sollten wir in dieser Situation noch einmal hören.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben genug Themen, die im Ausschuss behandelt werden müssen.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort zu einem weiteren Beitrag hat der Herr Abgeordnete Lehnert. Wir sehen einmal, wie viel Zeit dann noch ist, Herr Lehnert.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Die Regierung hat die Redezeit erneut eröffnet. Herr Abgeordneter Neugebauer, Sie sind ein alter Hase und wissen, was dann passiert.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was heißt „alter Hase“?)

Peter Lehnert [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will auf zwei Punkte eingehen, die Kollege Kubicki erwähnt hat. Es geht um die illegale Zuwanderung und die Zukunft unserer **sozialen Sicherungssysteme**. Wir sollten dies auch bei anderer Gelegenheit vertiefen. Wir kommen vom einen zum anderen, weil diese Fragen ineinandergreifen.

Entscheidend ist - wir haben darüber diskutiert - die Zuwanderung auf den **Arbeitsmarkt**. Bisher hat es die Regelung gegeben - sie wird in Schleswig-Holstein vereinbarungsgemäß überprüft werden -, dass gut Integrierte auf den Arbeitsmarkt zuwandern können. Das hat auch damit zu tun, dass wir bis zur Regierungsübernahme von Frau Angela Merkel 5 Millionen Arbeitslose hatten, jetzt schon unter 4 Millionen Arbeitslosen, aber immer noch knapp 4 Millionen Arbeitslose haben. Dies wird in den nächsten Jahren unter dieser Bundesregierung sicher noch weniger werden, auch angesichts der erfolgreichen Wirtschaft. Es gibt aber immer noch eine hohe Arbeitslosigkeit.

In der **Europäischen Union** gibt es Beitrittsstaaten, die mit Dienstleistungen legal schon heute hier tätig werden können. 2011 fallen die Beschränkungen auf dem Arbeitsmarkt. Das heißt, wir haben in Deutschland noch dreieinhalb bis 4 Millionen Arbeitslose und haben dann ab 2011 die legale Zuwanderung innerhalb des europäischen Arbeitsmarktes. Angesichts diesen Zahlen, die allen be-

(Peter Lehnert)

kannt sind - ich sage dies für unsere Fraktion in aller Deutlichkeit -, ist es kaum vorstellbar, dass die verantwortlichen Innenpolitiker der Union in den nächsten fünf Jahren die Absicht, die Illegalen wie in **Spanien** zu legalisieren, mitmachen werden. Ich wiederhole dies hier ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für einen weiteren Beitrag hat der Herr Abgeordnete Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich gebe meinem Kollegen Kubicki durchaus recht, wenn er Herrn Lehnert - der im Augenblick am Wasserautomaten steht - prognostiziert, dass sich noch vieles ändern wird. Auch ich glaube das. Wir bekommen eine ganz andere Situation, wenn die Bevölkerungszahlen in Deutschland tatsächlich zurückgehen. Wir bekommen dann ganz andere Diskussionen. Es ist gut, sich auf diese Dinge einzustellen. Auch die Union tut gut daran, sich mit den Realitäten auseinanderzusetzen. Wir sind in diesen Fragen immer noch sehr stark ideologisch besetzt.

(Peter Lehnert [CDU]: Das ist doch Quatsch!)

Ich wollte die Debatte heute dahin führen, dass wir für die vom Bleiberechtskonflikt betroffenen Menschen möglichst viel erreichen. Auf das, was Herr Kubicki am Schluss gesagt hat, möchte ich Ihnen aber antworten. Meine Fraktion im Bundestag tut alles und arbeitet mit aller Offenheit daran, die Dinge aufzuklären. Es wird sich herausstellen, wer beteiligt ist. Wir werden niemanden schonen, wir haben dies nie getan. Wir sind dafür bekannt, dass wir uns auch mit eigenen Parteifreunden durchaus heftig auseinandersetzen. Wir sind die Partei, die am wenigsten Gefahr läuft, das nicht zu tun.

An Ihrer Aussage ärgert mich aber eines. Wir reden über die Politik der Landesregierung und was wir da tun können. Was aber hat die FDP in den Regierungen gemacht, in denen sie in einer Koalition mit der Union ist? Wo ist der liberale Geist zu erkennen gewesen? Wie hat die FDP für eine besser Bleiberechtsregelung gekämpft?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, jetzt nicht. - Man kann sich darüber streiten, ob die Taktik von Innenminister Stegner in der Innenministerkonferenz richtig war. Dazu habe ich meine eigene Meinung, aber um dieses Thema geht es heute nicht. Aber gerade die Liberalen wären aufgerufen gewesen, in dieser Debatte lautstark Flagge zu zeigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Haben wir doch!)

Es ist enttäuschend, dass Sie das nicht getan haben. Deswegen sollten Sie sich, Herr Kubicki, an dieser Stelle wirklich zurückhalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Haben wir doch!)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich schaue in die Runde. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist, wenn ich richtig zugehört habe, Ausschussüberweisung an den Innen- und Rechtsausschuss und den Sozialausschuss beantragt. Wer die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage, Drucksache 16/1150, und den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/1167, federführend dem Innen- und Rechtsausschuss, mitberatend dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung überweisen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist einstimmig so geschehen.

Bevor wir in der Tagesordnung weitergehen, will ich die zwischenzeitlich eingetroffenen Schülerinnen und Schüler begrüßen. Es sind Schülerinnen und Schüler und die begleitenden Lehrkräfte der Realschule Altenholz und es ist eine weitere Klasse des Marion-Dönhoff-Gymnasiums aus Mölln anwesend. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 11 und 21 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Langzeitarbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1158

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

b) Aktuelle Situation des Wirtschafts- und Arbeitsmarktes in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1188

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Da es darum geht, dass Sie in dieser Sitzung einen Bericht haben wollen, bitte ich Sie, dies durch Handzeichen zu bestätigen. - Dann wird das klappen. Der Herr Minister steht schon in Lauerstellung. - Bitte schön, Herr Döring, Sie haben das Wort.

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man wird in den Arbeitsmarktstatistiken nicht viele Jahre finden, die ähnlich erfolgreich waren wie das Jahr 2006. Innerhalb eines Jahres ist die **Arbeitslosigkeit** um über 17 % zurückgegangen, bei Jugendlichen sogar um über 22 %. Die Zahl der Ausbildungsplätze ist um fast 7 % gestiegen, und es wurden über 11.000 neue Stellen geschaffen. Schleswig-Holstein liegt damit überall über dem Bundestrend.

Das Ganze geschieht - ich darf es so sagen - mit freundlicher Unterstützung von Dänemark und Hamburg. Die schleswig-holsteinische Wirtschaft hat wieder richtig Schwung bekommen. Wir haben eine Aufholjagd begonnen, und das ist gut so.

In vielen **Zukunftsbranchen** sind unsere Unternehmen vorn mit dabei, etwa bei den technologieintensiven Industrien, unternehmensnahen Dienstleistungen und der Gesundheitswirtschaft.

Der konjunkturelle Aufschwung wird auch 2007 weiter für fallende Arbeitslosenzahlen sorgen. Die Regionaldirektion hat dies zum Jahresbeginn noch einmal bestätigt. Ich freue mich, dass wir hier eine gute Zusammenarbeit zwischen Arbeitsministerium und Wirtschaftsministerium haben.

(Beifall bei SPD und CDU)

Aber es ist zu befürchten, dass es trotz dieser positiven Daten einen relativ festen **Sockel an Arbeitslosigkeit** geben wird.

Gleichzeitig fehlen Fachkräfte. Nördlich des Kanals findet man kaum noch einen arbeitslosen Elektriker oder Fliesenleger. Immer öfter müssen Handwerksbetriebe Aufträge ablehnen.

Meine Damen und Herren, wir haben einen gespaltenen Arbeitsmarkt, der der Wirtschaft schadet, die Sozialkassen belastet und immer mehr Menschen in

der **Langzeitarbeitslosigkeit** gefangen hält. Von den bis zu 60.000 Langzeitarbeitslosen in Schleswig-Holstein haben viele ohne weitere Unterstützung kaum eine **Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt**. Da stellt sich die Frage: Wie können wir diesen Menschen helfen?

Die Arbeitsgemeinschaften und die Optionskomunen haben für die Förderung von Langzeitarbeitslosen viele Mittel und Möglichkeiten zur Hand. Für die Eingliederung von Arbeitslosengeld-I-Empfängern stehen zum Beispiel zur Verfügung Eingliederungszuschüsse, Trainingsmaßnahmen, Bildungsgutscheine für berufliche Weiterbildung; für Empfänger von Arbeitslosengeld II - gestatten Sie mir, dass ich hier einfüge: gerade seit dem heutigen Tage sollten wir regelmäßig von SGB II und nicht mehr von Hartz IV reden -

(Vereinzelter Beifall - Dr. Heiner Garg
[FDP]: Das habe ich schon vor einem Jahr gesagt!)

gibt es zusätzliche Instrumente, etwa Schuldner- und Suchtberatung, Hilfe bei der Organisation von Kinderbetreuung oder der häuslichen Pflege von Angehörigen, das Einstieggeld und schließlich die sogenannten Ein-Euro-Jobs. Alle diese Instrumente sind sehr wichtig, aber meiner Überzeugung nach müssen wir noch an vier Stellen eine Schippe drauflegen:

Erstens. Wir müssen mehr für die Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen tun. Zweitens. Wir müssen uns mehr um Qualifizierung kümmern. Drittens. Wir müssen Angebote für Arbeitslose schaffen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt kaum eine Chance haben. Und viertens. Wir müssen den Niedriglohnsektor umbauen.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die ersten drei Ziele stehen im Mittelpunkt der schleswig-holsteinischen Arbeitsmarktpolitik. Bereits mit dem Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“, ASH 2000, wurden seit 2000 eigene Akzente gesetzt. Das Kombilohnmodell Schleswig-Holstein war ebenso wie das Elmshorner Modell durchaus ein Erfolg.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup
[SPD])

Mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze blieb nach Auslaufen der Förderung erhalten. Aber **ASH 2000** war trotz dieser Erfolge insgesamt zu kleinteilig.

(Beifall des Abgeordneten Werner Kalinka
[CDU])

(Minister Uwe Döring)

Der Aufwand bei der Abwicklung war zu groß. Das hat die Evaluation auch deutlich gezeigt. Deswegen - der Oppositionsführer hat das gestern erklärt -, kann ich für meinen Bereich nur sagen, hier gibt es keine einfache Fortsetzung.

(Beifall des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Was das Klotzen und Kleckern anbelangt: In dem Bereich, für den ich verantwortlich bin, wird geklotzt. Ich zeige gleich noch einmal deutlich, wo die Schwerpunkte liegen.

Mit dem **Zukunftsprogramm Arbeit** für die gerade beginnende Förderperiode des Europäischen Sozialfonds wollen wir uns auf einige wenige Bereiche konzentrieren, und zwar auf die Bereiche, die von anderen nicht gefördert werden. Wenn ich mir die Gesamtförderung auf dem Arbeitsmarkt ansehe, ist das nicht so wahnsinnig viel Geld. Deshalb müssen wir das Geld zielgerichtet und nicht mit der Gießkanne ausgeben.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Konkret wollen wir zum Beispiel die **Weiterbildung** von Beschäftigten unterstützen. Unsere Weiterbildungsquote liegt deutlich unter dem OECD-Durchschnitt. Wer hier schläft, verpasst den Anschluss und produziert die Arbeitslosen von morgen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich darf dazu auch sagen, bei einem Blick nach Dänemark - ich war im letzten Jahr zwei Tage drüben und habe mich informiert - wird Folgendes deutlich: Dort gibt es zielgenaue Weiterbildung. Das heißt, es wird abgesprochen, welche Bedarfe sind vorhanden. Die Maßnahmen sind manchmal nur sehr kurz, aber sie sind verpflichtend und sehr zielorientiert. Das ist bei uns anders; wir haben häufig sehr allgemeine Weiterbildungsangebote. Die Arbeitslosen sind ein Jahr aus der Statistik und nach einem Jahr wieder arbeitslos - auf einem höheren Niveau. Ich habe das etwas flapsig so ausgedrückt: In Dänemark haben Sie nach 14 Tagen den Gabelstaplerführerschein, bei uns haben Sie nach einem Jahr das Jodelabitur. Das können wir so nicht akzeptieren. Daran wird gearbeitet. Aber das muss schneller gehen.

Hauptschwerpunkt unseres neuen Programms wird jetzt die **Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit** sein. Wir konzentrieren uns hier auf die Förderung von jungen **Arbeitslosen unter 25 Jahren** und auf die präventive Arbeitsmarktpolitik in der Schule.

Ich bin sehr froh darüber, dass ich mich mit meiner Kollegin Frau Erdsiek-Rave in dem Programm Schule und Arbeit wiederfinden kann, mit dem wir die Berufsfähigkeit von Jugendlichen und Schülern bereits in der Schule, in Klasse 8, zu verbessern versuchen und nicht erst danach.

(Beifall bei SPD, CDU und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt noch einen weiteren Schwerpunkt innerhalb der Förderung von Jugendlichen: das sind die **Jugendlichen aus Einwandererfamilien**. Es muss deutlich gesagt werden: Wenn man sich das statistisch ansieht, erkennt man: Hier sind ganz viele Begabungspotenziale, die brachliegen. Da gibt es Jugendliche, die haben gute Schulzeugnisse und trotzdem keine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Das muss geändert werden.

Besonders schwierig ist das bei **Mädchen aus Einwanderungsfamilien**. Ich nenne dazu nur eine Zahl. Es gibt etwa 180 Ausbildungsberufe für Mädchen. Türkische Mädchen wählen davon in der Regel nur acht. Das sind die, die am wenigsten qualifiziert sind und am wenigsten Chancen haben. Das muss künftig geändert werden. Wir müssen alle Bildungspotenziale heben.

(Vereinzelter Beifall)

Zusätzlich zur Erarbeitung des Zukunftsprogramms Arbeit habe ich einen **runden Tisch zur Bekämpfung der Sockelarbeitslosigkeit** eingerichtet. Wir wollen hier nicht massenhaft neue Instrumente entwickeln. Es reicht oft schon, dass das, was wir haben, besser eingesetzt wird.

Ich vertrete in der gesamten Arbeitsmarktpolitik die Auffassung: Wir haben nicht zu wenig Geld, wir müssen dieses Geld nur vernünftig einsetzen. Daran müssen wir arbeiten.

Nehmen Sie die Ein-Euro-Jobs. Sie sind heute nur in jedem sechsten Fall die direkte Brücke in den Arbeitsmarkt. Trotzdem aber sind sie wichtig. Ich glaube, die **längere Nutzung der Ein-Euro-Jobs** als bislang, die üblichen sechs oder auch neun Monate, kann für viele eine Alternative zum Zurückfallen in das Nichtstun und in die Passivität sein. Daran sollten wir arbeiten.

Zusätzlich sollten wir über einen **sozialen Arbeitsmarkt** für diejenigen nachdenken, die auf dem ersten Arbeitsmarkt selbst auf längere Sicht chancenlos sind. Die Stellen können sowohl im marktfernen als auch im marktnahen Bereich geschaffen werden, in Integrationsbetrieben und im Rahmen gemeinnütziger Arbeit. Denkbar ist auch - wie von der Diakonie vorgeschlagen - die Zusammenfas-

(Minister Uwe Döring)

sung und Kapitalisierung von Sozialleistungen zu einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Denn es ist besser zu arbeiten, als alimentiert zu werden.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dabei kann man allerdings auch vieles falsch machen. Es kann nicht angehen, wie in Bad Schmiedeberg, dem neuen Wunder der Vollbeschäftigung in Sachsen-Anhalt, dass einfach alle Arbeitslosen mit örtlichem Geld vom Arbeitsmarkt weggekauft werden. Dann könnten wir einfach vier Millionen Arbeitslose in den öffentlichen Dienst einstellen und hätten Vollbeschäftigung. Da, wo das das letzte Mal grandios gescheitert ist, war in der DDR. Das Ergebnis kennen wir.

(Heiterkeit)

Ich sage dazu: Den arbeitslosen Elektrikermeister, der 55 Jahre alt ist, müssen wir in einen Handwerksbetrieb bringen. Der soll nicht fünf Jahre oder länger die Oldtimer im Feuerwehrmuseum polieren.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Im Übrigen darf weder durch Ein-Euro-Jobs noch durch den sozialen Arbeitsmarkt reguläre Arbeit verlorengehen. Ich gebe zu, das ist eine Gratwanderung.

Übrigens, um nicht missverstanden zu werden: Dieser soziale Arbeitsmarkt ist nichts für Jugendliche unter 25 Jahre.

(Vereinzelter Beifall)

Wir müssen jeden Jugendlichen unter 25 Jahre in Arbeit bringen und nicht in eine Schublade und Dauerbeschäftigung der öffentlichen Hand.

(Beifall)

Dafür wollen wir bei der Schaffung der Ein-Euro-Jobs die **Regionalbeiräte** einbinden. Ich bin fest davon überzeugt: Kammern, Unternehmen und Gewerkschaften vor Ort wissen am besten, was funktioniert und wovon man besser die Finger lassen sollte. All dieses sollten wir zusammenfassen.

Ich sage noch einmal: Für den schleswig-holsteinischen Weg der Arbeitsmarktpolitik, für den ich Verantwortung trage, wird das Motto gelten: Geht nicht gibt's nicht!

(Beifall bei SPD und CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Einen großen Wurf des Bundes brauchen wir für das vierte Ziel, die **Neuordnung des Niedriglohnssektors**. Wir sollten uns in einer Sache einig sein: Wer acht Stunden am Tag hart arbeitet, muss davon leben können.

(Beifall)

Wir brauchen dabei sicherlich tarifliche Mindestlöhne für einzelne Branchen, wir brauchen Allgemeinverbindlichkeitserklärungen und, wo das nicht klappt - Sie kennen meine grundsätzliche Einstellung zu dem Thema -, brauchen wir möglicherweise zum Schutz gegen Dumpingkonkurrenz und zur Begrenzung von Mitnahmeeffekten bei Kombilöhnen als Bottomline - ich möchte hier nicht missverstanden werden: als Bottomline! - einen allgemeinen Mindestlohn, der deutlich unter dem von den Gewerkschaften geforderten Mindestlohn von 7,50 € liegen muss. Er soll nicht der Tarifierhebung dienen, sondern als Sperrklinke funktionieren. Das ist etwas anderes.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

Für ältere und jüngere Arbeitslose muss ein **Kombilohn** die Brücke in den ersten Arbeitsmarkt sein. Voraussetzung ist dabei eine passgenaue Vermittlung und Qualifizierung. Wenn man mit Unternehmen spricht, sagen sie mir: Sie können mir so viel Geld geben, wie Sie wollen, niemand wird von mir eingestellt, den ich nicht brauchen kann.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Das heißt, es muss passgenau sein. Dann ist es richtig. Die Zielgruppen müssen eng gefasst sein und der Kombilohn muss zeitlich begrenzt und degressiv gestaffelt sein. Der Kombilohn kann nichts anderes sein als der Ausgleich eines Produktivitätsnachteils. Wenn ich einen Langzeitarbeitslosen statt jemanden aus direkter Beschäftigung einstelle, hat der durch die lange Arbeitslosigkeit einen Produktivitätsnachteil, weil er sich wieder in den Arbeitsprozess eingliedern muss. Den muss ich ausgleichen, damit es attraktiv wird, diesen Menschen einzustellen. Dann muss das allerdings auch abgeschmolzen werden. Irgendwann muss das Unternehmen Farbe bekennen, ob es den Menschen einstellt oder nicht. Es darf keine Dauersubventionierung und keine Mitnahmeeffekte geben.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Es gibt allerdings auch noch ein anderes Problem, das wir mit dem Kombilohn allein nicht lösen können. Für viele lohnt es sich nicht, sich um Vollzeitstellen und höher qualifizierte Arbeit zu bemühen; denn **Sozialabgaben und Zuverdienstregeln** sor-

(Minister Uwe Döring)

gen dafür, dass netto zu wenig übrig bleibt. Ich muss auch sagen, dass in der Vergangenheit Fehler gemacht worden sind. Wir haben heute Entscheidungen und Regelungen, die so keinen Anreiz bieten. Deshalb müssen wir die Bezieher niedriger Einkommen entlasten, um reguläre Vollzeitstellen attraktiver zu machen. Heute ist es so, dass viele gerade so viel arbeiten, wie sie hinzuverdienen können, ohne dass es angerechnet wird. Das heißt, man bemüht sich um Minijobs und nicht um reguläre Arbeitsverhältnisse. Das ist falsch. Zum Beispiel könnte es - darüber wird ja diskutiert - eine allgemeine Steuergutschrift geben, die von den hohen Sozialversicherungsabgaben entlastet. Wenn das finanzierbar ist, bin ich dafür; das muss geprüft werden. Hier muss ein Grundsatz gelten, meine Damen und Herren: Arbeit darf nicht arm machen, aber nichts tun darf sich nicht lohnen!

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung wird in den nächsten Monaten zu diesen und anderen Punkten Vorschläge machen. Wir sind in informellen Gesprächen mit dem Bundesarbeitsministerium. Wenn Berlin die Weichen tatsächlich richtig stellt, bleiben wir mit unserem schleswig-holsteinischen Weg auf der Erfolgsspur. Wir werden die Langzeitarbeitslosigkeit nicht von heute auf morgen besiegen, aber unsere Nachbarn im Norden haben uns vorgemacht: Arbeit für alle ist möglich, auch in der Globalisierung. Dieses Ziel braucht unser aller Kräfte und Ideenreichtum. Das geht nur gemeinsam, aber gemeinsam geht es!

(Beifall bei SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Minister. Die Redezeit hat 2,5 Minuten mehr betragen als angemeldet. Das gilt dann entsprechend für die Redezeit der Fraktionen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für den Antragsteller des ältesten Antrages, für die FDP-Fraktion, hat der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Insbesondere liebe Kollegen der sozialdemokratischen Fraktion! So ändern sich die Zeiten. Noch vor vier oder fünf Jahren sind ähnliche Reden, gehalten von der Kollegin Aschmoneit-Lücke oder auch von mir und vom Kollegen Kubicki, insbesondere von Ihrer Seite wüst beschimpft worden, und zwar für genau solche **Grundsätze der Ar-**

beitsmarktpolitik, die heute ein sozialdemokratischer Arbeitsminister verkündet,

(Beifall bei der FDP)

die ich übrigens voll und ganz teile, Herr Minister Döring, um das ganz klar zu sagen. Wir sind bei unserer Position geblieben und ich freue mich darüber, dass wir heute so offen und so konstruktiv und auch nach vorn schauend über Arbeitsmarktpolitik reden können.

Sie werden Verständnis dafür haben, Herr Minister, dass ich mich natürlich insbesondere auf den Kernbereich meines Berichtsantrages konzentrieren will. Das ist das große Problem: Was machen wir eigentlich mit denjenigen, die man möglicherweise trotz unendlicher Anstrengungen, auch unendlich vieler Qualifizierungsmaßnahmen nicht mehr in den ersten Arbeitsmarkt integrieren können? Das heißt, ich will heute die Zeit und die Gelegenheit nutzen, darüber zu reden: Brauchen wir eine **sozial flankierende Arbeitsmarktpolitik**? Wenn ja, wie soll diese aussehen, und wie kann man sie mit den neuen Instrumenten der neuen Sozialgesetzgebung, des Sozialgesetzbuches II und III, koppeln?

Herr Minister, Sie haben Bad Schmiedeberg angesprochen. In Bad Schmiedeberg in Sachsen-Anhalt wurde Hartz IV als erstes abgeschafft, so jedenfalls damals die Pressemitteilung. Die Ergebnisse wirkten angeblich wie Wunder; denn statt Wohnungszuschüsse, Eingliederungshilfen und Arbeitslosengeld II jeweils an die Betroffenen auszuzahlen, fließt dieses Geld in eine kommunale Gesellschaft, und diese Gesellschaft stellt die Erwerbslosen zu marktfernen Bedingungen, vermeintlich wettbewerbsneutral und sozialversicherungspflichtig, an. Das Ergebnis sollte lauten, die Zahl der Arbeitslosen habe sich halbiert.

Jetzt kann man fragen: Ist das Konzept mit dem Namen „Bürgerarbeit“ die Lösung, um Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen? Auch da, Herr Minister Döring, sind wir einer Meinung. Wenn Arbeitslose mit Steuermitteln oder auch mit Mitteln der Beitragszahler vom Markt einfach weggekauft werden, ist das mit Sicherheit nicht die Lösung.

Aber Sie sprechen von Gratwanderung. Genau da fängt die Gratwanderung an: Wie schaffen wir es, für Menschen, die absehbar keine Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, Beschäftigungsfelder zu finden - so will ich das einmal nennen; vom dritten Arbeitsmarkt will ich gar nicht sprechen, sonst sind wir irgendwann beim fünften Arbeitsmarkt und wissen gar nicht mehr, was wir damit meinen -, wie schaffen wir es, Beschäftigungsmöglichkeiten für diese Menschen zu finden, die keine **Chance** ha-

(Dr. Heiner Garg)

ben, im **ersten Arbeitsmarkt** Fuß zu fassen? Die meisten dieser Menschen möchten trotzdem das, was sie können, an die Gesellschaft weitergeben. Sie möchten nicht von morgens bis abends zu Hause vor dem Fernseher sitzen. Sie möchten im Rahmen ihrer Fähigkeiten der Gesellschaft etwas geben. Ich sage auch: Es ist auch in Ordnung, dass die Transferleistungsbezieher der Gesellschaft im Rahmen ihrer Fähigkeiten etwas zurückgeben.

Die Suche nach solchen Beschäftigungsfeldern ist schwierig. Die Verkehrsbetriebe Leipzig haben es mit anderen Projekten versucht, indem sie Langzeitarbeitslose als Begleitservice in Bussen und Bahnen eingesetzt haben. Das war das Instrument vermeintlich nicht marktfähiger Dienstleistungen, mit dem die Sockelarbeitslosigkeit bekämpft werden sollte.

Herr Minister, Sie haben im Dezember 2006 unter dem Titel „Geht nicht gibt's nicht“ ebenfalls Eckpunkte für die **Bekämpfung der Sockelarbeitslosigkeit** in Schleswig-Holstein vorgestellt. Genau das hat uns zu dem Berichtsantrag veranlasst. Sie sprechen von rund 60.000 Langzeitarbeitslosen in Schleswig-Holstein. Dies sei die Zielgruppe dieses Programms. Etwa 15.000 dieser 60.000 Menschen können nicht mehr in reguläre Beschäftigung vermittelt werden. Diese Personengruppe darf aber nicht völlig vom Erwerbsleben beziehungsweise vom Arbeitsleben abgekoppelt werden. Das war das Ziel verschiedener sozial flankierender Arbeitsmarktprogramme, die die jeweiligen Landesregierungen hier in der Vergangenheit aufgelegt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bereits in der 11. Legislaturperiode wurde versucht, die arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Bundesagentur - damals hieß sie Bundesanstalt für Arbeit - um eigene Instrumente zu ergänzen. Ich meine schon, dass nach 21 Jahren der Zeitpunkt günstig ist, den Zustand der sogenannten **arbeitsmarktpolitischen Flaggschiffe** einmal genau zu überprüfen, bevor ein neues Flaggschiff in Auftrag gegeben wird und es vom Stapel läuft. Welche Angebote sind im Laufe der Jahre über Bord gegangen? Was hat sich im Alltag bewährt? Was sollte weiterentwickelt werden und was nicht?

Die Antwort auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode offenbarte Licht und Schatten der Arbeitsmarktpolitik. Ein Kernkritikpunkt an ASH 2000 war von uns immer, dass dieses Programm viel zu kleinteilig sei, dass es zwar gut gemeint sei, zu versuchen, möglichst viele unterschiedliche Personengruppen zu erreichen, dass aber letzten Endes genau das Gegenteil erreicht wurde und das Geld schlicht versickert sei.

(Beifall bei der FDP)

Genau aus diesem Grunde wollen wir eine genaue Prüfung, gern zusammen mit Ihnen, was Ihr neues Flaggschiff „Zukunftsprogramm Arbeit“ an Ausrüstung braucht, um angesichts der seit der Einführung geänderten Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt erfolgreich sein zu können.

Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurden der Bundesagentur für Arbeit, den Arbeitsgemeinschaften, den Optionskommunen Instrumente an die Hand gegeben, die es zuvor oftmals nur auf Landesebene gab und die Bestandteil der Landesförderung waren, wie beispielsweise besondere Formen von Lohnkostenzuschüssen, von Existenzgründungsprogrammen oder Arbeitsmarktintegrationsprogrammen. Damit traten die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Landes weiter in den Hintergrund. Arbeitsminister Bernd Rohwer hat in der letzten Legislaturperiode eine weitere Revision der Programme durchgeführt und diese noch stärker auf bestimmte Zielgruppen zugeschnitten und konzentriert.

Unser Antrag, Herr Minister Döring, ist unsererseits ein Angebot, in den Dialog darüber einzutreten, wie künftig bestimmte **Problemgruppen** flankierend begleitet werden können, die trotz aller bisherigen Angebote nicht ausreichend erreicht werden konnten. Ich will das noch einmal in Erinnerung rufen: In der Vergangenheit durfte die Opposition noch nicht einmal fragen, zu welchen Ergebnissen die diversen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen geführt haben.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Quatsch!)

- Das ist kein Quatsch. Ich kann mich an Auseinandersetzungen gerade mit Ihnen, Herr Baasch, erinnern, in denen Sie uns dafür beschimpft haben, dass wir überhaupt gefragt haben, was diese Maßnahmen eigentlich bringen, und zwar nicht, weil wir die Maßnahmen nicht wollten, sondern weil wir wollten, dass das Geld bei denjenigen ankommt, für die es eigentlich gedacht war.

An dieser Stelle sage ich gern - das wissen Sie -: Dies ist auch ein Verdienst der ehemaligen Arbeitsministerin Heide Moser, die gegen den Willen ihrer Fraktion durchgesetzt hat, dass solche arbeitsmarktpolitischen Programme evaluiert werden konnten, und die diesen Diskussionsprozess überhaupt erst ermöglicht hat.

(Beifall bei der FDP)

Das waren nicht Sie, Herr Baasch, das war nicht die SPD-Fraktion, das war Ihre ehemalige Arbeitsmini-

(Dr. Heiner Garg)

sterin. Genau diesen Dialog wollen wir jetzt fortsetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Sie verstehen doch gar nichts davon, Herr Neugebauer. - Mittlerweile ist der Eindruck entstanden, dass in dieser Legislaturperiode das schon vor Ablauf der Förderperiode „Flaggschiff ASH“ zu einem Kutter abgetakelt worden ist. Umso mehr stellt sich die Frage, wie künftig sozialpolitisch flankierende Maßnahmen konkret aussehen sollen. Diese Frage muss auch vor dem Hintergrund gestellt werden, dass für die neue Förderperiode künftig wesentlich weniger Mittel zur Verfügung stehen werden. Standen für ASH 2000 noch insgesamt 170 Millionen € aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung, werden es nach derzeitigem Stand künftig nur rund 100 Millionen € sein. Auch insoweit bin ich mit Ihnen, Herr Döring, völlig einer Meinung: Nicht die Masse des Geldes macht es; vielmehr kommt es darauf an, dass man das Geld möglichst effizient und zielorientiert einsetzt, damit es jenen hilft, für die es gedacht ist.

Welche **Fördermaßnahmen** sind künftig unter dem jetzigen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen **vonseiten des Landes** überhaupt noch möglich? Kann das Land überhaupt noch arbeitsmarktpolitisch gestalten, und wenn ja, welche Schwerpunkte und welche Akzente will die Landesregierung in Zukunft setzen? Wie können die Landesprogramme und Instrumente des SGB II und SGB III sinnvoll miteinander verknüpft werden?

Die Ausgangsbasis für **sozial flankierende Arbeitsmarktprogramme** ist in Schleswig-Holstein derzeit günstig. Sie haben die Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt geschildert. Ich denke, je besser es am Arbeitsmarkt insgesamt aussieht, umso größer sind auch die Chancen für jene etwas zu tun, die bislang überhaupt nicht erreicht wurden.

Die Zahl der Arbeitslosen sinkt. Es werden wieder mehr freie Stellen gemeldet. In Schleswig-Holstein stieg die Zahl der arbeitenden Erwerbstätigen im Jahr 2006 an, nachdem sie im Jahr 2005 noch leicht zurückgegangen war. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit erreichte endlich auch die Gruppen der ALG-I- und ALG-II-Bezieher.

Der von der Großen Koalition vorgelegte Antrag zur aktuellen Situation des Wirtschafts- und Arbeitsmarktes in Schleswig-Holstein stellte auf dieser Grundlage eine entsprechende Ergänzung unseres Antrages dar. Hinsichtlich der Zielrichtung sind diese Anträge aber scharf voneinander abzugrenzen. Ich habe dies zu Anfang bereits gesagt. Steht

hier der aktuelle wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Diskurs beziehungsweise die Situation, die Sie einfordern, im Vordergrund, deren positive Entwicklung unterstützt werden muss, verfolgt unser Antrag vor allem die sozialpolitische Flankierung.

(Beifall bei der FDP)

Letztlich geht es darum, wie die 21-jährige Erfahrung mit sozial flankierenden Arbeitsmarktmaßnahmen in Schleswig-Holstein genutzt werden kann, um ergänzende Instrumente zu entwickeln, die komplementär zu denen wirken, die im SGB II und SGB III verankert werden. Ich möchte an dieser Stelle das Wort „komplementär“ betonen. Sie sollen ergänzen. Sie sollen nicht dasselbe machen wie auf Bundesebene, sondern sie sollen an den Stellen sinnvoll ergänzen, an denen Lücken sind.

(Beifall bei des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wie können Langzeitarbeitslose erreicht werden, die aufgrund erheblicher Defizite auch künftig keine marktgerechte Arbeitsleistung erbringen? Welche Chancen bieten wir Jugendlichen, die dem Arbeitsmarkt zwar theoretisch zur Verfügung stehen, aber im dualen System kaum noch geeignete Ausbildungsberufe finden, da sie die theoretischen Anforderungen an einen Beruf nicht mehr bewältigen? - Hierauf sind Sie, Herr Minister, besonders eingegangen. - Welche Angebote können speziell für Menschen mit Behinderungen entwickelt werden, wenn ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt aufgrund ihres Handicaps erschwert wird?

Hinsichtlich der letzten Frage kann ich mir zum Beispiel sehr gut vorstellen, dass man Einstiegshilfen für Arbeitgeber entwickelt, um bestehende Barrieren, nicht nur in den Köpfen, sondern auch tatsächliche Barrieren am Arbeitsplatz, abzubauen. Es würde sich anbieten, entsprechende Programme gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen zu entwickeln.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Eine erste Auswertung der Bundesagentur für Arbeit macht deutlich: **Eingliederungsmaßnahmen** in zeitlich befristeten oder staatlich geförderten Beschäftigungsangeboten, wie sie in den so genannten Ein-Euro-Jobs oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen angeboten werden, sind für diesen Personenkreis nur wenig geeignet. An dieser Stelle kann das Land also sehr wohl komplementär wirken.

(Beifall bei der FDP)

(Dr. Heiner Garg)

Doch zeigen die anfangs genannten Beispiele, dass es auf kommunaler Ebene viele Ansatzpunkte gibt, Arbeitsmöglichkeiten für definitiv nicht marktfähige Dienstleistungen zu schaffen - das sind die sogenannten Beschäftigungsfelder, die wir gern eröffnen möchten -, die vonseiten der Landespolitik unterstützt werden. Auch hier in Schleswig-Holstein gibt es Beispiel hierfür. Denken Sie an die sogenannten Strand-Ranger, also die Servicekräfte, die dafür sorgen, dass Urlauber Informationen erhalten, oder an Menschen, die am Bus beim Ein- und Aussteigen helfen oder meinetwegen auch ab und an einmal bei der Erstellung einer Ortschronik mitbeteiligt werden, also an Menschen, denen man die Gelegenheit gibt, ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen, damit sie wieder teilhaben können an dem, was gesellschaftliche Prozesse eigentlich ausmachen. Gleichzeitig entsteht der Nebeneffekt, dass sie im Rahmen ihrer Fähigkeiten für die erhaltene Transferleistung eine Gegenleistung erbringen. Dazu wollen wir gemeinsam mit Ihnen neue Instrumente des Landes entwickelt.

Weil das - in anderer Form - auch Gegenstand der letzten Debatte war, will ich sagen: Auch der Arbeitsmarkt und die Entwicklung des Arbeitsmarktes, nicht nur die der demographischen Entwicklung, zwingt uns darüber nachzudenken, wie wir bisherige Programme evaluieren, die den **Wiedereinstieg** bestimmter **Bevölkerungsgruppen**, beispielsweise den Wiedereinstieg ehemals berufstätiger Frauen, ermöglichen. Das muss nicht wie bisher erfolgen, aber ich denke, es ist sinnvoll, die Potenziale die wir haben, zu reaktivieren. Denn wir werden diese Kräfte spätestens in ein paar Jahren dringend auf dem Arbeitsmarkt brauchen.

Ich freue mich auf die anstehenden Beratungen im Arbeits- und Sozialausschuss.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Garg. - Für die CDU-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Torsten Geerds das Wort.

Torsten Geerds [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst ein Dankeschön an den Arbeitsminister für diesen Bericht, aber auch ein Dankeschön für die Art und Weise, wie er sein Ministeramt hier in Schleswig-Holstein wahrnimmt.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich finde, dies ist an vielen Stellen sehr mutig. Manchmal, wenn Sie, Herr Döring, ans Rednerpult treten, hat man das Gefühl, die Abgeordneten sitzen hier nach dem Motto: Döring redet - bitte anschnallen! Ich finde, das machen Sie wirklich sehr gut. Sie sind sehr mutig und brechen auch Grenzen auf. Dafür nochmals ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei CDU und SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Bei uns muss niemand angeschnallt werden!)

Der Erfolg der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik von Bundes- und Landesregierung schlug im Jahr 2006 mit einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu Buche. Für die CDU-Landtagsfraktion ist es besonders erfreulich, dass neben dem Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um 26.000 insbesondere die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse weiter anstieg. Dieser eigentliche Indikator - 11.000 neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse - unterstreicht die **Trendwende** auf dem **Arbeitsmarkt**. Schleswig-Holstein bewegt sich damit sowohl beim **Abbau der Arbeitslosigkeit** als auch beim Schaffen neuer sozialversicherungspflichtiger Jobs deutlich über dem westdeutschen Durchschnitt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Besonders der starke Zuwachs an Arbeitsplätzen bei den unter 25-Jährigen ist ein positives Signal.

Bundesweit ist die Arbeitslosigkeit im letzten Jahr um 600.000 zurückgegangen. Wir haben heute fast 400.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Das Wirtschaftswachstum lag im Jahr 2006 bei 2,5 %. Die Wirtschaftsdynamik hat sich gegenüber dem Vorjahr fast verdreifacht. Damit wurde die stärkste wirtschaftliche Belebung seit dem Jahr 2000 erzielt.

(Beifall des Abgeordneten Johannes Callsen [CDU])

Immer weniger Unternehmen in Schleswig-Holstein und im Bund müssen aufgeben. Neue Unternehmen mit neuen Arbeits- und Ausbildungsplätzen werden gegründet.

Wir sind auf einem guten Weg. Wir dürfen uns aber jetzt nicht ausruhen, weil die Zahlen gut sind. Die Arbeitslosigkeit auch im Jahr 2007 abzubauen, steht im Mittelpunkt aller Bemühungen. Das haben auch die bisherigen Reden deutlich gemacht.

Die Landesregierung bündelt Mittel des Europäischen Sozialfonds, des Bundes und des Landes in ihrem Arbeitsmarktprogramm **„Zukunftspro-**

(Torsten Geerds)

gramm Arbeit“. In der Förderperiode 2007 bis 2013 wird im Rahmen des neuen Ziels das gesamte Land Schleswig-Holstein erfasst. Wir wollen und wir müssen uns auf die arbeitsmarktpolitischen Prioritäten konzentrieren, die den größtmöglichen Beitrag zur Unterstützung von Wachstum und Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt erwarten lassen.

Von besonderer Bedeutung für meine Fraktion ist es, die **Chancen kommender Generationen** zu steigern. Jugendarbeitslosigkeit muss verhindert werden. Der dauerhafte und über Generationen gepflegte Bezug von Lohnersatzleistungen muss gebrochen werden. Die wahrscheinlich größte Herausforderung besteht darin, einem jungen Menschen, der nie erlebt hat, dass Eltern oder Großeltern morgens das Haus verlassen, um einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachzugehen und um aus eigener Kraft die Familie zu ernähren, eine Perspektive aufzuzeigen und deutlich zu machen: Es geht auch anders.

Der Normalfall ist, dass man morgens zur Arbeit geht, dass man von der Arbeit müde wird und dass man am nächsten Tag wieder aufsteht und wieder zur Arbeit geht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Schlimm, aber wahr! So ist das!)

Meine Damen und Herren, wir müssen den Menschen die Chance geben, diese Arbeitsplätze zu finden und auch daran sollten wir härter arbeiten.

Deshalb ist für mich eines der wichtigsten Programme überhaupt das **Handlungskonzept „Schule und Arbeitswelt“**. Wir sollten alle gemeinsam selbstkritisch genug sein, um uns einzugestehen, dass wir in den vergangenen Jahrzehnten viel zu spät angesetzt haben, das Ziel zu erreichen, Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Unsere Programme griffen immer erst dann, wenn die jungen Menschen die Schule verlassen haben. Dann mussten wir feststellen, dass sie eigentlich nicht ausbildungsreif und auch nicht ausbildungsfähig waren.

58 Millionen € fließen in den Jahren 2007 bis 2013 in das Programm „Schule und Arbeitswelt“. Mit diesem Programm wird darauf reagiert, dass immer noch zu viele Jugendliche am Ende der Schulpflicht über keinen oder nur einen schlechten Hauptschulabschluss verfügen. In Deutschland erreicht fast jeder zehnte Schulabgänger keinen **Hauptschulabschluss**; bei uns in Schleswig-Holstein sind dies jährlich ungefähr 3.000 junge Menschen. Der Arbeitsminister hat Recht, wenn er die Jugendarbeitslosigkeit als das prekärste gesellschaftspolitische Problem bezeichnet.

Die CDU-Fraktion will, dass insbesondere in den letzten Klasse eine stärkere **berufsorientierte Bildung** stattfindet. Wir brauchen gerade für die eben genannten Schülergruppen verstärkte Berufsorientierung, mehr Praktika, Trainingsprogramme. Haupt- und Förderschüler benötigen eine Ausbildungs- und Berufsreife. Ansonsten ist der Weg in die Arbeitslosigkeit vorgezeichnet.

Mit dem gemeinsamen Programm des Arbeitsministers und der Bildungsministerin werden pro Schuljahr 5.000 Jugendliche erreicht und das ist ganz wichtig, weil wir damit Jugendarbeitslosigkeit verhindern, bevor sie überhaupt entstehen kann.

(Beifall bei der CDU)

Aber auch die weiteren Punkte des Zukunftsprogramms sind von großer Bedeutung. Es ist richtig - und das war überfällig -, das Arbeitsprogramm auf die Stärkung der **Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit** von **Unternehmen** sowie von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu konzentrieren. Es ist zusätzlich von großer Wichtigkeit, das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, Maßnahmenteilnehmer dauerhaft in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Als weitere Einzelbeispiele, um Menschen in Beschäftigung zu bringen, will ich aus Zeitgründen nur noch zwei Programme nennen.

Erstens. Das Institut für Arbeitssystem- und Organisationsentwicklung im Technologischen Zentrum an der Fachhochschule Lübeck hat ein Projekt entwickelt, das einen wichtigen Beitrag zum lebenslangen Lernen leistet. Die Landesregierung unterstützt dieses Projekt mit fast 700.000 €. Dies ist wichtig, meine Damen und Herren. Denn wir sind immer noch nicht die Gesellschaft, in der lebenslanges Lernen praktiziert wird. Wenn wir dies nicht hinbekommen und uns nur auf die Erstausbildung verlassen, dann werden wir feststellen, dass sich die Menschen auf dem Arbeitsmarkt nicht halten können. Von daher ist dieses Projekt meiner Meinung nach ganz besonders wichtig.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Ich komme zum zweiten Punkt. Die gemeinsame Aktion von Landesregierung und Bauernverband zur Vorbereitung und Qualifizierung von **Langzeitarbeitslosen** beim Einsatz als **Erntehelfer** ist vorbildlich. Ich freue mich über jeden zusätzlichen Akteur der Wirtschaft, der nicht nur über faule Arbeitslose redet, sondern einen eigenen Beitrag leistet, um Voraussetzungen für die Arbeitsaufnahme zu schaffen. Man kann einen Erntehelfer nämlich nicht einfach zu Beginn der Saison aufs Feld

(Torsten Geerds)

schicken. Diese Menschen müssen vorbereitet werden. Sie müssen körperlich dazu in der Lage sein. Ich bin es leid, dass wir immer nur sagen: Sie können es nicht, sie sind faul, sie verweigern die Arbeit. - Insofern bin ich froh, dass gerade der Bauernverband bei diesem Thema mit an Bord ist.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir haben uns letzte Woche im Sozialausschuss auch über die Ein-Euro-Jobs unterhalten. Die **Ein-Euro-Jobs** dürfen nicht dazu führen, dass es zu Mitnahmeeffekten kommt.

Wir haben auch die Frage gestellt, wie es die bisherigen Akteure in den Optionskommunen und die Akteure in den Arbeitsgemeinschaften sehen, wenn es um die Verlängerung der Fristen geht. Beide Gruppen haben uns gesagt, dass es wichtig ist, die Fristen zu verlängern, damit auch Ein-Euro-Jobber länger tätig sein können. Wenn es jeder Sechste schafft, in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt zu werden, dann ist auch dies ein kleiner Beitrag, den wir nicht beiseite schieben sollten.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die CDU-Landtagsfraktion Forderungen an die Bundespolitik, um einen gemeinsamen Beitrag zu leisten, die Wachstumsdynamik zu nutzen und dauerhaft für mehr Beschäftigung in Deutschland zu sorgen.

Wir brauchen bessere **Arbeitsanreize**. Auch bei geringen Löhnen muss es sich für Arbeitssuchende lohnen, eine Beschäftigung aufzunehmen. Wenn man arbeitet, muss man mehr haben, als wenn man nicht arbeitet. Dazu müssen die Lohnzusatzkosten weiter gesenkt werden. Damit werden die Einstellungschancen weiter erhöht und vor allem in der Arbeitslosenversicherung - da gibt es zurzeit nicht die große Einigkeit zwischen uns und dem Arbeitsminister; das darf man gerne sagen - können sich weitere Spielräume ergeben. Ein Prozent weniger Lohnzusatzkosten schafft bis zu 100.000 neue Stellen. Diese Chance wollen wir nutzen.

Wir wollen durch ein **Kombilohnmodell** gezielt Arbeitssuchende und Unternehmen, die langzeitarbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren und älteren Arbeitslosen über 50 Jahren neue Chancen bieten, unterstützen. Eine flächendeckende Einführung - da sind wir uns wieder einig - eines gesetzlichen Mindestlohnes lehnen wir dagegen ab.

(Beifall bei der CDU)

Mit unserem Kombilohnmodell senken wir die Arbeitskosten für die Unternehmen und verbessern die Einkommen für die Arbeitnehmer. Das ist aus unse-

rer Sicht der richtige Weg, um die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose spürbar zu verbessern.

Unser Ziel ist es, dass spätestens 2010 kein Jugendlicher mehr von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen ist und die Beschäftigungsquote der über 50-jährigen Arbeitnehmer deutlich steigt. Ich weiß, das ist ein ehrgeiziges Ziel, aber ich meine, wir sollten uns auf diese beiden Gruppen konzentrieren: also auf die unter 25-Jährigen und diejenigen, die älter als 50 Jahre sind und denen man sagt, dass sie heute keinen Wert mehr auf dem Arbeitsmarkt hätten. Ich finde diese Aussage skandalös. Natürlich hat ein Peter Eichstädt eine Chance auf dem Arbeitsmarkt.

(Heiterkeit)

Die **Chancen von Jugendlichen**, einen Ausbildungsplatz und einen Arbeitsplatz zu finden hängen entscheidend vom Schulabschluss und den erworbenen Qualifikationen ab. Auch angesichts der demografischen Entwicklung benötigen wir in der Zukunft eine große Zahl gut qualifizierter junger Arbeitnehmer.

Deswegen wollen wir die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss in den nächsten fünf Jahren halbieren. Dazu muss die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern eine **Offensive für den Bildungsaufstieg** ins Leben rufen. Ich freue mich darüber, dass insbesondere unsere Bildungsministerin auch an dieser Stelle auf Bundesebene nicht nur bohrt, sondern deutliche Akzente setzt.

Wir brauchen mehr Schüler, die sich für technische Fächer interessieren.

Der Bund muss Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf den Prüfstand stellen. Das, was jetzt hier in Schleswig-Holstein geschehen ist, brauchen wir auf Bundesebene. Das, was sich als wirksam erweist und zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit oder zur Beschäftigung führt, wird fortgesetzt. Das, was unwirksam und ineffizient ist, wird abgeschafft.

Deshalb sollten die unübersichtlichen und teilweise ebenso wirkungslosen wie teuren rund 80 Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik gebündelt werden.

(Beifall bei der CDU)

Die Reduzierung auf fünf bis zehn Arbeitsmarktinstrumente ist sinnvoll und möglich. Das zeigen wir anhand unserer Landespolitik.

Die **Teilhabe** von Arbeitnehmern an **Gewinn und Kapital** von Unternehmen ist eine Antwort auf die veränderten Arbeitsbedingungen in der globalisier-

(Torsten Geerds)

ten Welt. Der Intensivlohn kann Arbeitsplätze sicherer machen, weil er die Identifikation zwischen Unternehmen und Mitarbeitern erhöht.

Die Mitarbeiterbeteiligung ist zudem ein wichtiges zusätzliches Instrument der Verteilungsgerechtigkeit und der Altersvorsorge, weil die Bildung von privatem Eigentum gefördert wird.

Unser zentraler Ansatz zur Förderung dieser Form der Arbeitnehmerbeteiligung ist die nachgelagerte Besteuerung. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist positiv. Vergessen wir aber vor lauter Freude darüber nicht, dass immer noch über vier Millionen Menschen und weit über 100.000 Menschen in Schleswig-Holstein keine Arbeit haben. Von daher sage ich ein herzliches Dankeschön für den Bericht. Wir sollten ihn weiter in den zuständigen Ausschüssen diskutieren und auswerten, auf jeden Fall im Sozialausschuss des Landtages. Ich freue mich auf diese weiteren Beratungen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Bereits vor fünf Wochen, am 21. Dezember 2006, hat Minister Döring seine Strategie gegen die Sockelarbeitslosigkeit vorgestellt. Die Bewältigung der Langzeitarbeitslosigkeit wird - und das hat der SPD-Landtagsfraktionsvorsitzende Lothar Hay gestern anlässlich der Debatte zur Regierungserklärung ausdrücklich betont - für die wirtschaftliche und soziale Zukunft Schleswig-Holsteins eine zentrale Rolle einnehmen. Wir dürfen Menschen, die schon lange ohne Arbeit sind, nicht einfach aufgeben. Entscheidend ist die **Qualifizierung arbeitsloser Menschen** und die gezielte Unterstützung bei der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt, beispielsweise durch individuelles Coaching.

Herr Minister Döring, die SPD-Fraktion begrüßt und unterstützt Ihre Aktivitäten zur Schwerpunktsetzung in der Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Gerade Jugendliche und junge Menschen bis 25 brauchen eine Chance und einen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt. Das gilt für alle, für Jungen und Mädchen in allen Qualifizierungen, in allen Ausbildungen, in allen Arbeitsbereichen. Der liebe Kollege Heiner Garg mag vielleicht einmal ganz kurz zuhören, denn Langzeitarbeitslosigkeit bleibt auch

heute eine gesellschaftliche Herausforderung und löst sich nicht von allein.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich höre immer zu!)

Dann bleibt eine **aktive Arbeitsmarktpolitik** eine politische Notwendigkeit. Insofern passen unsere politischen Ziele und der Gestaltungswille des Ministers sehr gut überein. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik war es doch immer, die gerade von der FDP infrage gestellt worden ist.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Quatsch!)

Wenn man in der Vergangenheit Fragen gestellt hat, dann hat man auch Antworten bekommen. Das Problem ist nur, dass die Antworten Ihnen immer nicht gepasst haben. Ich sage aber, dass das ein Problem ist, das Sie in Ihrer Selbsthilfegruppe alleine lösen müssen.

Gleichzeitig haben wir aber auch immer auf Ergebnisse verwiesen. Ergebnisse infrage zu stellen ist natürlich auch ein gutes Recht, aber für uns war auch immer klar, dass Programme dazu dienen müssen, den Menschen zu helfen.

Manchmal helfen sie nur ganz wenigen, aber auch diese ganz wenigen Menschen haben ein Anrecht darauf, Unterstützung und Hilfe in ihrer Problemlage zu finden. Von daher war unsere Position immer eine aktivierende und aktive Arbeitsmarktpolitik zu beschreiten.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Jetzt fragen Sie einmal Ihren Minister, wie er dazu steht!)

Auch wir halten es für richtig, dass **Ein-Euro-Jobs** für längere Fristen als bisher ausgeübt werden können, damit sie effektiver sind und auch für die Vermittlung in den regulären Arbeitsmarkt genutzt werden können.

Jedes neue **Arbeitsmarktprogramm** hat zunächst einmal Modellcharakter. Nach einer bestimmten Zeit wird überprüft, welche Instrumente ihren Zweck erfüllt haben und welche nicht. Aus den Erfahrungen erfolgreicher europäischer Länder wissen wir, dass jedes Land seine eigenen Strategien entwickeln musste, die auf seinen gewachsenen sozialen und kulturellen Grundlagen beruhen und diese einbeziehen. Deshalb ist es richtig, einen schleswig-holsteinischen Weg zu gehen, der eine enge Zusammenarbeit der Arbeitsmarktakteure vorsieht.

Wir haben das **Subsidiaritätsprinzip** zu berücksichtigen, wir arbeiten gut mit den Gewerkschaften, mit den Kammern und der Arbeitsagentur zusammen und wir können auf die ausgezeichneten jahrelangen Erfahrungen aus dem Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ und dem Bündnis für Ausbil-

(Wolfgang Baasch)

derung aufbauen. Das Programm, das jetzt zwischen dem Arbeits- und dem Bildungsministerium aufgelegt worden ist, um zu erreichen, dass Jugendliche nicht ohne Schulabschluss von der Schule kommen, sondern rechtzeitig eine Förderung erhalten, ist hier schon erwähnt worden und macht auch deutlich, wie gut die Zusammenarbeit in der Landesregierung in dieser Frage ist.

Sehr positiv ist die Neuausrichtung der Bundespolitik, die noch von der Regierung Schröder mit den **Gesetzen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt** eingeleitet wurde. Sie haben die Chance, uns in der neuen EU-Förderperiode sehr eng mit der Bundesagentur für Arbeit abzustimmen, die ihre Instrumente sehr viel konstruktiver und an den individuellen Bedarfen der Arbeitssuchenden orientiert. Denn auch hier möchte ich an die Ausführungen von Lothar Hay von gestern anknüpfen, der gesagt hat, dass Arbeitslosigkeit krank macht und dass Arbeitslosigkeit arm macht, und zwar nicht nur die einzelnen Betroffenen, sondern die gesamte Gesellschaft.

Sockelarbeitslosigkeit ist kein schönes Wort in diesem Zusammenhang und Langzeitarbeitslosigkeit ist es auch nicht. Aber es geht auch nicht um schöne Sachverhalte. Es geht darum, dass die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit mit 512 Tagen so lang wie nie zuvor ist. Es geht darum, dass mit jedem Tag Arbeitslosigkeit die Chance sinkt, aus eigener Kraft den Weg zurück in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu finden.

2006 ist die Zahl der **Langzeitarbeitslosen** im Jahresvergleich um 17 % zurückgegangen. Damit liegt Schleswig-Holstein mit Baden-Württemberg und Bayern weit vorn. Das ist ein gutes Zwischenergebnis und ich bin sicher, dass wir darauf aufbauen können. Allerdings gibt es unter den Menschen, die seit Jahren arbeitslos sind, auch viele, die absehbar nicht mehr einem regulären Job auf dem ersten Arbeitsmarkt gewachsen sein werden. Hierfür gibt es unterschiedliche Gründe: solche, die in der Person der Arbeitslosen liegen, beispielsweise gesundheitliche Einschränkungen, und solche, die eher struktureller Art sind, wie die gewandelten Anforderungen und der Mangel an Stellen für gering qualifizierte.

In diesem Zusammenhang ist die Diskussion über die Einrichtung von vermehrt entgeltlichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsgelegenheiten sehr zu begrüßen. Die bisherigen Erfahrungen belegen, dass bei einer engen Kooperation mit der lokalen und der regionalen Wirtschaft die **Integration in den ersten Arbeitsmarkt** sehr wohl gelingen kann.

Ein weiterer Vorteil besteht in einem positiven psychologischen Effekt: Die Betroffenen erhalten eine sozialversicherungspflichtige Anstellung, das heißt, sie bleiben nicht arbeitslos und kommen aus dem Bezug von Arbeitslosengeld II heraus. In dieser Entgeltvariante zahlen die Beschäftigten mehr in Sozialversicherung ein. Daher verweisen viele Fachleute auch auf die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung hin.

Auch bei den sogenannten **Zusatzjobs** brauchen wir eine effektivere Nutzung der vorhandenen Förderinstrumente. Dazu gehören eine verbesserte und intensivere Betreuung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und die Möglichkeit einer Entfristung für Ein-Euro-Jobs.

Dieser sich entwickelnde neue **soziale Arbeitsmarkt** kann auch erwerbsfähigen Menschen mit geringen oder kaum Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt eine Perspektive bieten. Dieser soll den ersten Arbeitsmarkt ergänzen und dauerhafte, sinnvolle und gesellschaftlich anerkannte Beschäftigungsmöglichkeiten für besonders schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose anbieten.

Abschließend möchte ich noch auf zwei Personengruppen hinweisen, die es ebenfalls besonders schwer auf dem Arbeitsmarkt haben. Die **Arbeitsintegration von Migrantinnen und Migranten** bedarf einer gezielten Betrachtung.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ziel der Integration von Migrantinnen ist deren gleichberechtigte Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben. Der Zugang zum Arbeitsmarkt nimmt hierbei eine Schlüsselfunktion ein, da sich viele Schwierigkeiten auf die mangelnde Teilhabe am Arbeitsleben zurückführen lassen.

Wir brauchen in diesem Bereich sinnvoll aufeinander aufbauende integrations- und beschäftigungsfördernde Maßnahmen zur Unterstützung von Menschen mit Migrationshintergrund. Denn auch für diesen Personenkreis bleibt die Feststellung richtig: Jeder Abbruch und jedes Ende einer Maßnahme ohne Integrationserfolg senkt die Motivation der Betroffenen und erschwert die Integration in unsere Gesellschaft.

Ein weiterer Personenkreis wurde vorhin schon angesprochen: Wir müssen die Teilhabemöglichkeiten von **Menschen mit Behinderung** stärken. Mehr als 8 Millionen Menschen in Deutschland sind behindert. Die meisten von ihnen sind nicht mit einer Behinderung geboren. Sie haben also ein Schicksal, das fast jeden von uns jederzeit ereilen kann. Die

(Wolfgang Baasch)

Integration auch der Menschen mit Behinderung in das Arbeitsleben stärkt ihre Unabhängigkeit und ihre Selbstbestimmung.

Das Ziel, Menschen mit Behinderung das Arbeiten außerhalb von Werkstätten und traditionellen Einrichtungen zu ermöglichen, gehört auch zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Hier wäre ein erster Schritt, die nötige Kompetenz für eine sach- und fachgerechte Beratung zu schaffen und die zielgerichtete Qualifizierung von Menschen mit Behinderung zu fördern.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Wir wollen so viele Menschen wie möglich in **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung** bringen. Für diejenigen, bei denen dies nicht gelingt, wollen wir die Instrumente ausbauen, die ihnen eine Teilhabe am Arbeitsleben auf andere Weise ermöglichen. Dafür brauchen wir gute Instrumente und die verlässliche Kooperation aller Akteure: Arbeitsverwaltung, Kommune, Land, Wirtschaft, Gewerkschaften und Sozialverbände. Ich finde, dass Arbeitsminister Döring hierfür eine gute Vorlage geliefert hat und dass wir auf einem guten Weg sind, an dem wir konstruktiv arbeiten wollen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was ist die Ausgangslage? Die Anhörung der Bürgerbeauftragten und einiger Arbeitsmarktverantwortlicher in Schleswig-Holstein in der letzten Sozialausschusssitzung des Landtages lässt sich so zusammenfassen: Die Arbeitsmarktpolitik des Bundes hat trotz der jetzt sinkenden Arbeitslosenzahlen versagt. Durch den Moloch in Nürnberg ist eine gute Idee, nämlich die **Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe** und die Ausweitung von Förderansprüchen auf alle Menschen ohne Arbeit in ein bürokratisches Monster verwandelt worden. Dass die Kritik an Regelwerk und **Praxis der Organisation der ARGEn**, ein Zwitter aus Bundes- und Kommunalverwaltung, berechtigt ist, wurde sogar von einem anwesenden Chef einer ARGE im Sozialausschuss bedauernd bestätigt. Die nach wie vor existenziellen Probleme der ARGEn lassen sich mit Worten skizzieren, die alle mit der Silbe ‚un‘ beginnen:

Unerreichbar sind die ARGEn oft. Ratsuchende landen in unverbindlichen Callcentern. Unverständlich sind immer noch die Leistungsbescheide. Insbesondere, wie sich der individuelle Leistungsanspruch errechnet, bleibt unerfindlich. Unpraktisch ist nach wie vor die ganze Ablauforganisation und die Arbeitsteilung zwischen Arbeitsagenturen und ARGEn.

Unrechtmäßig und ungerecht sind die Ergebnisse dieser Versäumnisse. Die Gerichte werden nicht von ungefähr mit Klagen zugeschüttet.

Unkontrollierbar: Durch die doppelte Verankerung der ARGEn in Kommune und Bundesebene ist immer noch unklar, wer bei Beschwerden und Widersprüchen Verantwortung übernehmen muss.

Undemokratisch: Es fehlen vielerorts demokratisch legitimierte kontrollierende Beiräte, und auch die kommunalen Selbstverwaltungsgremien haben oft keine wirkliche Mitsprachemöglichkeit. Es wird sogar versucht, die Kontrolle des Landesdatenschutzes abzuwehren.

So hat der Bundesrechnungshof in seinem Bericht über das Jahr 2006 festgestellt, im Durchschnitt hätten die Arbeitsuchenden drei Monate auf ein qualifiziertes Erstgespräch gewartet, in dem die beruflichen Stärken und Schwächen herausgearbeitet werden sollen. Selbst in den Fällen, in denen Eingliederungsmaßnahmen abgeschlossen worden waren, unterbreiteten die ARGEn häufig keine Vermittlungsvorschläge und unterließen es, die Ergebnisse von Bewerbungen und Vorstellungen auszuwerten, so der Behördenspiegel vom Januar 2007.

In unserem Sozialausschuss konnte auch ausschließlich der Landrat Nordfriesland nach dem Urteil der Bürgerbeauftragten und nach seinen Aussagen gutes Management und gute Vermittlungserfolge vermelden. Auch wenn dies nicht für alle Optionskommunen gilt, so sind doch in der kommunalen Alleinzuständigkeit für die Arbeitsmarktpolitik wenigstens die Verantwortlichkeiten klar und ein Minimum an demokratischer Kontrolle durch die kommunale Selbstverwaltung möglich.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nun versucht das Land mit Runden Tischen und eigener Förderung gegenzusteuern. Wir haben zwar einzelne Arbeits- und Ausbildungsförderinstrumente der Landesregierung in der Vergangenheit durchaus kritisiert und bezweifelt, ob die wiederholte Ankündigungspolitik des Landesarbeitsministers, jetzt werde gemeinsam mit den ARGEn in die Hände gespuckt, Wirkung zeigt.

(Angelika Birk)

(Unruhe)

Präsident Martin Kayenburg:

Ein bisschen mehr Aufmerksamkeit darf ich erbiten, auch die Fraktionssitzung der FDP außerhalb stattfinden zu lassen!

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Aber, Minister Döring, die Richtung, die Sie seit einigen Monaten in der Förderpolitik vorgeben, stimmt und findet vermehrt Anklang. Auch die Grünen im Bundestag machen ähnliche Vorschläge, denn endlich wird nicht nur über die Forderungen an die Arbeitslosen, sondern auch über realistische Förderinstrumente gesprochen. Unter bestimmten Bedingungen ist sogar ein zweiter Arbeitsmarkt nicht mehr des Teufels. Wir sollten uns allerdings klar sein, was heißt denn der sogenannte dritte Sektor oder zweite Arbeitsmarkt, wie immer man ihn nennt? In unserem Land, in unserem Bundesstaat sind die **Kommunen** diejenigen, die vom **Steueraufkommen** einen sehr kleinen Anteil abbekommen im Gegensatz zu Skandinavien. Deshalb sind unsere Kommunen gerade in den letzten Jahren sehr verarmt. Deswegen leisten sie **öffentliche Daseinsvorsorge** nur noch unzureichend, und deswegen entstehen Lücken, ob das nun bei der Kinderbetreuung ist oder bei der Grünpflege oder wo auch immer. Diese Lücken schaffen dann gesellschaftlichen Bedarf, der keinen Markt hat, weil die Kommunen nicht bezahlen können. Wenn man nun ausschließlich den zweiten Arbeitsmarkt, wie es seit den 80er-Jahren geschehen ist, dazu benutzt, diese Armut aufzufangen - der öffentlichen Hand, wohl gemerkt -, dann entsteht natürlich ein Zwielficht und dann entsteht auch das, was beklagt wurde, nämlich dass der **zweite Arbeitsmarkt** nicht effizient ist. Natürlich, wenn man ein oder zwei Jahre lang bezahlt durch Arbeitslosenversicherung oder auch durch Steuermittel eine Stelle bezahlt bekommt, dann stellt man hinterher diese Person nicht ein, sondern nimmt den nächsten, den man damit eine Weile aus der Langzeitarbeitslosigkeit befreit. Dieser Kreislauf sollte doch durch die letzte Arbeitsmarktreform durchbrochen werden. Wir müssen leider feststellen, er ist nicht durchbrochen worden.

Nun müssen wir uns mit dieser Situation auseinandersetzen. Wir dürfen deshalb nicht pauschal alle Instrumente des zweiten Arbeitsmarktes verteufeln, aber wir müssen sehr genau hinsehen, woher die jeweilige Nichtmarktfähigkeit kommt. Auch unsere langjährige Forderung auf Ausweitung von **Integrationsfirmen** für Menschen, die eben nicht wegen der Armut der öffentlichen Hand, sondern we-

gen eigener Handicaps, seien es **Behinderungen**, seien es aber auch **Alter** oder **nicht hinreichende Qualifikation**, keine Chance haben, werden ernsthaft diskutiert. Dem können wir uns nur nachdrücklich anschließen. Wir haben schon seit unserer Präsenz hier im Landtag, nicht immer mit dem gleichen Namen, aber immer wieder genau so ein Instrument gefordert: Firmen, die sich ganz normal auf dem Arbeitsmarkt behaupten, die aber in einem bestimmten Segment und dann auch mit öffentlicher Förderung Menschen beschäftigen, die eben allein durch ihre Produktivität nicht einen solchen Arbeitslohn erwirtschaften können, dass es marktfähig ist. Hier gibt es eine ganze Reihe von interessanten Beispielen, das sollten wir im Ausschuss diskutieren.

Das dritte Instrument, das Sie nannten, Herr Döring: Unter bestimmten Bedingungen die **Kapitalisierung der Ansprüche der Arbeitslosen**, um Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Da sind wir ganz bei Ihnen, und wir wissen auch, dass es nichts nützt, so wie Sie das kritisiert haben, dass natürlich dann ganze Ortschaften plötzlich meinen, sie könnten ihren öffentlichen Sektor über dieses Instrument entweder sanieren oder den Menschen, ich sage einmal, beschäftigungstherapeutische Aufgaben übertragen, und das für Dauer. Wenn man das Instrument nutzt, muss es vielmehr passgenau sein. Wir sind auch bei Ihnen, wenn Sie sagen, Kombilöhne müssten eine Einstiegshilfe sein und dürfen nicht als Dauersubvention missbraucht werden.

Hier muss man also sehr genau unterscheiden, an welcher Stelle eine dauerhafte Lohnsubventionierung sinnvoll ist, weil es sich um einen Menschen in einer Integrationsfirma handelt, oder an welchen Stellen es um eine befristete Unterstützung geht.

Nicht einig sind wir uns beim Thema **Mindestlohn**. Wir merken ja, die gesellschaftliche Debatte zum Mindestlohn dreht sich. Immer mehr wird die Zahl 7,50 € in den Raum gestellt, immer mehr gilt es doch als wichtig, sich mit dem Instrument auseinanderzusetzen, damit nicht das passiert, was wir im Augenblick haben, dass sich nämlich ein Niedriglohnssektor aufgrund der öffentlichen Subvention durch Transferleistungen auf eine Art und Weise stabilisiert, dass es tatsächlich die Arbeitenden krank und arm macht oder eben zu Mitnahmeeffekten sowohl bei den Arbeitssuchenden als auch bei den Firmen führt. Hier müssen wir also zwei Instrumente haben, einerseits die öffentliche Subventionierung in bestimmten Fällen, andererseits aber auch eine Deadline durch einen Mindestlohn, dass solche Lohndumpingverhältnisse, wie sie meine Vorredner skizziert haben, nicht mehr vorkommen.

(Angelika Birk)

Einig sind wir uns bei einer anderen Sache, und das freut uns sehr, Herr Döring, dass Sie da zugegriffen haben, nämlich endlich die Mittel der Europäischen Union zu nutzen, um schon in der Schule, schon in der 8. Klasse etwas zu tun, um die **Berufsorientierung** gezielt vorzubereiten und mit Wirtschafts- und Arbeitsmarktpartnern zusammenzuarbeiten. Das hatten wir in der letzten Legislaturperiode wiederholt gefordert. In dem neuen Programm nutzen Sie diese Instrumente. Wir warnen allerdings davor, nur wieder die ganze Geschichte in eine neue Warteschleife münden zu lassen. Es muss, wenn man diese Instrumente nutzt, gelingen, die Jugendlichen tatsächlich auf dem ersten Ausbildungsmarkt unterzubringen. Da bin ich für Ihre eindeutigen Worte sehr dankbar. Das war aus den bisherigen Veröffentlichungen nicht immer klar. In Hamburg gibt es ein sehr erfolgreiches Modell der dortigen **Hamburger Arbeitsstiftung**, wie dies gelingt. Dort haben es sich namhafte Firmen zur Aufgabe gemacht, Jugendliche in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Sie sind seit dem Jahr 2000 dabei, und ich muss sagen, das ist vorbildlich. Ich würde mich freuen, wenn wir auch in diesem Bundesland zu solchen Ergebnissen kämen.

Am Runden Tisch des Landes sitzen nun wichtige Arbeitsmarktakteure. Zum November 2006 hatten Sie eingeladen, und unter anderem, so entnehme ich Ihrer Schrift „Geht nicht gibt's nicht“, waren auch die Koalitionsfraktionen gefragt. Unsere Forderung: Beziehen Sie in diesen runden Tisch auch die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten ein. Sie hat vielfältige Informationen über die Beschwerdewege, aber auch über das, was man in der Praxis verbessern könnte. Sie kann da einen wichtigen Beitrag leisten.

Ich erinnere daran, dass das Land das Landesnetzwerk **Frau & Beruf** mit dem Frauennetzwerk zur Arbeitswelt unterstützt. Diese Frauen haben konkrete Kenntnisse, regional gebündelt, über den Arbeitsmarkt, über die wirtschaftliche Situation und sind Akteure und Promotoren für neue Wege. Ich mache Ihnen hiermit zwei qualifizierte Frauenvorschläge.

Last but not least finde ich, dass auch die Opposition an diesem Tisch durchaus ihren Platz hat, wenn die Koalitionsfraktionen eingeladen sind. Es geht nicht darum, am runden Tisch lange Vorträge zu halten, wie wir das hier heute freundlicherweise einmal tun durften, sondern es geht dort um konkrete Verabredungen. Wenn wir alle Kräfte bündeln müssen, um der Fehlkonstruktion der ARGen auf Landesebene etwas entgegenzustellen und die guten Erfahrungen, die schon Ende der 90er-Jahre mit

den kommunalen Beschäftigungsinitiativen gemacht wurden, weiterzuentwickeln, dürfen wir hier durchaus unseren Beitrag leisten. Herr Minister, ich zitiere Sie dann gern, auch zu dem letzten Vorschlag: Geht nicht, gibt es nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den letzten 20 Jahren blieb das Problem der Sockelarbeitslosigkeit ungelöst. Wir haben auch heute im Jahr 2007 die gleiche **Sockelarbeitslosigkeit** wie noch Mitte der 80er-Jahre. Weder die Betriebe noch die Arbeitsverwaltung haben Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren vermocht. Sie wurden stattdessen in der Vergangenheit frühzeitig verrentet, in Qualifizierungsschleifen geparkt oder ganz aus der Statistik getilgt.

Zunächst zur **betrieblichen Personalpolitik!** Die Mehrheit der Personalchefs ist der Meinung, dass bereits derjenige, der 50 Jahre und älter ist, keine Chance auf eine Neueinstellung hat. Da mögen Qualifizierung, innere Einstellung und Einsatz des Bewerbers noch so gut zum betrieblichen Profil passen, er oder sie hat heutzutage keine Chance. Dass man das in **Dänemark** völlig anders sieht und erfahrene Kollegen sogar mit großem Nachdruck zur Bewerbung ermuntert, wird hierzulande nur von Experten gewürdigt. Die Personalführung in Deutschland - da ist Schleswig-Holstein keine Ausnahme - hinkt dagegen in vielen Bereichen internationalen Erfahrungen hinterher.

Das sehen wir an vielen Beispielen, zum Beispiel, wenn es um junge Frauen geht, die gut ausgebildet sind, aber nach einer kurzen Familienpause trotzdem oftmals keine Chance in ihrem alten Betrieb mehr haben. Oder denken wir an die Weigerung vieler Großbetriebe, ihrer Ausbildungsverpflichtung nachzukommen. Die Betriebe stellen am liebsten den sprichwörtlichen jungen, alleinstehenden Mann mit langer Berufserfahrung ein, der gleich vom ersten Arbeitstag an voll einsetzbar ist und am besten nichts kostet. Alle anderen haben schlechte Karten. Das ist die betriebliche Realität.

Personalentwicklung, um die richtige **Qualifikation für den Betrieb** zu erhalten, ist für viele Betriebe immer noch ein Fremdwort. Wenn allerdings keine Alternativen bestehen, wenn man richtig ge-

(Lars Harms)

zwungen wird, geht es drolligerweise doch. Bestes Beispiel sind einige Firmen in Flensburg, die jahrelang Probleme hatten, qualifiziertes Personal in die angeblich so abgelegene Region zu holen. Da hat man kurzerhand selbst weitergebildet: Gesellen wurden auf entsprechende Kurse geschickt und Meistern Qualifizierung angeboten. Dieser betriebliche Einfallsreichtum ist aber die Ausnahme. Andere, wie ein großer Handy-Hersteller, auch in Flensburg, verlassen sich darauf, dass sich qualifiziertes Personal schon von allein vorstellen wird. Dieses Verhalten ist nicht nur gesamtgesellschaftlich problematisch, sondern betriebswirtschaftlich kurzsichtig.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Solche Betriebe schauen sich die Bewerbungsmappen von Langzeitarbeitslosen gar nicht erst an. Sie wollen nicht qualifizieren, Neueinzustellende schon gar nicht. So wird der immer wieder angeführte Gabelstaplerführerschein, beziehungsweise dessen Fehlen, zu einem schier unüberbrückbaren Hindernis. In Dänemark wird dem Betreffenden, wenn er in den Betrieb passt, schleunigst ein entsprechender Kurs vermittelt. Deutsche Gewerkschaften berichten dagegen, dass in einigen Betrieben jahrelang Kollegen ohne Gabelstaplerführerschein entsprechende Arbeiten ausüben. Nur, wenn der Kontrolleur kommt, wird derjenige aus der Halle geschickt. Wer also nicht einmal in Stammpersonal investiert, wird das bei Neueinstellungen erst recht nicht tun.

Das hat vielleicht auch mit einer unflexiblen Tarifpolitik zu tun. Die IG Metall will diese Ungerechtigkeiten ausräumen. Ein neuer Tarifvertrag soll helfen, dass die Arbeitnehmer nach den tatsächlich geleisteten Tätigkeiten entlohnt werden.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer also als Monteur bezahlt wird, tatsächlich aber die Baustellenaufsicht übernimmt, hat Anspruch auf eine bessere Entlohnung. Dass einige Arbeitgeber diese neuen Einstufungen umgehen wollen, indem möglichst einfache Arbeitsplatzbeschreibungen dauerhaft festgeschrieben werden, damit dann trotzdem kein adäquater Lohn gezahlt werden muss, ist für mich nur ein weiteres Zeichen für die eben angeführte betriebliche Kurzsichtigkeit.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem System haben **Langzeitarbeitslose** schlechte Chancen auf innerbetriebliche Qualifikationsanstrengungen. Also muss der Staat ran. Das

ist eine Binsenweisheit: Wo es marktwirtschaftlich nicht klappt, ist der Staat in der Pflicht; in diesem Fall die Bundesagentur für Arbeit. Dessen Vorstandsvorsitzender, Frank-Jürgen Weise, hat bei seinem Besuch in Flensburg im November bedauert, dass die Agenturen nicht über ausreichendes Personal verfügen, um Arbeitslose auch zu Hause beraten zu können. Die direkte Beratung führe seiner Meinung zu besseren Ergebnissen als die derzeitige Praxis. Gravierenden Problemen könne man nur mit einem großen Mitteleinsatz beikommen. Das weiß Weise. Umsetzen tut er diese Erkenntnisse allerdings nicht.

Im Gegenteil, nachdem nicht alle lokalen Arbeitsagenturen, Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen in Deutschland ihre **Mittel zur Eingliederung** von Landzeitarbeitslosen ausgeschöpft haben, hat man die Mittel pauschal für alle gekürzt, auch für diejenigen, die die Mittel komplett genutzt haben. Diese Praxis führt nun dazu, dass beispielsweise der Kreis Nordfriesland statt der bisher sinnvoll voll ausgeschöpften 16 Millionen € nur noch 12,4 Millionen € für diesen Zweck erhalten soll. In Zukunft kann der Kreis Nordfriesland, obwohl er gern noch mehr tun würde und in der Vergangenheit - wie wir alle wissen - erfolgreich war, jetzt für Langzeitarbeitslose weniger tun.

Gegenüber der Arbeitsagentur zeigen die Optionskommunen, was man mit fachgerechter und engagierter Beratung erreichen kann. Dort ist man ohne jeglichen Behördenballast sehr direkt tätig geworden. Das hat zwar lange gedauert, aber die Erfolge sprechen für sich und nun wird ihnen die finanzielle Grundlage durch die Arbeitsagentur entzogen. Das ist in meinen Augen ein krankes System, das geändert werden muss.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass die Arbeitsagenturen Probleme mit dieser erfolgreichen Konkurrenz haben, zeigte sich am Montag in Niedersachsen, wo man den Kommunen in Sachen Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit systematische Zahlenmanipulation nachgesagt hat.

Individuelle Beratung ist immer noch das beste Mittel wenn man die Langzeitarbeitslosigkeit nachhaltig bekämpfen möchte. Erfolgreiche Beispiele gibt es genug: In Flensburg wurden in einem Modellprogramm mittels einer intensiven Beratung über 50-jährige Arbeitslose auf dem ersten Arbeitsmarkt erfolgreich integriert. Immer dann, wenn die Betroffenen die Flinte ins Korn werfen wollten, half ihnen die Unterstützung vom Coach oder von den übrigen Teilnehmern des Kurses. Die Bera-

(Lars Harms)

tungsstellen von **Frau & Beruf** sind ebenfalls ein Beleg für den Erfolg individueller Betreuung.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hier gibt es mit die höchsten **Vermittlungsquoten**, und das nicht nur bei einfachen Fällen. Diese Stellen schaffen es sogar, die Frauen zu beraten, dass sie wirklich in die Selbstständigkeit gehen, und zwar nicht einfach nur für ein halbes Jahr und dann pleitegehen, sondern sie machen das sehr erfolgreich. Diese Frauen schaffen wiederum neue Arbeitsplätze. Man kann vor FRAU & BERUF in Schleswig-Holstein wirklich nur den Hut ziehen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der Rückkehr in den Beruf bieten die Arbeitsagenturen nur noch Informationsveranstaltungen an. Ich bezweifle, dass diese allgemein gehaltenen Seminare einen Effekt haben. Langzeitarbeitslose benötigen besonders intensive Unterstützung. Sie haben sich nach mehreren erfolglosen Bewerbungen oftmals in ein Schneckenhaus zurückgezogen, nach dem Motto: Wenn ich mich nicht bewerbe, kann ich auch nicht mehr abgelehnt werden.

Diese Abwärtsspirale sollte mit der Arbeitsmarktreformen aufgehalten werde: fordern und fördern. Wie wir wissen, ist davon nur noch das Fordern übrig geblieben. Darüber hinaus hat die Bundesagentur in einem Rundumschlag viele eingeführte **Qualifizierungsinstitutionen** durch einen harten Wettbewerb ruiniert. Hinter vorgehaltener Hand fragen sich viele Vermittler, wie die neuen Anbieter den Preiskampf durchhalten wollen.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kann man wohl sagen!)

Ich bedaure, dass erfolgreiche Programme, wie das Existenzgründerprogramm der WAK in Flensburg, dabei auf der Strecke bleiben. Die Statistik der Agentur Flensburg verzeichnet einen Rückgang der Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen von Dezember 2005 bis Dezember 2006 von sage und schreibe 93 %. Das heißt, da geht bald keiner mehr zu einer Qualifizierungsmaßnahme. Dann ist es kein Wunder, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen in diesem Bereich unterdurchschnittlich gesunken ist.

(Beifall beim SSW)

Wie Sie hören, fällt mein Urteil bezüglich der Arbeitsverwaltung zusammengefasst nicht besonders positiv aus.

Zum Schluss bleiben die **Bundes- und Landesprogramme**. Diese ergänzenden Programme, mehr sind es nicht, denn ihre Themen gehören nicht zu unseren Hauptaufgaben, die unter anderem Arbeitsminister Döring mit einer Intensivierung der Ein-Euro-Jobs in Aussicht stellte, sollen es also richten. Sie beheben aber keinesfalls die Grundprobleme, die ich gerade geschildert habe. Auch der mehrmonatige Einsatz von beispielsweise Erntehelfern ist nicht der Weisheit letzter Schluss. Beide Maßnahmen richten sich nur mittelbar auf den ersten Arbeitsmarkt aus und können nur als eine erste Notlösung gesehen werden, um das System einigermaßen zu korrigieren. Das ist also nur ein erster Schritt.

Derzeit werden die vorhandenen **Qualifikationen** noch nicht individuell weiterentwickelt. Es wird auch keine Engpassanalyse der Bedarfe erstellt, wie man das in Dänemark macht. Vielmehr wird weiterhin an einer pauschalen Politik festgehalten. Da ist es wenig überraschend, dass der Kreis Segeberg bei seinem neuen Programm zur Behebung der Langzeitarbeitslosigkeit nur eine einzige Qualifikation anbietet, nämlich die zur Tagesmutter. Ein Einstieg in den **ersten Arbeitsmarkt** sieht aber anders aus. Deshalb begrüßen wir die heutige Aussage von Herrn Minister Döring, sich mehr an der zielgerichteten Vorgehensweise in Dänemark zu orientieren. Es muss uns aber auch klar sein, dass es immer eine Gruppe von Menschen geben wird, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben wird. Auch diese Menschen müssen eine Perspektive bekommen. Wir werden also nicht an einem **zweiten Arbeitsmarkt** vorbeikommen, wenn es sozial gerecht zugehen soll. Auch das ist eine wichtige Aufgabe, bei der wir uns als Land Schleswig-Holstein engagieren müssen. Dabei geht es nicht um die Verdrängung von ordentlichen Arbeitsplätzen, sondern um ein Angebot an der Seite des ersten Arbeitsmarktes, wodurch auch diese Menschen eine Beschäftigung finden können, die sie erfüllt, die sie finanziell versorgt und die ihnen eine Chance gibt, für sich selber auch neben dem normalen Arbeitsmarkt eine Perspektive zu finden. Ich glaube, das ist ganz wichtig. Wir dürfen den zweiten Arbeitsmarkt nicht vergessen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So positiv es ist, dass das Land hier Schlimmeres verhindern will, so verstehe ich das zumindest, so negativ ist es, dass der große Moloch **Arbeitsagentur** sich eigentlich in den letzten Jahren immer noch nicht bewegt hat. Dies bekommen vor allem die Langzeitarbeitslosen zu spüren. Hier muss die Politik ansetzen und aus den positiven Erfahrungen

(Lars Harms)

der Optionskommunen lernen. Hierbei heißt Dezentralisierung das Stichwort. Erst wenn wir die Arbeitsvermittlung dezentralisiert haben, werden wir mit den Hilfestellungen des Landes eine Arbeitsmarktpolitik aus einem Guss bekommen. Bei der Energie des Arbeitsministers, die er eben an den Tag gelegt hat, ist gerade das notwendig und wünschenswert. Das wollen wir gern weiter unterstützen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Zunächst stelle ich fest, dass die Berichtsansträge Drucksachen 16/1158 und 16/1188 durch die Berichterstattungen der Landesregierung ihre Erledigung gefunden haben.

Es ist beantragt worden, den mündlichen Bericht der Landesregierung zur abschließenden Beratung federführend an den Sozialausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 32 und 34 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Potenzial für den Technologietransfer in Schleswig-Holstein ausschöpfen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1151

b) Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein 2005

Drucksache 16/1166

Ich erteile dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Dietrich Austermann, das Wort.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin dem Parlament für die zwei Anträge sehr dankbar, weil mir diese die Gelegenheit geben, einen Zwischenbericht über die Bemühungen der Landesregierung im Bereich der **Innovationsstiftung**, aber auch im Bereich des **Technologietransfers** sowie über das Einleiten der einen oder anderen Maßnah-

me oder Maßnahmenveränderung zu geben. Es geht um die Fragen, wie die Förderprogramme in Zukunft aussehen. Es geht weiterhin um die Frage, wie die Förderinstitutionen in Zukunft aussehen und wie wir erreichen wollen, dass in Zukunft mehr Technologietransfer durchgesetzt wird. Dabei geht es um die Arbeitsplätze von morgen. Es geht darum, welche Felder wir in Zukunft bearbeiten wollen.

Ihnen liegt der Geschäftsbericht 2005 der Innovationsstiftung vor, die im Sommer aus der Fusion von Energiestiftung und Technologiestiftung entstanden ist. Das **Stiftungsvermögen** beträgt 83 Millionen €. Es wird für entsprechende Projekte im Wert von 3,8 Millionen € eingesetzt. Inhaltliche Schwerpunkte der Stiftung waren und sind Energie-, Wirtschafts- und Klimaschutzpolitik, die Förderung von Innovation durch Technologietransfer sowie die Herstellung eines innovationsfreundlichen Klimas durch Kooperationen von Schulen mit Hochschulen. Das ist ein wichtiges Thema, wenn es einem gelingen soll, junge Leute dafür zu gewinnen, Zukunftsberufe zu ergreifen. Dabei gehört es zu den Aufgaben der Innovationsstiftung, technologisch basierte Innovationen zu analysieren, Kompetenzen aufzubauen, Forschungs- und Entwicklungsvorhaben voranzutreiben, Existenzgründungen aus der Wissenschaft zu erleichtern und zugleich in Kooperation von Schulen und Hochschulen eben dieses Klima positiv zu beeinflussen.

Im Berichtsjahr hat die Innovationsstiftung einige **innovative Technologien** gefördert, und zwar unter anderem durch die Unterstützung von Infrastruktur, aber auch durch die Unterstützung einzelner Projekte, insbesondere nach dem HWT-Programm. Ich sage es ganz deutlich: Bisher ist es der Stiftung noch nicht ausreichend gelungen, das eigene Profil zu schärfen und die Aufgaben einer Ideenschmiede ausreichend wahrzunehmen und eine deutliche Abgrenzung von anderen Technologieförderern - beispielsweise der WTSH oder der Norgenta - zu schaffen. Das sind Defizite, die wir bei einer Neuordnung der Technologieförderlandschaft abstellen müssen. Zurzeit sind wir dabei, die Organisationen, die wir haben, auf den Prüfstand zu stellen. Im Moment schwebt mir eine Zusammenfassung der Förderereinrichtungen vor. Gleichzeitig stelle ich mir auch eine **Neuordnung der Förderprogramme** vor. Hier kann vieles weg, was doppelt ist. Hier kann vieles neu gemacht werden und vieles kann mit den Kriterien, die wir in Zukunft anlegen, abgeglichen werden.

Mit der Neuordnung werden wir für den Technologietransfer in Schleswig-Holstein neue Impulse set-

(Minister Dietrich Austermann)

zen. Auch zu diesem Thema liegt Ihnen ein Bericht der Landesregierung vor. Darin werden Fragen einer ISH-Studie zur Optimierung des Wissenstransfers untersucht, die lediglich in einer Befragung von einigen Hundert Professoren - also nur von Wissenschaftlern - erstellt wurde. Die Frage, wie man das Ganze optimieren kann, ist also aus Sicht der Wissenschaftler gestellt worden. Wir denken, dass die Sicht der Wirtschaft fehlt. **Technologie-transfer** ist nur dann möglich, wenn Wissenschaft und Wirtschaft zusammenarbeiten. Das ist eine Aufgabe, die zu den zentralen Aufgaben meines Hauses gehört.

Kurz gefasst sagt der Bericht aus, dass das Potenzial für den Technologietransfer aus den Hochschulen noch nicht ausgeschöpft wird. Wir wissen, dass das zwei unterschiedliche Kulturen sind; auf der einen Seite die Wissenschaft, auf der anderen Seite die Wirtschaft. Auf der einen Seite gibt es eine Bringschuld, auf der anderen Seite gibt es eine Holschuld. Beide werden nicht in ausreichendem Maße wahrgenommen.

Die Frage ist: Welche zentralen Anreize können wir für Professorinnen und Professoren dahingehend schaffen, beim Technologietransfer aktiver zu werden? Wie kann man ihnen zugleich das Gefühl nehmen, dass ihre Leistungen nicht genügend Anerkennung finden? Wir haben bereits verschiedene Maßnahmen getroffen. Beispiele hierfür sind die Berufungspolitik und Anreize für Transferleistungen bei der Anwerbung von **Drittmitteln**. Wir müssen das mit Zielvereinbarungen weiter angehen. Wir haben den **SEED-** und den **START-UP-Fonds** ins Leben gerufen. Wir sind mit 19 Technologiezentren so gut aufgestellt, dass daraus Netzwerke ausgebaut werden können. Wir haben das Zukunftsprogramm, das helfen soll, wissensbasierte Produkte zu entwickeln, auf den Weg gebracht. Wir machen eine wissensbasierte Förderpolitik. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir die Förderorganisationen nach Möglichkeit zu einer Organisation zusammenfassen wollen. Wir setzen neue **Stiftungslehrstühle** ein, bei denen sich die Wirtschaft ganz bewusst dafür einsetzt, Geld in die Wissenschaft zu investieren, um zukünftige Produkte zu generieren. Ich erwähne auch die **Exzellenzcluster** und die Murmann School ebenso wie die Ausgründungen. Dabei sind wir noch längst nicht an dem Ziel angelangt, das wir erreichen wollen.

Es gibt außerhalb der Hochschulen wissenschaftliche Einrichtungen, die meines Erachtens nach wesentlich mehr Ausgründungen erreichen könnten, wenn es gelänge, die Wissenschaftler noch mobiler zu machen. Wir sind dabei, Netzwerke zu schaffen,

bei denen wir Forschung und Wirtschaft zusammenbringen. Wir haben das im Bereich der Chemie mit großartigem Erfolg gemacht. Wir haben das auch im Mineralölbereich gemacht. Auch hier haben wir Forschung und Wirtschaft zusammengebracht. Ich denke, hier gibt es eine Fülle von Wegen, die wir miteinander beschreiten müssen.

Wenn ich den Weg der Zukunft skizzieren darf, dann schwebt mir vor, dass wir Richtlinien, Entscheidungen und die grobe Linie durch das Ministerium vorgeben, dass die Förderabwicklung durch die Investitionsbank erfolgt und dass WTSH, ISH und PVA zusammen Beratung und Akquisition abdecken. Die ISH soll dabei den Teil der Denkfabrik abdecken. Die Kammern können als Wirtschaftsbehörden funktionieren. Wenn es uns gelingt, jedem seine entsprechende Aufgabe zuzuweisen, dann wird der nächste Bericht in einem Jahr erfolgreicher sein als der, den wir jetzt vorgelegt haben.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Herrn Minister. Ich eröffne die Aussprache. Der Herr Abgeordnete Detlef Matthiessen hat das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, vielen Dank für Ihren Bericht. Die Anfang Juli 2006 veröffentlichte Studie der Innovationsstiftung zum **Potenzial des Technologietransfers** zeigt auf, dass der Wissenstransfer aus den Hochschulen in die wirtschaftlichen Anbindungen noch nicht optimal ausgeschöpft ist, das war auch Ihre Aussage in dem Bericht. Es mangelt unter anderem an geeigneten Anreizen für Wissenschaftler und Hochschulen sowie an einem angemessenen Stellenwert des Transfers für Land und Universitäten.

Die grüne Landtagsfraktion hat deshalb den Antrag gestellt, in dem die Landesregierung gebeten wird, zu berichten, wie sie die Ergebnisse dieser Studie bewertet. Gleichzeitig sollte dargelegt werden, welche Maßnahmen von der Landesregierung angedacht sind, um den Technologietransfer in Schleswig-Holstein so zu optimieren, dass alle Potenziale von Wissenschaft und Wirtschaft voll ausgeschöpft werden können. Es ist aus unserer Sicht ein Ziel von strategischer Bedeutung für die Wirtschaft in unserem Land, durch weniger gegenseitige Hemmnisse im Bereich der Wirtschaft und Wissenschaft schneller erfolgreiche Technologietransfers zu er-

(Detlef Matthiessen)

reichen. Mit den vielen **Gründerzentren** ist ein wichtiger Baustein gelegt, die haben wir bei uns im Lande schon seit langer Zeit und sie werden gut angenommen.

Ein gutes Beispiel ist die Landesförderung für den **Wissenschaftspark** mit dem Wissenschaftszentrum, der direkt neben der **Kieler Universität** aufgebaut wird. Das Ministerium berichtete über leistungsorientierte Zielvereinbarungen zwischen dem Land und Hochschulen, die Anreize für die Intensivierung von Transferleistungen enthalten. Das ist natürlich eine schlaue Überlegung. Aber dann kommt das Eingeständnis, dass noch keine konkreten Zielsetzungen vereinbart wurden, erst in der nächsten Periode von Zielvereinbarungen von 2009 - da stehen wir schon wieder voll im Wahlkampf - bis 2013 sollen die Anreize für Technologietransfer eingearbeitet werden. Wir fordern Sie auf, Herr Minister, solche Zielvereinbarungen eventuell auf dem Verhandlungswege früher zu implementieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der gezielten **Berufungspolitik** für die Hochschulen sind wir einverstanden, mit der ein transferaktiver professioneller Nachwuchs gewonnen werden soll. Die Förderung von Innovation durch Unterstützung des Transfers aus Wissenschaft in die Wirtschaft ist auch einer der Schwerpunkte der Innovationsstiftung. Im Bericht für das Jahr 2005 wird das Förderprogramm HWT, also „Hochschule-Wissenschaft-Transfer“, herausgestellt. Seit Frühjahr 2005 sind 1,6 Millionen € Fördermittel für 20 Projekte zur Kooperation von Forschern mit Unternehmen bewilligt worden, davon sind 12 Projekte bereits im Jahr 2005 abgerufen. Ich mache darauf aufmerksam, dass wir mit diesem Projekt bereits Anfang 2004 den Anfang gemacht haben.

Die Hochschulen des Landes zeigen großes Interesse an diesem Programm. An der **Partnerseite** beteiligen sich jungen Unternehmen, bei denen es sich zum großen Teil um Ausgründungen von Hochschulen oder Forschungseinrichtungen handelt. Genau dies halten wir Grünen für besonders wichtig. Der Transfer von Forschungsergebnissen aus der Wissenschaft in die wirtschaftliche Anwendung klappt immer dann am besten, wenn die Wissens-träger, die Forscher, selber ganz oder in Teilzeit in die wirtschaftliche Aktivität wechseln.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt ist die Energie-, Wirtschafts- und Klimaschutzpolitik. Die Brisanz des **Klimawandels** und seiner Folgen gerade in Schleswig-Holstein scheint im Denken der Landesregierung noch ausgeklammert. Das heutige Wissen ist nicht in konsequentes Handeln umgesetzt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke an die zahlreichen neuen Projekte von Kohlekraftwerken, bei denen weder an eine CO₂-Abscheidung noch an optimierte Kraft-Wärme-Kopplung gedacht wird. Allein das von E.ON geplante 1,1-GW-Steinkohlekraftwerk am Kieler Ostufer soll pro Jahr 2,5 Millionen t Kohle verbrennen und wird so 7 Millionen t CO₂-Emissionen verantworten. In Brunsbüttel sollen Kohlekraftwerke mit insgesamt 2,4 GW Leistung gebaut werden. Schleswig-Holstein wird führendes Kohleland - eine finstere Energiezukunft, die von unserer großen Betonkoalition diskutiert werden wird, als hätte sie von Klimawandel noch nie etwas gehört.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Allerdings!)

Von daher sind die **Initiativen der Innovationsstiftung** für die Erzeugung und Verwendung von Bioenergien wie Biomasse, Biokraftstoffe und Holzpellets, die Kompetenzzentren Windenergie und Biomasse sehr zu begrüßen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies gilt auch für alle Anstrengungen, den **Wärmeverbrauch** von öffentlichen und privaten Gebäuden zu vermindern. Die grüne Landtagsfraktion schätzt die Tätigkeit der Innovationsstiftung und sieht in ihr einen wichtigen Impulsgeber für eine zukünftige wirtschaftliche und ökologische Entwicklung in Schleswig-Holstein. Ich darf an dieser Stelle der Leitung und auch den Mitarbeitern in der Innovationsstiftung meinen Respekt aussprechen, dass sie diesen Wechsel mit Bravour umgesetzt haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege, darf ich Sie an die Redezeit erinnern?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, ich komme zum letzten Satz. - Die Landesregierung ist mit der Einbindung von Kompetenz und Arbeit von Frauen durch die Stiftung nicht zufrieden, das steht so im Bericht. Hier besteht Handlungsbedarf. Wir werden für den nächsten Bereich darauf achten, dass das Gender-Thema besondere Beachtung findet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU erteile ich dem Herrn Abgeordneten Johannes Callsen das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nimmt man die beiden Berichte, die uns zur Diskussion vorliegen, so lässt sich unter dem Strich eines ganz deutlich sagen. Es war richtig und notwendig, die Bereiche Wirtschaft und Wissenschaft in einem gemeinsamen Ministerium unter einem Dach zusammenzuführen. Damit ist nicht nur eine engere Verzahnung und Abstimmung zwischen den Interessen von **Wissenschaft und Wirtschaft** möglich, damit kann auch das gegenseitige Verständnis verbessert werden. Wissenschaftlicher Fortschritt und die Nutzung **neuer Technologien** in den Unternehmen nämlich sind es, die einen Wirtschaftsstandort voranbringen und für zukunftsfähige wichtige Arbeitsplätze sorgen. Dies hat auch das Kieler Institut für Weltwirtschaft vor wenigen Tagen unterstrichen, als es in einem Beitrag feststellte, dass der Anteil hochwertiger Dienstleistungsarbeitsplätze in Schleswig-Holstein derzeit relativ gering geblieben ist und deswegen gesteigert werden muss. Diesem Ziel haben wir uns verschrieben, das hat der Minister deutlich gemacht. Hier werden wir ganz besonders wichtige Akzente für Schleswig-Holstein setzen.

Herr Kollege Matthiessen, wenn Sie an dieser Stelle die **Zielvereinbarung** kritisieren und den Minister auffordern, schon vor 2009 entsprechende neue Prioritäten zu setzen, so will ich Sie nur an Folgendes erinnern: Die derzeitige Zielvereinbarung wurde im Jahr 2004 mit Geltung bis 2008 beschlossen. Das war zu einer Zeit, wo Sie noch, wenn ich mich recht erinnere, eine gewisse Regierungsmitverantwortung hatten. Sie hätten auch damals schon Ihre Kritikpunkte durchsetzen können.

Ein wesentlicher Akteur an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Wissenschaft ist die **Innovationsstiftung**, die mit ihrem Tätigkeitsbericht für das Jahr 2005 wieder eine aner kennenswerte Bilanz vorlegt. So wurden mit der Förderung von Umwelttechnologien und Biotechnologie Themen aufgegriffen, die für Schleswig-Holstein eine hohe Bedeutung haben. Auch die marine Aquakultur ist für unser Land als Land zwischen den Meeren ein wichtiges Zukunftsfeld. Es ist richtig, dass eine entsprechende Stiftungsprofessur an der Kieler Uni auch von der Innovationsstiftung finanziell gefördert wird.

Neben diesen beiden Schwerpunktbereichen bietet die Stiftung allerdings auch eine notwendige **Querschnittsförderung** für die Unterstützung des Technologietransfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft an, etwa das schon erwähnte **Programm „Hochschule-Wirtschaft-Transfer“**, HWT. Mit der gezielten Ausrichtung auf Existenzgründungen aus der Wissenschaft heraus etwa durch Gründerstipendien oder Gründertrainings setzt die Innovationsstiftung neben den entsprechenden Fördermöglichkeiten des Ministeriums einen weiteren Akzent für die stärkere Nutzung von modernen Technologien in jungen Unternehmen. Damit kann insgesamt die Bilanz der Landesregierung unterstrichen werden, dass die Innovationsstiftung ihre Rolle in der Förderung innovativer Technologien konsequent wahrgenommen hat, so steht es im Bericht. Allerdings - auch dies machen beide vorliegenden Berichte deutlich - haben die Technologiefördereinrichtungen des Landes ihre Tätigkeit in der Tat noch nicht optimal aufeinander abgestimmt. Daher unterstütze ich die Zielrichtung des Wirtschafts- und Wissenschaftsministeriums, eine klare Aufgabentrennung zwischen den bestehenden Förderinstitutionen herbeizuführen und diese besser aufeinander abzustimmen. Ich bin sicher, dass sie durch weitere **Synergieeffekte** erschlossen werden können und wir das ganze Thema Technologietransfer weiter für Schleswig-Holstein pushen können.

Der Wettbewerb der Regionen im Technologiesektor wird härter und es kommt für die Zukunft entscheidend darauf an, dass sich die Innovationsstiftung ganz konkret auf die wissenschaftlichen Highlights der Technologieentwicklung konzentriert und vor allen Dingen auch neue Technologiefelder für Schleswig-Holstein und unsere Wirtschaft erschließt. Dabei sollten einerseits die landesspezifischen Stärken genutzt und ausgebaut werden, auf der anderen Seite brauchen wir im **Wettbewerb der Regionen** auch im Technologiebereich, wie man so schön sagt, Alleinstellungsmerkmale, die für Schleswig-Holstein besetzt werden könnten. Hierzu möchte ich die Innovationsstiftung ausdrücklich ermuntern und verbinde dies mit einem herzlichen Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein für die geleistete hervorragende Arbeit.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erteile ich der Frau Abgeordneten Birgit Herdejürgen das Wort.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nur Innovation macht Wachstum möglich. Ohne Wachstum ließen sich unsere sozialen und ökologischen Probleme nicht lösen - nachhaltiges Wachstum natürlich. Denn wir wissen, dass viele Probleme wie Klimaschäden, Instabilität durch unfaire Wohlstands- und Armutsverteilung und Raubbau an natürlichen Ressourcen Effekte eines eben nicht nachhaltigen Wachstums sind.

Aber wir wissen inzwischen auch, dass Wachstum gebremst wird, wenn **Ökosysteme** überfordert werden und wenn **soziale Systeme** nicht stabil gehalten werden können. Innovation ist also nicht per se im Sinne der Menschen. Es ist Aufgabe von Politik, steuernde Leitlinien zu formulieren. Technischer Fortschritt braucht politische Gestaltung, um sich im Sinne der Menschen zu entwickeln und diese in den Mittelpunkt zu stellen. Für mich - der Kollege Garg hat das, glaube ich, am Mittwoch angesprochen - stellt das auch keinen Widerspruch zu einem forschungsfreundlichen Klima dar. Natürlich brauchen wir das und das brauchen wir hier in Schleswig-Holstein. Ich denke auch, dass wir das gewährleisten können.

Technische Innovation ist unverzichtbar für jede dynamische Wirtschaft und soll ökologischer Erneuerung und Rationalisierung dienen und Arbeit humanisieren.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Sie soll die Arbeitsproduktivität steigern, Wettbewerbsfähigkeit sichern, Energie und Rohstoffe einsparen und die sinnvolle Gestaltung von Arbeitsprozessen fördern.

(Beifall bei der SPD)

Technik muss so gestaltet und eingesetzt werden, dass Fehler beherrschbar und korrigierbar und Fehlentwicklungen durch künftige Generationen revidierbar sind.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen nicht den Menschen der Technik anpassen, wir wollen menschengerechte, sozialgerechte und umweltverträgliche Technik.

Bei uns im Norden setzen wir Schwerpunkte bei unseren spezifischen Stärken. Die Kollegen Minister Austermann und der Kollege Callsen haben es bereits angesprochen. Auch ich habe das Beispiel der marinen Aquakultur gewählt. Ich denke, dass

das etwas ist, was sehr deutlich macht, dass wir hier im Bereich der **Meerestechnik** ein Alleinstellungsmerkmal haben, das wir ausnutzen müssen. Die Innovationsstiftung leistet ausgezeichnete Arbeit. Wir müssen aber auch die Grenzen der Steuerung von technischem Fortschritt sehen. Es ist beispielsweise kaum vorhersehbar, welche Produkte sich letztlich am Markt durchsetzen. Deshalb bleibt es eine ständige Herausforderung, die Betätigungsfelder der **Stiftung** immer wieder neu zu identifizieren und diese angesichts begrenzter finanzieller Ressourcen auf Schwerpunkte zu konzentrieren.

Richtig ist auch die in den beiden Berichten herausgestellte Forderung - auch das ist angesprochen worden -, **Synergien** mit anderen Einrichtungen noch stärker als bisher zu nutzen und Dopplungen zu vermeiden. Früher ging man davon aus, dass Innovationen in einer linearen Kette entstehen: Grundlagenforschung, angewandte Forschung, experimentelle Entwicklung, Markteinführung, Marktdurchdringung. Mittlerweile hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass dieses Modell zu simpel ist und vielfältige Rückkopplungen zwischen den einzelnen Phasen bestehen. Umso wichtiger ist es, die Abläufe von **Transferprozessen** zu durchleuchten und kritisch zu hinterfragen, wie dies in der Studie im Auftrag der Innovationsstiftung geschehen ist.

(Beifall der Abgeordneten Sandra Redmann [SPD] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich teile dabei die kritischen Anmerkungen im Regierungsbericht, was die Validität der Untersuchung angeht, ausdrücklich. Ich hatte damit auch meine Schwierigkeiten.

Aber bei allen Vorbehalten ist eines klar: Die Potenziale des Technologietransfers sind in Schleswig-Holstein noch nicht ausgeschöpft. Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass wir einen Prozess einleiten, der gemeinsam mit allen beteiligten Hochschulen und Institutionen und gemeinsam mit der Wirtschaft zu optimierten Verfahren führt. Ich denke, wir werden im Ausschuss noch darüber zu diskutieren haben, wie eine zukünftige Struktur der Förderung hier in Schleswig-Holstein auszusehen hat.

Wichtig bei diesem optimierten Verfahren ist sicher auch die **bundesweite Koordination** von **Forschungsaktivitäten**. Wir haben das Thema der High-Tech-Strategie nun gerade am Mittwoch auf der Tagesordnung gehabt. Das hat auch eine aktuelle Studie der Boston Consulting Group ergeben. Natürlich geht es diesem Parlament darum, Schleswig-Holstein, den Standort Schleswig-Holstein zu

(Birgit Herdejürgen)

stärken. Wir dürfen uns aber nicht der Gefahr hingeben, uns im kleinteiligen Wettbewerb der Länder, der in erster Linie ein Wettbewerb um Subventionen ist, zulasten internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren.

(Beifall bei der SPD)

Auch ich möchte mich abschließend noch einmal ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Innovationsstiftung bedanken - sie haben jetzt einige turbulente Jahre hinter sich - auch nicht ganz problemlos für diejenigen, die dort gearbeitet haben und dort jetzt immer noch arbeiten -, denn wir brauchen die Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um unsere Vorstellungen, unsere politischen Vorstellungen von der Zukunft Schleswig-Holsteins umzusetzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der Kollege Hentschel gestern über endogene Wachstumstheorie philosophierte, reden wir heute ganz konkret darüber, wie das Land die langfristigen Grundlagen des Wachstums so beeinflussen könnte, dass dieses Wachstum hier bei uns auch stattfinden kann.

Denn die wesentliche Quelle langfristigen Wachstums ist der technische Fortschritt: neue Waren, Dienstleistungen und Verfahren, die sich am Markt wenigstens für kurze Zeit als gewinnträchtig erweisen. Mindestens die Hälfte des volkswirtschaftlich feststellbaren technischen Fortschritts entsteht, während älterer Waren, Dienstleistungen mit bekannten Verfahren hergestellt, vertrieben oder genutzt werden. Von der anderen Hälfte entsteht ein großer Teil in Hochschulen. Wie können die Ideen der Forscherinnen und Forscher an den Hochschulen systematischer in marktfähige Waren, Dienstleistungen und Verfahren verwandelt werden? Das ist genau die zentrale Frage, mit der sich der Technologietransfer beschäftigt, das ist die Frage des **Technologietransfers**.

Die **Studie der Innovationsstiftung** kommt zu einer nicht ganz neuen Erkenntnis - das war aber auch nicht anders zu erwarten. Die Kernthese will ich so zusammenfassen: Der Technologietransfer wird höchstwahrscheinlich umso besser klappen, je

stärker die **Anreize für die Forscher** sind, sich mit ihren Ergebnissen auf den Markt zu trauen; je früher und intensiver sie mit möglichen Produzenten und Verkäufern in Kontakt kommen und je weniger beide Seiten hierbei gestört werden.

Daraus folgert der Autor der Studie, all dies stärker zu berücksichtigen: Die Regeln und die Organisationen für den Technologietransfer in Schleswig-Holstein sollten darauf ausgerichtet werden, zum Beispiel indem die Universitäten mehr Wert auf angewandte Forschung und Technologietransfer legen sollten; indem die Fachhochschulen besser ausgestattet werden sollten, um mehr forschen zu können; indem die Wissenschaftler stärker an den **Gewinnen aus der Vermarktung** beteiligt werden und indem die Organisationen des Landes klar auf abgegrenzte Aufgabenfelder spezialisiert werden, um Doppelarbeit zu vermeiden.

Wie gesagt, die Ergebnisse können nicht wirklich überraschen. Ich glaube, an der Stelle muss man deshalb zumindest in den entsprechenden Ausschüssen noch einmal ganz konkret nachfragen, wie beispielsweise der Minister die einzelnen Felder, die er hier kurz angerissen hat, dann tatsächlich bei seiner Strategie auch umsetzen will. Wie zum Beispiel will er **technologietransferorientierte Berufungspolitik** durchsetzen? Was versteht er darunter und was verbirgt sich hinter diesem Wortmonster? Das sollten wir noch einmal ganz konkret im Ausschuss besprechen. Wir sollten auch darüber sprechen, wie er ganz bestimmte Anreize für Leistungen für Technologietransfer in die Beamtenbesoldung einbauen will. Das klingt gut, das klingt auf den ersten Blick auch vernünftig, aber er muss konkret sagen, wie er das machen will. Will er dann für anwendungsorientierte Forscherinnen und Forscher etwa wieder das Urlaubsgeld einführen? Oder wie stellen Sie sich das ganz konkret vor, Herr Technologietransferminister? Wie stellen Sie sich die konkrete Arbeitsteilung der Organisationen zur Förderung des Technologietransfers vor? Ich denke, da liegt noch viel Arbeit vor uns, vieles was besprochen werden muss.

Ich denke, wir sollten diese wichtige Themen deshalb intensiv, und zwar intensiver als bisher, im Wirtschaftsausschuss noch einmal besprechen und hierzu die beteiligten Institutionen einladen und ihnen zuhören. Im Rahmen dessen werden wir uns dann natürlich auch - wie stets im Wirtschaftsausschuss - mit dem Bericht der Innovationsstiftung befassen. Denn sie hat als Mittlerin zwischen Wissenschaft und Wirtschaft eine ganz zentrale Rolle für den Technologietransfer in Schleswig-Holstein. Deshalb möchte ich zur Innovationsstiftung heute

(Dr. Heiner Garg)

hier nur eins sagen: Ich möchte mich auch im Namen meiner Fraktion für die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Innovationsstiftung sehr herzlich bedanken.

Herr Professor Block sagte einmal in einem Gespräch, er habe festgestellt, die wirkungsvollste Methode, Wissenschaftler und Unternehmer zusammenzubringen, sei ein kahler Raum mit Bistrostehischen und ein bisschen Kaffee, alles andere würde nur ablenken. Nun, wir wissen alle, das haben die Vorredner aller Fraktionen klargemacht, die Innovationsstiftung leistet weitaus mehr für dieses Land. Das ist gut und das hat dem Land bisher gut getan. Dafür meinen herzliches Dankeschön.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bericht zum Technologietransfer macht deutlich, dass hier noch sehr viel brach liegt. Das bitte ich aber nicht als allgemeine Kritik zu verstehen, sondern eher als Hinweis auf unsere Strukturen. Das Land Schleswig-Holstein ist kein großer Industriestandort wie Nordrhein-Westfalen oder Technologiestandort wie Bayern oder Baden-Württemberg. Deshalb ist hier bei uns natürlich die Ausgangslage eine ganz andere. Dieses wurde auch schon von den bisherigen Regierungen erkannt, und deshalb haben wir inzwischen eine Auswahl verschiedenster Institutionen und Organisationen, die sich mit diesem Feld befassen. Trotzdem bleibt erst einmal festzuhalten, dass man nicht erwarten kann, dass hier ein bunter Strauß von verschiedensten Kooperationen zwischen Hochschulen und Wirtschaft stattfindet. Das setzt nämlich eine genügende Anzahl auch größerer Unternehmen voraus, die es so bei uns nicht gibt.

Umso erstaunlicher ist es, was sich in den vergangenen Jahren unter den beiden letzten Regierungen an **Infrastruktur** für die **Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft** herausgebildet hat. Ein entscheidender Schritt zur einer noch engeren Verzahnung der Angebote von Wissenschaft und Wirtschaft war die gemeinsame Unterbringung der Institutionen im „Haus der Wirtschaft“ in Kiel. Durch die räumliche Nähe im und um das „Haus der Wirtschaft“ sind die ohnehin schon engen Kontakte noch enger geworden. Inzwischen kann man

auch auf dem kurzen Dienstweg zwischen den jeweiligen Mitarbeiterschaften Kontakte schaffen. Das alles trägt zu mehr Flexibilität und Schnelligkeit bei; ein entscheidender Vorteil dieses kleinen, aber feinen Netzwerks. Diesen Vorteil gilt es zu nutzen und auf den Vorarbeiten der Vorgängerregierung aufzubauen.

Ein besonderes Augenmerk möchte ich hierbei auf die Innovationsstiftung lenken. Diese Stiftung befasst sich nicht nur - aber auch - mit dem Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Vielmehr soll die **Innovationsstiftung** auch neue **Zukunftstechnologien** fördern, die vielleicht jetzt noch nicht marktfähig sind, es aber einmal werden können. In dieser Funktion soll sie vornehmlich Technologien fördern, die besonders auf Schleswig-Holstein zugeschnitten sind. Dies ist beispielsweise die Meerestechnik; aber vor allem sind es die erneuerbaren Energien. Hier setzt die Innovationsstiftung vor allem auf den Bereich Bioenergie. Das Projekt ProBioEnergy hat das Ziel, die allgemeine Öffentlichkeit für dieses Thema einzunehmen. Dabei kann man auch hervorragend die Projekte nutzen, die jetzt schon von der Stiftung gefördert worden sind und die die Tür zu einer neuen **Energiegewinnung** einen Spalt weit aufmachen. Nach Holzpellets und synthetischen Kraftstoffen wird sich die Innovationsstiftung auch zunehmend mit Biogas und entsprechender damit verbundener Stromerzeugung beschäftigen. Wenn wir hier einen Wissensvorsprung erreichen können, wird dies zum Beispiel viele Möglichkeiten zur Anpassung der Landwirtschaft an den Strukturwandel ermöglichen.

Gleiches gilt im Übrigen auch für die industrielle Biotechnologie. Hier geht es weniger um Energiegewinnung als vielmehr um klassische Nahrungsmittelerzeugung, allerdings mit neuen Verfahren und neuer Technik. Auch hier lässt sich ein Vorsprung gewinnen, wenn wir diesen Weg politisch unterstützen. Allerdings muss man dazu sagen, dass es dann irgendwann nicht mehr nur um chemische Verfahren oder um die Erzeugung von Lebensmittel- und Futtermittelzusätzen geht, sondern der Schritt zur **grünen Gentechnologie** dann nur noch ein immer kleinerer Schritt sein wird. Ob wir als Land diesen Schritt gehen sollen, ist zumindest nicht ausdiskutiert. Ich erhoffe mir eigentlich auch von den Erkenntnissen der Innovationsstiftung in diesem Bereich eine noch breitere Basis, um abgewogen entscheiden zu können. Auch das wird glücklicherweise in der Innovationsstiftung gemacht. Letztendlich wird aber der Verbraucher entscheiden müssen, ob er sich auf diesen Bereich der grünen Gentechnik einlassen will.

(Lars Harms)

Ein Wort noch zu **Energieeinsparungen**. Hiermit ist ebenfalls richtig Geld zu verdienen. Die Technologien in diesem Feld werden mit dazu beitragen, dass wir in Zukunft unsere Klimaziele erreichen können. Deshalb ist es schon jetzt wichtig, in Forschung und Wissenstransfer in diesem Bereich zu investieren, damit unsere Baufirmen über das notwendige Know-how verfügen, um diese Techniken auch anbieten zu können. Ich bin mir sicher, dass hier ein riesiges Potenzial liegt, das allerdings erst dann gehoben werden kann, wenn die Hochschulen eine gewisse Vorarbeit geleistet haben. Deshalb ist dieser Schwerpunkt der Innovationsstiftung ebenfalls ein überaus wichtiger Baustein in der allgemeinen Wirtschaftsstrategie des Landes Schleswig-Holstein.

Ich bin davon überzeugt, dass wir noch lange nicht am Ende der Erfolgsstory der Innovationsstiftung und der anderen Fördereinrichtungen angekommen sind. Aber wir dürfen nicht stehen bleiben und abwarten, sondern wir müssen handeln und unsere Institutionen immer wieder den Erfordernissen des Marktes anpassen. Deshalb gehen wir als SSW unvoreingenommen in die Überlegungen, ob man die ISH, die WTSH und die Patent- und Verwertungsagentur noch enger miteinander verzahnen soll. Auf jeden Fall ist es aber wichtig, dass wir mit diesen Einrichtungen Zielvereinbarungen schließen, damit wir auf einer vernünftigen Basis entscheiden können und die Betroffenen wissen, welche politischen Ziele wir verfolgen wollen.

Deshalb möchte ich auch ganz deutlich sagen: Trotz dieser möglicherweise wieder neuen Entwicklungen, die auf die Mitarbeiter dort zukommen, möchte ich mich für die Geduld und die Leistungsbereitschaft, die dort gezeigt wurde, herzlich bedanken.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Nicht für die Geduld von Ihnen, Herr Kollege Astrup, sondern für die Geduld und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter, die harte Umstellungsprozesse haben mitmachen müssen.

(Beifall)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/1151, und die Drucksache 16/1166 dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das

Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe nunmehr die Tagesordnungspunkte ohne Aussprache auf.

Tagesordnungspunkt 6:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1154

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/1154 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1156

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/1156 federführend dem Finanzausschuss und mitberatend dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Programm des Landes zur vorschulischen Sprachförderung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1149

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen Abstimmung in der Sache vor. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 16/1149 (neu) einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Umsetzung der EU-Chemikalienverordnung (REACH) in Schleswig-Holstein

(Präsident Martin Kayenburg)

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1157

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Abstimmung in der Sache vor. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 16/1157 einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

10 Jahre Krebsregister Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1159 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen Abstimmung in der Sache vor. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 16/1159 (neu) einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1184

Ich weise daraufhin, dass sich die Fraktionen verständigt haben, anders als in Drucksache 16/1184 ausgedrückt, keinen mündlichen, sondern einen schriftlichen Bericht zu erbitten. Insofern handelt es sich um die Drucksache 16/1184 (neu).

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen Abstimmung in der Sache vor. Wer dem so geänderten Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist die Drucksache 16/1184 (neu) einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

7. Forschungsrahmenprogramm 2007 bis 2013 der EU

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1185 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Abstimmung in der Sache vor. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 16/1185 (neu) einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

Hochschulpakt

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1191 (neu)

Dies ist ein Berichts Antrag zur 20. Tagung. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage Ihnen Abstimmung in der Sache vor. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 16/1191 (neu) einstimmig angenommen worden.

Ich stelle fest, dass wir das Ende der Tagung erreicht haben. Die Regierung war bis zum Schluss - wenigstens durch einen Schal - vertreten.

(Heiterkeit und Beifall)

Die 20. Tagung des Landtages wird am 21. Februar 2007 um 10 Uhr beginnen.

Ich wünsche ein gutes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:21 Uhr